

JOURNALISTEN
HANDBUCH
ZUM THEMA
ISLAM

JOURNALISTEN-HANDBUCH ZUM THEMA ISLAM

JOURNALISTEN-HANDBUCH ZUM THEMA ISLAM

Herausgeber: Mediendienst Integration, ein Projekt des Rat für Migration e. V.

Gefördert durch: Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration,
Flüchtlinge und Integration

INHALT

VORWORT	11
---------------	----

1. WELTRELIGION ISLAM

1.1. Die Entstehung des Islams – ein Überblick Prof. Dr. Peter Heine.....	15
1.2. Entwicklung der muslimischen Weltbevölkerung	17
Mediendienst Integration	
1.3. Top-10 Länder mit muslimischer Bevölkerung 2010 (Grafik).....	18
1.4. Top-10 Länder mit muslimischer Bevölkerung 2050 (Grafik).....	20
1.5. Glaubensrichtungen im Islam Prof. Dr. Riem Spielhaus.....	22
1.6. Moderne Strömungen im Islam Prof. Dr. Peter Heine.....	24
1.7. Salafismus Julia Gerlach.....	29
1.8. Der Begriff Islamismus Dr. Olaf Farschid.....	31
1.9. Weitere Strömungen des Islams Prof. Dr. Peter Heine.....	32
1.10. Die Geschichte des Islams in Europa	34
Prof. Dr. Bekim Agai und Dr. des. Radia Chbib	
1.11. Europa: Top-5 Länder mit muslimischer Bevölkerung in Europa (Grafik)...	41

2. ISLAM IN DEUTSCHLAND

2.1. Geschichte der Moscheen, Gemeinden und Verbände	43
in Deutschland Prof. Dr. Riem Spielhaus	
2.2. Verteilung der Muslime in Deutschland Prof. Dr. Riem Spielhaus.....	45
2.3. Welche Glaubensrichtungen sind in der Bundesrepublik	47
vertreten? Prof. Dr. Riem Spielhaus	
2.4. Aufbau lokaler islamischer Gemeinden Prof. Dr. Riem Spielhaus.....	48
2.5. Rechtsstatus islamischer Religionsgemeinschaften.....	49
Prof. Dr. Riem Spielhaus	
2.6. Islamische Organisationen Prof. Dr. Riem Spielhaus und Milena Jovanovic.....	51
2.7. Institutionalisierung des Islams in Deutschland Prof. Dr. Riem Spielhaus.....	63

3. MUSLIME IN DEUTSCHLAND

- 3.1. Anzahl der Muslime in Deutschland *Prof. Dr. Riem Spielhaus*.....73
- 3.2. Soziale Lage von Muslimen in Deutschland *Dr. Mario Peucker*.....75
- 3.3. Flüchtlinge aus islamisch geprägten Ländern *Dr. Sarah Jahn*.....85

4. ISLAMISCHE GLAUBENSPRAXIS

- 4.1. Die fünf Säulen des Islams *Mediendienst Integration*.....91
- 4.2. Wichtige islamische Feiertage *Prof. Dr. Katajun Amirpur*.....92
- 4.3. Islamische Essensregeln *Monika Zbidi*.....94
- 4.4. Islamische Bestattungen *Mediendienst Integration*.....96

5. MUSLIME UND GESELLSCHAFT

- 5.1. Gemeinnütziges Engagement muslimischer Vereine *Prof. Dr. Dirk Halm*.....99
- 5.2. Moscheegemeinden als Akteure der karitativen Flüchtlingshilfe.....100
Thomas Krüppner
- 5.3. Islamische Wohlfahrtsverbände *Volker Nüske*.....102
- 5.4. Islam und Feminismus *Dr. Meltem Kulaçatan*.....104
- 5.5. Islamische Jugendorganisationen *Dr. Hussein Hamdan*.....106
- 5.6. Islamische Umweltschützer *Monika Zbidi*.....108
- 5.7. Muslimische Pfadfinder *Dr. Hussein Hamdan*.....109
- 5.8. Interreligiöse Verständigung *Katrin Visse*.....111
- 5.9. Muslime und Demokratie *Prof. Dr. Werner Schiffauer*.....113
- 5.10. Islam und Homophobie *Mediendienst Integration*.....116
- 5.11. Muslime und Antisemitismus *Mediendienst Integration*.....118

6. MUSLIME IN MEDIEN

- 6.1. Darstellung von Muslimen in deutschen Medien *Dr. Tim Karis*.....123
- 6.2. „Pegida ist nicht vom Himmel gefallen“.....131
Interview mit Prof. Dr. Kai Hafez und Daniel Bax

7. SICHERHEIT

- 7.1. Islamfeindlichkeit und Islamkritik *Dr. Olaf Farschid*.....139
- 7.2. Islamfeindlichkeit in Deutschland *Dr. Naime Çakır*.....140
- 7.3. Islam und Terrorismus *Dr. Jörn Thielmann*.....145
- 7.4. Deradikalisierung und Prävention *Tobias Meilicke*.....150

AUTORENBESCHREIBUNGEN.....	155
INDEX.....	161

VORWORT

Viele verstehen die Bundesrepublik inzwischen als Einwanderungsland. Wie viel Platz es darin für Muslime und „den Islam“ geben soll, wird jedoch immer wieder heftig diskutiert. Wie verbreitet Vorurteile und negative Einstellungen gegenüber Muslimen und „dem Islam“ in der Bevölkerung sind und dass sie zunehmen, belegen mehrere Untersuchungen. So sehen einer 2015 veröffentlichten Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge fast 60 Prozent der Befragten den Islam als Bedrohung an.

Im Zuge der im Herbst 2010 einsetzenden Sarrazin-Debatte wurden islamfeindliche Ressentiments zunehmend „salonfähig“ und beherrschten über Monate hinweg die medialen und gesellschaftlichen Debatten. Mit dem Zulauf zu den Demonstrationen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“, kurz Pegida, seit Ende 2014 und den Wahlerfolgen der „Alternative für Deutschland“ wurden islamfeindliche Töne dann zunehmend auf die Straße und an die Wahlurnen getragen.

Vielleicht schadet es nicht, sich bewusst zu machen, dass die negative Wahrnehmung des Islams und der Gedanke, dieser würde „das Abendland bedrohen“, keineswegs neu sind. Sie reichen Jahrhunderte zurück und sind tief in der europäischen und deutschen Ideengeschichte verwurzelt. Heute bietet die Zuwanderung von Flüchtlingen aus vornehmlich islamisch geprägten Ländern eine Projektionsfläche für „Überfremdungs-“, und „Bedrohungsgefühle“. Zudem schüren Terrorangriffe militant-islamistischer Einzeltäter oder Gruppen Ängste.

Journalisten stehen vor der Herausforderung, die Probleme und Konflikte nicht auszublenden, gleichzeitig jedoch „das ganze Bild“ zu zeigen und die Verhältnisse nicht zu verzerren. Geschieht das nicht, werden Ressentiments bestätigt oder verstärkt.

Untersuchungen haben wiederholt gezeigt, dass Medien ein Bild vom Islam zeichnen, das um Terrorismus und gescheiterte Integration kreist. Die vielen Muslime, die teils seit Generationen in Deutschland leben und einem ganz normalen Alltag nachgehen, bleiben hingegen weitestgehend unsichtbar. Hier setzt das „Journalisten-Handbuch zum Thema Islam“ an: Was wissen wir über die Muslime, die hier leben? Welchen Glaubensrichtungen gehören sie an – oder auch nicht? Wie sind sie organisiert und wer vertritt ihre Interessen? Zu diesen Fragen wollen wir Journalisten praxistaugliche und übersichtliche Grundlageninformationen an die Hand geben. Zudem will das Handbuch eine differenzierte Berichterstattung

unterstützen, indem es bekannte Themen neu einordnet, Zusammenhänge verständlich aufbereitet und bislang vernachlässigte Aspekte vorstellt.

Alle hier versammelten Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Autoren wieder. Bei diesen und allen anderen Beteiligten, die uns bei diesem Projekt unterstützt haben, möchten wir uns ganz herzlich bedanken. Ganz besonders danken wir der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Aydan Özoguz, die dieses Buch durch ihre finanzielle Unterstützung ermöglicht hat. Unser ganz besonderer Dank gilt auch dem Rat für Migration, insbesondere Werner Schiffauer und Riem Spielhaus, die uns mit Rat und Tat zur Seite standen. Darüber hinaus möchten wir uns auch bei Bernd Knopf bedanken, der uns ebenfalls ein wichtiger Berater und Begleiter war.

Ihr Mediendienst Integration

1. WELT- RELIGION ISLAM

1.1. DIE ENTSTEHUNG DES ISLAM – EIN ÜBERBLICK

Der Islam entstand auf der Arabischen Halbinsel zu Beginn des 7. Jahrhunderts nach Christus: Dort wurde 570 n. Chr. in Mekka der Religionsgründer Mohammed geboren. Mohammed stammte aus einer angesehenen, aber armen Familie. Zwar fühlte Mohammed sich jüdischen und christlichen Glaubensüberzeugungen verwandt. Andere Glaubenspraktiken in seiner Heimatstadt, allen voran die Vielgötterei, kritisierte er jedoch vehement. Das friedliche Nebeneinander der Religionen war aber die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs der Stadt Mekka: Denn rund um das zentrale Heiligtum der Kaaba wurden Handelsmessen durchgeführt. Die Teilnehmer der Messen waren traditionell zu religiöser Toleranz verpflichtet: Unterschiedliche Stammesreligionen, Vielgötterei, der Glaube an übernatürliche Mächte in Himmelskörpern, Bäumen, Gewässern und anderen Naturerscheinungen, das Judentum und Christentum – auf den Handelsmessen pflegten sie ein friedliches Miteinander.

Um das Jahr 610 n. Chr. hatte Mohammed eine Vision, in der ihm der Engel Gabriel die ersten Verse des Korans (Sure 96, 1 bis 5) kundtat. Mohammeds Offenbarungen setzten sich bis zu seinem Tod im Jahr 632 n. Chr. fort. Letztlich umfasste der aus den Visionen entstandene Text – der Koran – 114 einzelne Kapitel (Suren), die wiederum aus circa 6.200 Versen bestehen. Nach einer Phase der Unsicherheit begann Mohammed in Mekka den Koran zu predigen. Er lehrte, dass es nur einen Gott geben könne sowie die Erwartung des jüngsten Gerichts, bei dem dieser eine Gott die Guten mit dem Eintritt ins Paradies belohnt und die Bösen zur Hölle verdammt. Der Islam verkündete also eine Heilserwartung, die vor allem bei armen Menschen Anklang fand, denn Mohammeds Lehren eröffneten ihnen die Hoffnung auf ein besseres Leben im Jenseits.

➤ KAABA

Die würfelförmige Kaaba ist das heilige Haus der Muslime in der Mitte der Großen Moschee von Mekka. Sie ist das Ziel der Pilgerfahrt der Muslime und auch beim Gebet richten sich Gläubige in ihre Richtung. Ebenfalls wichtig ist der in die Kaaba eingelassene „Schwarze Stein“, ein Meteorit, den Prophet Mohammed dort platziert haben soll.

➤ KORAN

Der Koran ist das heilige Buch des Islams. Das arabische Wort Koran (Qur'an) bedeutet „Vortrag“ oder „Lesung“. Der Koran ist in arabischer Sprache geschrieben, aber heute in zahlreiche Sprachen übersetzt. Er befasst sich mit ethischen und religiösen, aber auch mit sozialen, ökonomischen, juristischen und politischen Themen und stellt die wichtigste Quelle islamischen Rechts dar.

↳ HIJRA

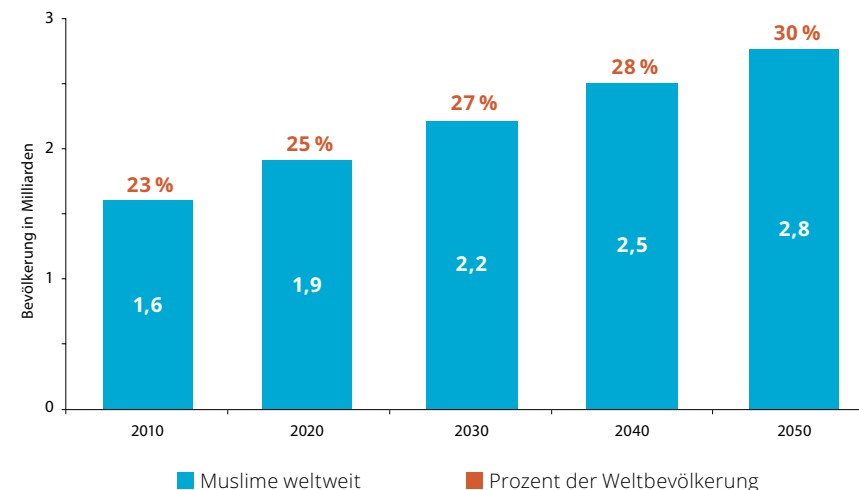
Die Hijra bezeichnet die Auswanderung Mohammeds aus Mekka nach Medina und bedeutete den Abbruch aller verwandtschaftlichen, persönlichen, freundschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen. Dieser einschneidende Vorgang markiert den Beginn der islamischen Zeitrechnung.

Mohammeds radikaler Monotheismus kollidierte mit den Wirtschaftsinteressen vieler Mekkaner. Als die Zahl seiner Anhänger wuchs, ließen die führenden Familien Mekkas Mohammed und seine Anhänger verfolgen und aus der Stadt vertreiben. Diese sogenannte „Hijra“ fand im Jahr 622 n. Chr. statt. Mit diesem Jahr beginnt die islamische Zeitrechnung. Mohammed und seine Anhänger begaben sich in die rund 300 Kilometer von Mekka entfernte Stadt Yathrib, die bald den Namen Medina erhielt. Hier entwickelte sich unter der Führung des Propheten Mohammed ein erstes muslimisches Gemeinwesen.

Mohammeds Offenbarungen setzten sich in Medina fort. Ging es zuvor um die Einheit und Einzigkeit Gottes und um die Vorstellung vom jüngsten Gericht, standen in den Offenbarungen in Medina Fragen des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lebens der Muslime im Vordergrund. Es ging um die Rolle von Mann und Frau sowie das Erb- und Strafrecht. Angesprochen wird auch die Bedeutung des Dschihad für die weitere Entwicklung des islamischen Gemeinwesens. Mit dem Tode Mohammeds im Jahr 632 ist die Offenbarung Gottes an die Menschheit der muslimischen Überzeugung gemäß abgeschlossen. Eine weitere Offenbarung wird es aus muslimischer Sicht nicht geben.

Autor: Prof. Dr. Peter Heine

1.2. ENTWICKLUNG DER MUSLIMISCHEN WELTBEVÖLKERUNG (2010 – 2050)



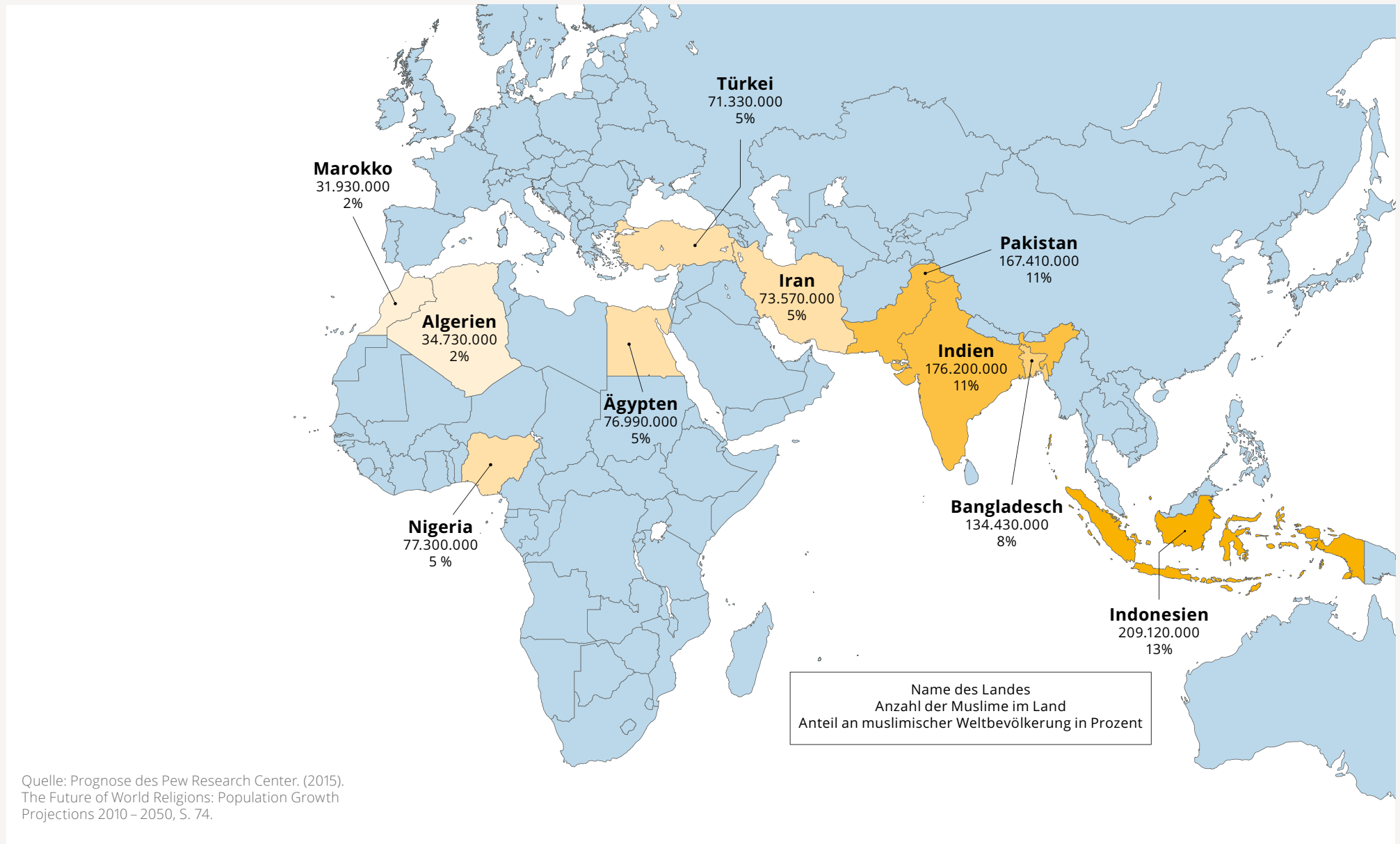
Quelle: Prognose des Pew Research Center. (2015). *The Future of World Religions: Population Growth Projections 2010–2050*, S. 70.

In einer umfassenden demographischen Studie schätzte das Pew Research Center die Zahl der weltweit lebenden Muslime im Jahr 2010 auf 1,6 Milliarden. Das entspricht einem Anteil von 23 Prozent der Weltbevölkerung (6,8 Milliarden). Der Islam ist somit die Religion mit den zweitmeisten Anhängern hinter dem Christentum. 2010 gab es 2,2 Milliarden Christen (31 Prozent der Weltbevölkerung). An dritter Stelle stehen laut der Erhebung konfessionell ungebundene Menschen mit einer Anzahl von 1,1 Milliarden, gefolgt von Hindus mit einer Milliarde Anhängern.¹

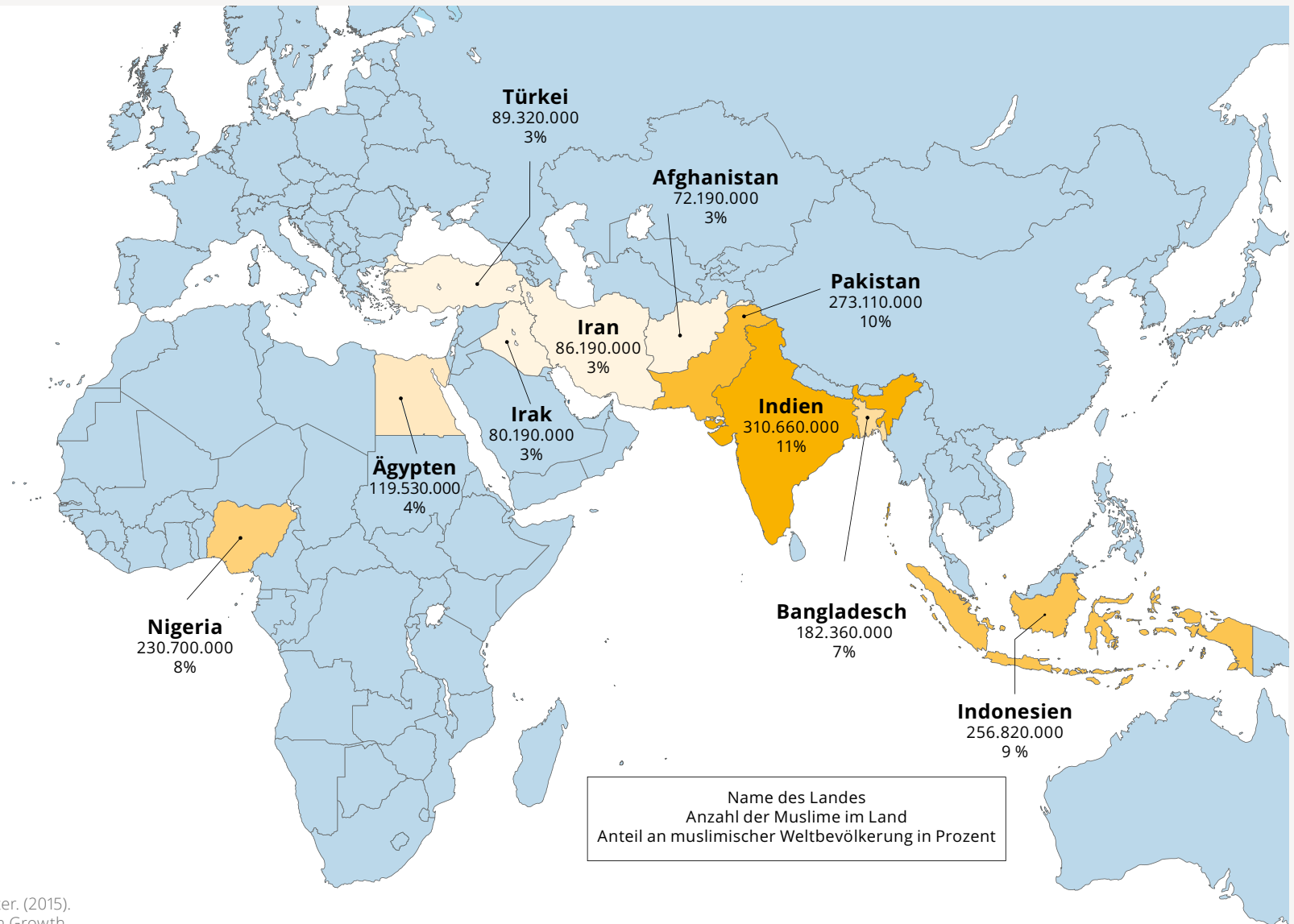
Autor: Mediendienst Integration

¹ Pew Research Center. (2015). *The Future of World Religions: Population Growth Projections 2010–2050*, S. 8. Verfügbar unter <http://pewrsr.ch/1yFR5nw>; eine Übersicht der Quellen dieser Berechnung ist ab S. 195 zu finden.

1.3. TOP-10 LÄNDER MIT MUSLIMISCHER BEVÖLKERUNG (2010)



1.4. TOP-10 LÄNDER MIT MUSLIMISCHER BEVÖLKERUNG (2050)



Quelle: Prognose des Pew Research Center. (2015).
The Future of World Religions: Population Growth
Projections 2010 – 2050, S. 74.

1.5. GLAUBENSRICHTUNGEN IM ISLAM

SUNNITEN

Über **85 Prozent der Muslime weltweit sind Sunniten**. Etwa seit dem 9. Jahrhundert wurden die Sunniten als Glaubensrichtung wahrgenommen. Vorher bedeutete Sunnit zu sein nur, der Sunna, also dem Weg des Propheten, zu folgen. Sunniten verehren im Gegensatz zu Schiiten die ersten vier Nachfolger Mohammeds als „rechtgeleitete Kalifen“. Diese waren Gefährten Mohammeds, aber nicht alle mit ihm verwandt. Sunniten argumentierten damals, der Glaubensführer der Muslime müsse nicht aus Mohammeds Familie stammen, sondern vor allem ein fähiger Anführer sein.² Später bildeten sich mehrere sunnitische Rechtsschulen (die schafitische, malikitische, hanbalitische und hanafitische) heraus.³

SCHIITEN

Mit etwa 110 Millionen Anhängern und einem geschätzten Anteil von 10 – 15 Prozent stellen die Schiiten die zweitgrößte Gruppierung der Muslime weltweit.⁴ Ihre Entstehung geht auf den Nachfolgestreit nach Mohammeds Tod im Jahre 632 n. Chr. zurück: Bei der Wahl des Glaubensführers stimmten die späteren Sunniten für einen Nachfolger unabhängig von seiner Abstammung. Doch die Schiiten **bestanden auf einen direkten Nachkommen des Propheten** und stimmten für den vierten Kalifen Ali ibn Abu Talib, Vetter und Schwiegersohn Mohammeds.⁵ Die auf Ali folgenden Führer nennen die Schiiten Imame: Sie gelten als religiöse und politische Vorsteher der schiitischen Gemeinschaft, als von Gott auserwählte Vertreter Mohammeds. Die Lehren der Imame besitzen für Schiiten eine ähnlich große Lehrautorität wie der Koran – die Vorstellung unfehlbarer Lehrinstitutionen nach dem Tod des aus ihrer Sicht letzten Propheten lehnen Sunniten hingegen ab.⁶ Die größte Gruppe unter den Schiiten – genannt Zwölfer-Schiiten – glauben an zwölf direkt von Mohammed abstammende Imame. Der zwölfte und

letzte von ihnen, Muhammad al-Mahdi, an den das Imamatum im Jahr 874 übergang, ist laut dem schiitischen Glauben nicht gestorben, sondern befindet sich in der Verborgenheit. Er werde in der Endzeit zurückkehren und Gerechtigkeit bringen.⁷

ALAWITEN

Alawiten, auch Nusairiya genannt, sind die Anhänger einer Gruppierung, die in Westsyrien und im Südosten der Türkei weit verbreitet ist. Muhammad ibn Nusair an-Namiri gründete diese Untergruppe der Schiiten Mitte des 9. Jahrhunderts im Gebiet des heutigen Irak. Ibn Nusair erklärte sich selbst zum Propheten.⁸ Bis heute ist das Alawitentum eine **Geheimreligion**: Alawiten sehen ihre Doktrinen und ihr Wissen als vertraulich an. Durch ihre Dominanz in der Armee und die Machtübernahme der Baath-Partei in den 1960er Jahren gewannen die Alawiten in Syrien an politischem Gewicht, obwohl sie dort eine Minderheit sind. Weltweit werden die Alawiten auf etwa 2,5 Millionen geschätzt.

ALEVITEN

Der Ursprung der Aleviten liegt im Ostanatolien des 13.–14. Jahrhunderts. Ihr Name geht auf die **Verehrung von Mohammeds Vetter und Schwiegersohn Ali zurück**. Diese haben sie mit den Schiiten gemeinsam, von denen sie stark beeinflusst wurden. Die Glaubensvorstellungen und religiösen Praktiken der Aleviten unterscheiden sich stark vom orthodoxen Islam sunnitischer und schiitischer Prägung:⁹ Die fünf Säulen des Islam werden esoterisch ausgelegt und in abgewandelter Form praktiziert.¹⁰ Auch deswegen fühlen sich einige Aleviten nicht dem Islam zugehörig, sondern sehen sich als eigenständige Glaubensgemeinschaft. Aus Angst vor Verfolgung hielten Aleviten ihre religiösen Ansichten über Jahrhunderte geheim. Aleviten kamen seit Mitte der 1960er Jahre vorwiegend als Arbeitsmigranten aus der Türkei nach Deutschland. Die Schätzungen der Anzahl der Aleviten weltweit gehen stark auseinander und reichen von 10 bis 25 Millionen.

2 Radtke, B. (2005). Der sunnitische Islam. In W. Ende & U. Steinbach (Hrsg.), *Der Islam in der Gegenwart* (S. 55–69). München: C.H. Beck Verlag.

3 Esen, M. (2013). Sunniten. In *Lexikon des Dialogs* (Band 2, S. 657–658). Eugen Biser Stiftung. Freiburg im Breisgau: Herder Verlag.

4 Ende, W. (2005). Der schiitische Islam. In W. Ende & U. Steinbach (Hrsg.), *Der Islam in der Gegenwart* (S. 70–89). München: C.H. Beck Verlag.

5 Bundeszentrale für politische Bildung. Schiiten. In *Kleines Islam-Lexikon*. Verfügbar unter <http://bit.ly/2a5suTN>

6 Esen, M. (2013). Imam. In *Lexikon des Dialogs* (Band 1, S. 347). Eugen Biser Stiftung. Freiburg im Breisgau: Herder Verlag.

7 Bundeszentrale für politische Bildung. Schiiten. Verfügbar unter <http://bit.ly/2a5suTN>

8 Bundeszentrale für politische Bildung. Alawiten. In *Kleines Islam-Lexikon*. Verfügbar unter <http://bit.ly/29ldCL9>

9 Sökefeld, M. (2008). Aleviten in Deutschland. In Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *Religionsmonitor 2008: Muslimische Religiosität in Deutschland* (S. 32–37). Verfügbar unter <http://bit.ly/29jgl8g>

10 Chatzoudis, G. (2016). *Alawiten, Aleviten oder Nusairier?* Interview mit Necati Alkan für L.I.S.A., das Wissenschaftsportal der Gerda Henkel Stiftung. Verfügbar unter <http://bit.ly/29NIH1u>

AHMADIS

Die Ahmadiyya-Bewegung wurde 1889 in der indischen Provinz Punjab von **Hazrat Mirza Ghulam Ahmad gegründet** und hat heute weltweit etwa 12 Millionen Anhänger.¹¹ Ursprüngliches Ziel der Bewegung war es, einen aus ihrer Sicht im Verfall begriffenen Islam zu erneuern.¹² Ghulam Ahmad wird von vielen Ahmadis als Prophet angesehen und zog damit bereits zu seinen Lebzeiten die Kritik anderer Muslime auf sich, die nur Mohammed als letzten Propheten akzeptieren. Dieser Streitpunkt spaltete im Jahr 1914, sechs Jahre nach dem Tod von Ghulam Ahmad, auch die Ahmadiyya-Bewegung selbst. Eine kleinere Gruppe der Ahmadis sieht Ghulam Ahmad lediglich als Erneuerer, nicht aber als Propheten. Die größere Gruppe, die ihn als Propheten sieht, nennt sich Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ). In vielen mehrheitlich muslimischen Ländern werden die Ahmadis wegen des Streits um das Prophetentum bis heute als Verfälscher des Islams verfolgt. Sie werben in der ganzen Welt für ihre Religion.¹³ Mitglieder zahlen hohe Abgaben an die Gemeinschaft, was deren Finanzkraft erklärt.

Autorin: Prof. Dr. Riem Spielhaus

1.6. MODERNE STRÖMUNGEN IM ISLAM

ISLAM UND KOLONIALISMUS

Im Jahr 1798 landete Napoleon mit einem Expeditionsheer in Ägypten, das damals Teil des Osmanischen Reiches war. Französische Wissenschaftler, die das Heer begleiteten, suchten den Kontakt mit den muslimischen Gelehrten und machten sie mit medizinischen und technischen Neuerungen aus Europa bekannt. Dazu gehörte zum Beispiel der Umgang mit naturwissenschaftlichen Geräten wie Mikroskop oder Fernrohr. Ab **Mitte des 19. Jahrhunderts verstärkte sich die koloniale Expansion in die islamische Welt**: In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatten Niederländer und Briten im damaligen Indien und Ostindien – heute Indonesien – die dort regierenden muslimischen Herrscher ihrer Macht beraubt.

¹¹ Reetz, D. (Hrsg.). (2012). *Islam in Europa: Religiöses Leben heute. Ein Portrait ausgewählter islamischer Gruppen und Institutionen*. Münster: Waxmann-Verlag, S. 85.

¹² Schirrmacher, C. (2009). *Die Ahmadiyya-Bewegung*. Verfügbar unter <http://bit.ly/29E95vN>

¹³ Zur Missionsarbeit der Ahmadiyya-Bewegung in Europa zwischen 1900 und 1965 siehe Jonker, G. (2015). *The Ahmadiyya Quest for Religious Progress: Missionizing Europe 1900–1965*. Leiden: EJ Brill.

Frankreich kolonisierte seit den 1840er Jahren vor allem Algerien. Die Konfrontation mit den Kolonialmächten führte auf muslimischer Seite zu zwei gegensätzlichen Reaktionen.

Die erste Reaktion war der Versuch der **Übernahme des technischen und medizinischen Fortschritts Europas**. Diese Initiativen gingen von den politischen Eliten in den muslimischen Staaten aus. Es entstanden sogenannte Studienmissionen und einzelne begabte junge Männer wurden zur Ausbildung nach Paris, London oder Berlin entsandt. Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden aber auch in Kairo und Istanbul von Muslimen nach europäischem Vorbild gegründete Bildungsinstitutionen, die sich in Konkurrenz zu den traditionellen Zentren islamischer Gelehrsamkeit entwickelten. Diese modernen Einrichtungen dienten vor allem der Ausbildung von Militärs und Verwaltungskräften.

Die zweite Reaktion machte den Kolonialismus für diverse Fehlentwicklungen in der islamischen Welt verantwortlich, wie zum Beispiel die Schwächung der Wirtschaft in den Kolonialgebieten oder die Entfremdung ihrer Bewohner von der eigenen Kultur. Für zeitgenössische muslimische Gelehrte stand fest, dass Muslime nicht mehr den Geboten Gottes folgten, der sie deshalb durch den Kolonialismus strafe.

Muslimische Gelehrte wie Jamal al-Din al-Afghani (1838–1897) und Mohammed Abduh (1849–1905) waren überzeugt, dass vor allem der falsche Umgang mit dem Text des Korans Gottes Zorn hervorgerufen hatte. Über die Jahrhunderte war der Koran immer wieder neu ausgelegt worden, teils ohne dabei auf den ursprünglichen Text Bezug zu nehmen. Daher riefen al-Afghani und Abduh zu einer **Rückkehr zum Originaltext** auf.

Beide erkannten aber auch, dass die islamische Welt ihre politische Einheit verloren hatte und den Kolonialmächten daher geschwächt gegenüberstand. Deshalb forderten sie eine **gemeinsame Regierung für alle Muslime** und schlugen dafür den osmanischen Sultan vor. Kolonialmächte wie Großbritannien und Frankreich, aber auch die Niederlande und das deutsche Kaiserreich, sahen den Wunsch nach innerislamischer Einheit als Gefahr für ihre Herrschaft an und versuchten, den Bestrebungen mit Repressalien entgegenzuwirken. Dennoch entstanden in den 1920er Jahren antikonkoloniale Bewegungen in der islamischen Welt: Dazu zählten nationalistische Bewegungen regionalen und überregionalen Charakters, so zum Beispiel der Pharaonismus in Ägypten und der Panarabismus in der gesamten arabischen Welt.

KLASSISCHER ISLAMISMUS

DER WAHHABISMUS

Beim klassischen Islamismus sind zwei Formen zu unterscheiden: Die erste (und ältere) Form ist der Wahhabismus, die zweite ist die Muslimbruderschaft. Erste gründete der im saudischen Najd geborene Gelehrte **Mohammed Ibn Abd al-Wahhab** (1703–1792). Er hatte festgestellt, dass die arabischen Nomadenstämme seiner Heimat trotz der Nähe zu den heiligen Stätten des Islams immer noch heidnische Praktiken pflegten. Diese betrachtete er als unislamisch, genau wie die religiösen Vorstellungen und Rituale der Schiiten.

WAHHABISMUS

Der Wahhabismus vertritt einen strikten Monotheismus, dessen Lehren sich ausschließlich auf den Koran und die Sunna, also die überlieferten Lebensmaximen und -praktiken des Propheten Mohammed gründen. Daher lehnt der Wahhabismus die schiitische Verehrung der Angehörigen der Familie des Propheten genauso ab wie deren Trauerrituale und Grabmoscheen. Ebenso wendet er sich gegen die islamische Mystik, das Sufitum, mit ihren komplexen Lehren und Gottesdiensten.

Um den Volksislam und die Schia zu bekämpfen und seine Vorstellungen vom „wahren Islam“ durchzusetzen, suchte al-Wahhab auf der Arabischen Halbinsel politische und militärische Verbündete. Diese fand er bei den Führern des Stammes der Banu Saud. Der Stamm befand sich in ständigen Auseinandersetzungen mit den durch das Osmanische Reich gestützten Haschimiten, die Mekka und Medina kontrollierten. Die Kooperation zwischen den Banu Saud und Ibn Abd al-Wahhab war erfolgreich. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gelang es seinen Anhängern, den sogenannten Wahhabiten, die heiligen Städte des Islams, Mekka und Medina, unter ihre Kontrolle zu bringen. Damit waren die Wahhabiten in der Lage, ihre religiösen Ansichten bei Pilgern aus den verschiedensten Teilen der

islamischen Welt zu verbreiten. So gewann der Wahhabismus in weit entfernten muslimischen Regionen an Einfluss, während er in der arabischen und der turksprachigen Welt sowie im Iran wenig Verbreitung fand.

Mit dem Wahhabismus war eine religiös-politische Macht entstanden, die nicht nur für die Schiiten eine Gefahr darstellte, sondern auch für das Osmanische Reich. Denn das verstand sich als Schutzmacht aller Sunniten und nahm die Wahhabiten als Konkurrenz wahr. Im Auftrag des osmanischen Sultans kam es zu militärischen Auseinandersetzungen mit ägyptischen Truppen, durch die die Wahhabiten 1813 aus Mekka und Medina vertrieben, jedoch nicht gänzlich vernichtet werden konnten. Nach dem Ende des 1. Weltkriegs gelang es ihnen dann,

die alte Vormachtstellung auf der arabischen Halbinsel wiederzuerlangen und im 1925 gegründeten **Königreich Saudi-Arabien den Wahhabismus als Staatsreligion zu verankern**. Über die strenge Befolgung der islamischen Glaubenspflichten wachen religiöse Gelehrte und die Religionspolizei.

Durch den großen Reichtum an Erdöl und Erdgas ist Saudi-Arabien, die Heimat des Wahhabismus, zu einem der mächtigsten und einflussreichsten islamischen Staaten in der Weltwirtschaft geworden. Durch die „Islamische Weltliga“ – in der Länder wie Saudi-Arabien, Pakistan oder Indonesien vertreten sind – sowie deren Unterabteilungen verbreitet der Wahhabismus seine Ideologie über Entwicklungshilfeprojekte, zum Beispiel in West-Afrika, Südost- und Zentralasien. Saudi-Arabien unterstützt den Bau von Moscheen und islamischen Zentren überall auf der Welt – auch in Europa.

DIE MUSLIMBRUDERSCHAFT

Die zweite klassische Form des Islamismus ist die der Muslimbruderschaft. Gegründet hat sie in den 1920er Jahren der ägyptische Lehrer **Hasan al-Banna** (1906 – 1949), um sich ideologisch gegen die damaligen britischen Besatzer zu richten. Zunächst war das Hauptziel der Bruderschaft, Wissen und Bildung unter ägyptischen Muslimen zu fördern: Dazu brauchte es – nach Überzeugung der Muslimbrüder – den Bezug auf islamische Tradition und gleichzeitig die Aufnahme moderner politischer Konzepte, wie zum Beispiel des wirtschaftlichen Liberalismus, aber auch einer organisierten Sozialpolitik. Wichtig blieb aber vor allem eine Ablehnung westlicher Ideologien.

In einem längeren Prozess entwickelten die Muslimbrüder die Idee einer „islamischen Ordnung“, die in fünf Punkten zusammengefasst werden kann:

- Das islamische Glaubensbekenntnis: Es ist die Grundlage der „Islamischen Ordnung“. Zu ihm gehört die Überzeugung von der Existenz Gottes als des Schöpfers der Welt und der Bindung zwischen Gott und Mensch.
- Rituelle Pflichten: Sie können alle als praktische soziale Erziehung verstanden werden. Durch das Glaubensbekenntnis schließt der Muslim sich einer großen Gemeinschaft an. Seine Zugehörigkeit zur Gemeinschaft zeigt sich im Gebet (vor allem im Freitagsgebet), der Pflicht des Almosens und beim Fasten im Monat Ramadan.

- Regeln des Zusammenlebens von Muslimen und Nicht-Muslimen: Die Muslimbrüder sehen soziale Probleme als moralische Probleme. Wenn sich alle Muslime an die Glaubenspflichten und an die übrigen ethischen Regeln des Islams hielten, würden sich soziale Probleme rasch beheben lassen, so das Argument. Diese Grundvoraussetzung setzen die Muslimbrüder in tätiges Handeln um, auch indem sie zum Beispiel karitative Einrichtungen gründen, durch die sie Muslime, aber auch Nicht-Muslime unterstützen.
- Gesetzgebung: Die „Islamische Ordnung“ soll durch entsprechende Gesetze verwirklicht werden. Deren Grundlage ist die Scharia. Sie muss sich auf alle gesellschaftlichen und öffentlichen Bereiche beziehen.
- Die Muslimbrüder fordern ihre Mitglieder zu einem aktiven Leben in Wirtschaft und öffentlichem Leben auf und lehnen Weltflucht, Schicksals-ergebenheit und Fatalismus – sprich: die Überzeugung, dass das ganze Leben vorherbestimmt sei – ab.

Verschiedene Versuche der Muslimbruderschaft, über Ägypten hinaus wirksam zu werden, blieben nach der Gründerzeit weitgehend erfolglos. Lediglich in Syrien (bis zu ihrer gewaltsamen Unterdrückung in den 1980er Jahren) und in Jordanien (zwischen 1960 und 2000) waren sie von politischer Bedeutung. Auch die in Palästina aktive HAMAS-Bewegung war in den 1980er Jahren vom Gedanken-gut der Muslimbrüder geprägt, hat sich aber in ihrer Haltung gegenüber Israel radikalisiert. Verschiedene Versuche der Bruderschaft im 21. Jahrhundert, ihre politischen Vorstellungen durch gewalttätige Aktionen durchzusetzen, blieben in Syrien und in Ägypten erfolglos. Zwar konnten die Muslimbrüder nach dem arabischen Frühling von 2011 die Wahlen gewinnen und mit Mohammed Mursi den Staatspräsidenten stellen. Nach einer Regierungsübernahme durch das Militär werden die Muslimbrüder dort als „terroristische Organisation“ verfolgt.

Autor: Prof. Dr. Peter Heine

1.7. SALAFISMUS

Der Begriff Salafismus geht auf die *as-salaf as-salih*, die rechtgeleiteten Gefährten¹⁴ des Propheten Mohammed, zurück. Für viele Muslime gelten die Weggefährten als Vorbilder, da sie direkten Kontakt zum Propheten hatten. Als salafistisch wird heute jedoch eine Bewegung bezeichnet, die für sich beansprucht, **den Koran so wörtlich wie möglich** auszulegen und gemäß dieser Interpretation zu leben. Zu ihren Wurzeln zählen die ägyptische Reformbewegung um 1900, die sich für eine Rückkehr zu den Ausgangsquellen des Islams (Koran und Sunna) einsetzte, und der Wahhabismus. Die letztgenannten Strömungen und Teile der salafistischen Bewegung eint das Bestreben, einen Staat mit islamischen Grundlagen zu schaffen. Jedoch trifft diese Zielsetzung nicht auf alle Salafisten zu: Einigen Salafisten reicht es, ein islamkonformes Leben führen zu können, was sie auch in multireligiösen Staaten für möglich halten.

Salafistische Milieus werden in **puristisch, politisch und dschihadistisch unterteilt**: Die erste Gruppe ist bewusst unpolitisch. Für sie gelten Proteste gegen Regierungen und Gewalttaten als unislamisch, ebenso wie die Beteiligung an Parlamentsarbeit. Die Regierungen einiger islamischer Länder – zum Beispiel die Saudi-Arabiens – unterstützen derartige Salafisten-Gruppen aus genau diesem Grund: Im Gegensatz zu Bewegungen wie etwa der Muslimbruderschaft geht es puristischen Salafisten nicht um politische Machtergreifung, weshalb Politiker in islamischen Ländern sie mitunter als systemstabilisierend einstufen. Diese Form der Unterstützung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass salafistische Bewegungen erst in islamischen Ländern und später in Europa erstarkten.

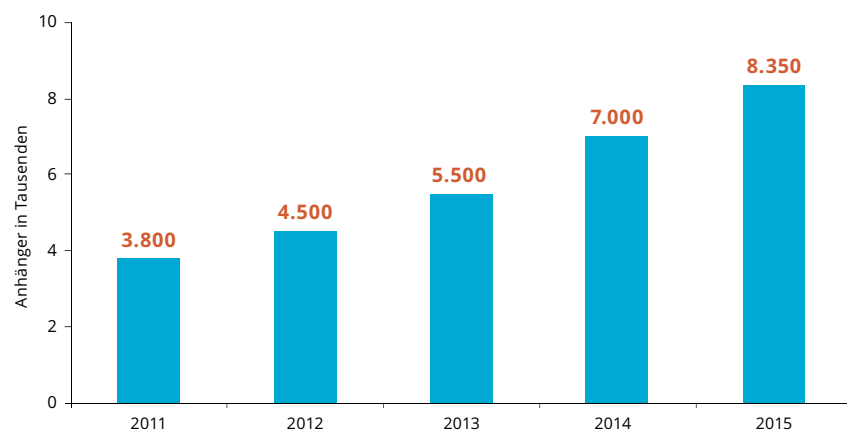
Politische Salafisten lehnen demokratische Regierungssysteme aktiv ab und propagieren ein auf der Scharia aufbauendes Rechtssystem als radikale Alternative. Sie verweigern sich Systemen, die von Menschen geschaffenes Recht über Gottesrecht stellen und Nicht-Muslime den Ton angeben lassen. Dschihadistische Salafisten befürworten darüber hinaus Gewalttaten zur Erreichung der religiösen Ziele. In Deutschland bewegen sie Jugendliche zur Ausreise in Kampfgebiete und geraten so ins Sichtfeld der Sicherheitsbehörden, die Verbote für einschlägige Vereine und Gruppierungen erteilt haben.¹⁵

¹⁴ Damit sind in der Regel die ersten drei Generationen der Muslime gemeint, ausgehend vom prophetischen Wirken Mohammeds ab dem Jahre 610 bis zum Jahre 850.

¹⁵ Am 26. Februar 2015 wurde beispielsweise der Verein „Tauhid Germany“ verboten, der sich in seinen Veröffentlichungen zum gewaltsamen Dschihad als Verteidigungskrieg der Muslime bekannte.

Grundlegend ist bei Salafisten zwar eine klare Einteilung der Welt erkennbar: In „gut“ und „böse“, „erlaubt“ und „verboten“, „muslimisch“ und „nicht-muslimisch“. **Dennoch sollten Salafisten nicht als einheitlicher Block missverstanden werden.** „Das Ziel, das Leben nach der ursprünglichen Lehre zu gestalten, kann als der kleinste gemeinsame Nenner des Salafismus betrachtet werden. Darüber hinaus besteht der Salafismus aus verschiedenen Bewegungen, die sich vor allem in der Wahl der Mittel unterscheiden, um religiösen Wandel herbeizuführen“,¹⁶ erklärt der jordanische Politikwissenschaftler Mohammad Abu Rumman. Einige, aber längst nicht alle Salafisten erklären andere Muslime zu Ungläubigen, wenn sie nicht ihre Auffassung vom Islam teilen. Dieses Prinzip des „takfir“ ist besonders bei dschihadistischen Salafistenströmungen verbreitet. Die Zahl der Salafisten ist in Deutschland in den vergangenen Jahren gestiegen.

SALAFISTISCHES PERSONENPOTENZIAL IN DEUTSCHLAND



Quelle: Bundesministerium des Innern. Verfassungsschutzbericht 2015, S. 155, und Verfassungsschutzbericht 2012, S. 233.

Der Anstieg hängt unter anderem mit den **erfolgreichen Missionierungsaktivitäten** der Salafisten zusammen: Sie werben im Internet, organisieren Infostände in Fußgängerzonen und veranstalten Benefizaktionen. Die klaren Regeln und die markanten Alleinstellungsmerkmale der salafistischen Gruppierungen (wie etwa

deren Kleidung oder Sprache) wirken anziehend auf sinnsuchende Muslime, aber auch auf Nichtmuslime.

Autorin: Julia Gerlach

1.8. DER BEGRIFF ISLAMISMUS

Der Begriff „Islamismus“ ersetzte in den 1990er Jahren die Bezeichnungen „islamischer Fundamentalismus“ und „politischer Islam“. Nichtsdestotrotz werden sowohl seine Verwendung als auch sein Inhalt diskutiert. Kritik äußern in Deutschland vor allem Islamgegner, Islamisten und muslimische Verbände. **Islamgegner lehnen den Begriff ab**, da sie die Islaminterpretationen von Islamisten, vor allem die der Dschihadisten, für „den Islam“ und „die Muslime“ verallgemeinern. Islamisten weisen die Bezeichnung „Islamist“ (arabisch *islami* im Gegensatz zu *muslim*) zurück, weil sie sich als Vertreter des „wahren Islam“ begreifen, für die nur die eigene Islamauslegung gilt. Einige **muslimische Verbände in Deutschland betrachten den Begriff wiederum als missverständlich** und befürchten dadurch eine zunehmende Diskriminierung von Muslimen. Dem steht entgegen, dass auch muslimische Länder bewusst die Bezeichnung Islamismus (arabisch *islamawiya*) verwenden, um diese politische Strömung vom „Islam“ und den „Muslimen“ abzugrenzen.

In den Debatten um das vielschichtige Verhältnis zwischen Islam, Islamismus und islamistischem Terrorismus ist ferner umstritten, was unter Islamismus zu verstehen ist. So sind nur wenige Fachwissenschaftler der Auffassung, dass allein die Dschihadisten islamistisch orientiert sind. Vielmehr fasst eine Mehrheit unter Islamismus historisch wie aktuell sowohl ein gewaltorientiertes als auch ein breites nicht-gewaltorientiertes politisches Spektrum. Die seit einigen Jahren gängige Verwendung des Begriffes „Salafismus“ anstelle des „Islamismus“ führte dagegen nicht zu mehr Klarheit, da die Mehrzahl der islamistischen Strömungen und Gruppen nicht salafistisch orientiert ist.

In der Wissenschaft wird Islamismus als der Versuch politischer Bewegungen des 20. Jahrhunderts definiert, **den Islam zu ideologisieren und entweder die Gesellschaft zu islamisieren oder eine islamistische Herrschaftsordnung zu errichten**. Islamisten verstehen den Islam insofern nicht allein als eine Religion, sondern als eine Gesellschaftsordnung oder als ein Herrschaftssystem und

¹⁶ Rumman, M. A. (2015). *Ich bin Salafist: Selbstbild und Identität radikaler Muslime im Nahen Osten*. Bonn: Dietz Verlag, S. 7–8.

versuchen, ihre Vorstellungen gesellschaftspolitisch oder gewaltsam durchzusetzen. Zu den wichtigsten Bestandteilen islamistischer Ideologie gehören:

- Die Behauptung, der Islam trenne den religiösen nicht vom politischen Bereich (Schlagwort „Der Islam ist Religion und Staat“) und setze ein entsprechendes Staatswesen voraus.
- Die Forderung nach frühislamischen Herrschaftskonzepten (zum Beispiel ein Kalifat) und nach Einführung der Scharia als Rechtssystem (Schlagwort „Anwendung der Scharia“).
- Ein allein auf der Gleichheit vor Gott, nicht auf Gleichberechtigung, basierendes Verständnis der Geschlechterrollen.
- Vermeintlich religiös verankerte Konzepte exzessiver Gewalt („Kleiner Dschihad“).

Diese Grundzüge islamistischer Ideologie vertreten allerdings nicht alle islamistischen Gruppen. **Islamismus steht vielmehr für unterschiedliche, zum Teil auch konkurrierende Vorstellungen**, die meist von den politischen Bedingungen der Herkunftsländer abhängen. So nehmen einige islamistische Gruppen am demokratischen Prozess teil (etwa die Muslimbruderschaft 2011 – 2013 in Ägypten), während andere die parlamentarische Demokratie als nicht mit dem Islam vereinbar ablehnen (Teile der Salafisten sowie die Dschihadisten). **Insofern existiert kein „Einheits-Islamismus“**. Unabhängig hiervon ist zu überlegen, für diese heterogene politische Strömung neben „Islamismus“ wieder den Überbegriff „politischer Islam“ zu verwenden.

Autor: Dr. Olaf Farschid

1.9. WEITERE STRÖMUNGEN DES ISLAMIS

GIBT ES EINEN EURO-ISLAM?

Muss der Islam überall gleich sein oder kann er sich von Land zu Land verändern? Wie sollen zum Beispiel muslimische Fließbandarbeiter ihrer Gebetspflicht nachkommen? Und wann sollen Muslime in Schweden oder Norwegen das Fasten brechen, wenn der Ramadan in den Sommer fällt? Schließlich wird es in Ländern nördlich des Polarkreises zu dieser Jahreszeit nie richtig Nacht.

Fakt ist: Muslime leben seit Jahrhunderten unterschiedliche Formen des Islams aus. Der Islam der Levante ist anders als der nordafrikanische. Es gibt einen türkischen Islam, einen indischen und einen indonesischen Islam. Zudem gibt es **innerhalb dieser Länder und Regionen sehr unterschiedliche Glaubenspraktiken**. Die kulturellen und gesellschaftlichen Unterschiede wirken sich auch auf die Praxis des Islams aus: So unterscheidet sich die sunnitische Bestattungspraxis in der Türkei oder Syrien von der in Nordafrika. In der Türkei und Syrien gibt es Friedhöfe mit Gräbern, die über Grabplatten und Grabstelen verfügen. In Nordafrika sind Friedhöfe oft gar nicht als solche zu erkennen.

Angesichts solcher Unterschiede ist auch die Entstehung eines Euro-Islams durchaus denkbar. Sobald der noch bestehende Einfluss der verschiedenen Herkunftsregionen auf die Gläubigen abnimmt, könnte sich eine neue spezifisch europäische Form des Islams herausbilden. Die Grundlagen lassen sich aus dem islamischen Recht schon heute entwickeln. Bisher werden sie **von den in Europa lebenden Muslimen aber noch nicht allgemein angenommen**. Als Hindernis erscheint dabei jedoch, dass die Herkunft der Muslime und die Geschichte des Islams in den verschiedenen europäischen Staaten große Unterschiede aufweisen. Deshalb ist vor einer europaweiten Variante des Islams zunächst mit einem französischen, britischen oder deutschen Islam zu rechnen.

POSTISLAMISMUS

„Postislamismus“ beschreibt die Haltung junger Muslime in Deutschland, die zwar aus islamistischen Milieus stammen, aber mit dessen traditionellen Wertevorstellungen nicht mehr einverstanden sind.

Postislamisten betonen einerseits die gesellschaftliche, lebenspraktische Bedeutung des Islams. Andererseits beschäftigen sie sich mit ökonomischen und ökologischen Problemen, der Veränderung von Kommunikationsstrukturen durch neue Medien und der wachsenden Bedeutung nicht-staatlicher und ehrenamtlicher Aktivitäten. Bei der Lösung von aktuellen Problemen müssen ihrer Ansicht nach neue, auch vom Islam geprägte Konzepte entwickelt werden. Postislamisten finden dazu weder im traditionellen Islam noch bei den zwei islamistischen Ideologien akzeptable Ansätze. Stattdessen schätzen sie eine Kultur der Auseinandersetzung, der Debatte, des rationalen Arguments, wie sie sie in deutschen Schulen gelernt haben.¹⁷ **Salafistisch-terroristische Überzeugungen werden von Postislamisten strikt abgelehnt.**

¹⁷ Schiffauer, W. (2010). *Nach dem Islamismus: Eine Ethnographie der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs*. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Viele Vertreter des Postislamismus gehören in Deutschland der **zweiten Generation türkischer Migranten** an und haben eine akademische Ausbildung genossen. Gleichzeitig legen sie großen Wert auf den Erwerb theologischer Kenntnisse, um mit Vertretern eines traditionellen Islams auf Augenhöhe diskutieren zu können.

Autor: Prof. Dr. Peter Heine

1.10. DIE GESCHICHTE DES ISLAMIS IN EUROPA

Die Geschichte des Islams in Europa kann **auf zwei Weisen erzählt werden**: Zum einen mit Fokus auf **militärische und kulturelle Konflikte**, wodurch in der Regel die Unvereinbarkeit zwischen Islam und Europa nachgewiesen werden soll. Zum anderen mit Blick auf **die friedliche Koexistenz von Islam und Europa**. Hierbei wird häufig die historische Präsenz toleranter Muslime in Europa betont und der Jahrhunderte währende kulturelle und ökonomische Austausch zwischen Abend- und Morgenland. Beide Ansätze geben jeweils lediglich Ausschnitte der komplexen historischen Wirklichkeit wieder. Doch ein genauer Blick auf die Geschichte lehrt uns vor allem: **Einen sauberen Schnitt zwischen morgenländischem Islam und abendländischem Christentum gibt es weder ideengeschichtlich noch geografisch**. Der Austausch war und ist viel komplexer, als uns Erzählungen nach dem *Wir-und-Sie-Muster* nahelegen. Die Geschichte der Muslime in Europa ist nicht auf Einwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg beschränkt, sie geht auf eine längerfristige Präsenz in Spanien, auf dem Balkan und in Osteuropa zurück, aber auch auf den Austausch während der Kolonialzeit.

SPANIEN: RELIGIÖSE VIELFALT UNTER DEM DACH MUSLIMISCHER HERRSCHAFT

Die wohl früheste Präsenz von Muslimen in Europa führt ins Spanien des Frühmittelalters zurück. Im Jahr 711 n. Chr. überquerte Tariq ibn Ziyad mit seinem Heer die Meerenge von Gibraltar und brachte die Iberische Halbinsel und damit europäisches Territorium unter seine Kontrolle. Bis zum Jahr 732 konnten muslimische Heere mit seinen Feldzügen bis nach Südfrankreich vordringen. Hier verloren sie die Schlacht von Poitiers. Seitdem gelang es Muslimen nie wieder

dauerhaft, militärisch weiter in den Norden vorzudringen. Auf muslimischer Seite eher eine Randnotiz der Geschichte, wurde **die Schlacht von Poitiers ab dem 19. Jahrhundert in Europa zu einer epochalen Schlacht vom christlichen Abendland gegen den Islam stilisiert**. Dabei war das europäische Festland zur Zeit der Feldzüge nicht vollständig christianisiert gewesen. Der abendländische Anführer der Schlacht, Karl Martell, sollte in seinem Leben weitaus häufiger gegen europäische Christen und „Heiden“ zu kämpfen haben als gegen Muslime – etwa in den Siedlungsgebieten der aufständischen Sachsen.

Auf der Iberischen Halbinsel folgte nach der Schlacht von Poitiers eine islamische Herrschaftszeit von knapp 600 Jahren. In dieser Zeit kam es zu **Kooperationen mit Christen und Juden in Herrschaft und Verwaltung**. Um das 10. Jahrhundert stellten Muslime schließlich die Bevölkerungsmehrheit und rangen untereinander um die lokale Herrschaft. Zeitgleich kam es zu **wesentlichen Entwicklungen in Naturwissenschaften, Philosophie und religiöser Wissenschaft**. Die Epoche wird unter Muslimen gerne als Glanzleistung der muslimischen Kultur und als Beweis für die Toleranz des Islams hochgehalten. Nach den vorherrschenden mitteleuropäischen Geschichtserzählungen wurden Muslime jedoch als Eindringlinge porträtiert, die insbesondere aufgrund ihrer Religion nicht zu Europa gehörten.

Die sogenannte Rückeroberung (Reconquista) von Gebieten unter muslimischer Herrschaft erhielt im 11. Jahrhundert eine christliche Bedeutung, da sie vom Papst gefördert und 1095 in die Kreuzzugs-ideologie integriert wurde. Auf der Iberischen Halbinsel wurden muslimisch geprägte Herrschaftsbereiche Stück für Stück von den Kreuzzüglern zerschlagen und waren um das Jahr 1236 nur noch auf die südliche Provinz Granada begrenzt. Trotz der religiös aufgeladenen Kriege und Konflikte gab es in der Folgezeit **immer wieder Zweckbündnisse von muslimischen und christlichen Fürsten gegen gemeinsame Rivalen auf lokaler Ebene**. Religion markierte damit nicht grundsätzlich eine unüberwindbare Grenze. Je nach politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Interesse konnten religiöse Grenzen überwunden werden. Dennoch fand 1492 die Geschichte der muslimischen Präsenz in Spanien ein Ende. Muslime und Juden wurden von der Iberischen Halbinsel vertrieben, ihre sichtbaren religiösen Elemente beseitigt. Beispiele dafür sind die Umwandlung der Moscheen von Sevilla und Cordoba in christliche Kathedralen.

8.

JAHRHUNDERT

10.

JAHRHUNDERT

11. – 15.

JAHRHUNDERT

DER MITTELMEERRAUM: KULTURELLE, MILITÄRISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE KONTAKTZONE

9. – 11.

JAHRHUNDERT

Das Mittelmeer war nie nur eine Trennlinie zwischen Europa und Nordafrika, sondern auch eine Verbindungszone. So gab es immer wieder Stützpunkte von muslimischen Herrschern an der italienischen Südküste, wie auch Vorstöße nach Rom (846 n. Chr.) und Pisa (1004 n. Chr.). Ab 827 gab es immer wieder militärische Expeditionen der arabischen Aghlabiden nach Sizilien: Einzelne Städte kamen unter muslimische Herrschaft. Von 965 bis hin zur Eroberung durch die Normannen im Jahr 1072 verwalteten muslimische Herrscher ganz Sizilien. Auch wenn die muslimische Bevölkerung dank voranschreitender Konversion zum Islam anwuchs, **blieb die christliche Bevölkerung als wichtiger und anerkannter Teil der Insel bestehen.** Die Normannen integrierten die lokalen Muslime in ihre Hofkultur und übersetzten antike Texte aus dem Arabischen ins Lateinische.

BALKANGEBIETE: DIE OSMANEN ALS HERRSCHER, FEINDE UND VERBÜNDETE

15. – 17.

JAHRHUNDERT

Spätestens mit der Eroberung der oströmisch-byzantinischen Kaiserstadt Konstantinopel im Jahr 1453 meldete das Osmanische Reich Machtansprüche in Europa, Asien und Nordafrika an. Die sunnitisch geprägten osmanischen Herrscher regierten auf dem Balkan und auf der Krim europäischen Boden, waren eine wichtige Macht im Mittelmeer und standen mit verschiedenen europäischen Herrschern in engem Kontakt: Handelsverträge wurden geschlossen, politische Allianzen geschmiedet und Friedensverträge ausgehandelt.

Vor allem zwei Ereignisse haben im mitteleuropäischen Gedächtnis einen besonderen Stellenwert: Zwei Mal (1529 und 1683) standen die „Türken vor Wien“, genauer gesagt wurde die Hauptstadt der damaligen Habsburger Dynastie und Sitz des Deutschen Kaisers vom Osmanischen Heer belagert. Doch so sehr man auch versucht, diese Ereignisse zum Symbol für den islamisch-christlichen Widerstreit zu stilisieren: **Die sich gegenüberstehenden Seiten waren miteinander verwoben.** Auf osmanischem Herrschaftsgebiet stellten Christen in vielen Regionen die Mehrheit innerhalb der Bevölkerung, so zum Beispiel auf dem Balkan. Christen wurden in die Administration der jeweiligen Gebiete integriert und stellten Hilfstruppen. Christliche Fürsten ließen sich ihre Herrschaft innerhalb des Reiches von osmanischer Seite anerkennen und konnten ihre Fürstentümer

weiter regieren. Ähnlich wie in Andalusien wirkten in Militär, Administration und Kultur Juden und Christen mit. Ihre Eliten konnten von einem guten Verhältnis zu den jeweiligen Herrschern profitieren und verhielten sich entsprechend loyal. Auch christliche, europäische Jerusalem-Pilger, Händler und Gesandte hatten ihren Platz im Reich. Trotzdem wird die Belagerung Wiens heutzutage als epochale Schlacht um die Verteidigung des christlichen Abendlandes gegen die muslimischen Osmanen dargestellt. Es wirkten jedoch nicht nur Muslime, sondern auch nichtmuslimische Hilfstruppen aus Ungarn bei der Belagerung mit – und auch Frankreich (als erklärter Gegner Habsburgs) unterstützte die Osmanen politisch. Auf der anderen Seite kämpften muslimische Tataren als Teil des polnischen Heeres gegen die Osmanen mit.

Selbst die Zeit nach der Schlacht von Wien im Jahre 1683 war von einer schrittweisen Integration der Osmanen in europäische Regierungssysteme geprägt. Bündnisverträge zwischen osmanischen und verschiedenen europäischen Herrschern wurden abgeschlossen und diplomatische Beziehungen gepflegt, die oftmals von wechselseitiger Neugier und Faszination geprägt waren. Osmanische Gesandte besuchten europäische Städte, an den europäischen Höfen wurde die sogenannte Türkenmode in Kleidung, Architektur und Musik gepflegt.

DIE TATAREN: EUROPAS ALTEINGESESSENE UND OFT VERGESSENE MUSLIME

Mit der Verbreitung des islamischen Glaubens unter den Mongolen hatte sich der Islam im Osten Europas verankert und wurde zur Religion der dort lebenden Tataren. Bis ins 15. Jahrhundert standen auch erhebliche Teile des heutigen Russlands und der Ukraine unter der Herrschaft der mongolischen Goldenen Horde, welche sich islamisiert hatte. In der Folgezeit kamen immer mehr Muslime im Osten Russlands unter russische Herrschaft. Einen Sonderfall bilden die Muslime im Fürstentum Polnisch-Litauen, welches geografisch weite Teile der heutigen Ukraine, Polens und Litauens umfasste. Der litauische Fürst Vytautas baute im 15. Jahrhundert auf tatarisch-muslimische Söldner zur Herrschaftssicherung und gewährte ihnen das Recht auf freie Religionsausübung. **Fortan kämpften Muslime unter dem Kommando christlicher Fürsten gegen andere Muslime – und auch gegen Christen.** So zum Beispiel gegen den Deutschen Orden, gegen die Truppen des russischen Zaren, gegen die muslimischen Krimtataren und eben bei der legendären Schlacht in Wien 1683 gegen die Osmanen. Sie blieben innerhalb der polnischen Armee bis ins 20. Jahrhundert eine wichtige Kraft, sowohl im

15. – 17.

JAHRHUNDERT

Kampf gegen Sowjetrußland wie später auch gegen Nazideutschland. Zeugnis der bis heute währenden Präsenz von Muslimen in Osteuropa sind kleine muslimische Minderheiten in Polen, Litauen und Weißrußland sowie ihre teilweise jahrhundertealten Moscheen und Friedhöfe.

DER KOLONIALISMUS: MUSLIMISCHE LÄNDER UNTER EUROPÄISCHER HERRSCHAFT



Im Zeitalter des Kolonialismus gelangten weite Teile islamisch geprägter Regionen unter Herrschaft einzelner europäischer Länder. Die europäische Kolonialherrschaft war häufig von Ausbeutung und gewaltsamer Unterwerfung geprägt, deren Spuren bis heute sichtbar und im kollektiven Gedächtnis der dortigen Bevölkerung verankert sind. Zugleich hat die Präsenz von europäischen Verwaltern, Händlern und Wissenschaftlern für einen kulturellen Austausch gesorgt. Europäische Regierungen reproduzierten ihre Bildungs- und Wirtschaftsmodelle in den kolonialisierten Gebieten. Insbesondere erfuhren so lokale Eliten eine europäische Prägung und übertrugen diese in die kolonialisierten Gesellschaften. Waren, Menschen und Ideen überschritten Grenzen in beide Richtungen – mit Dampfschiffen, Eisenbahnen und Telegrafleitungen.

So lebten im 19. Jahrhundert nun auch muslimische Geschäftsleute, Studierende und Soldaten in den europäischen Handelszentren, Hauptstädten und kolonialen Militärakademien. Gegen Ende des Jahrhunderts kamen Reisende aus islamisch geprägten Gebieten hinzu, die ihre bisherigen Vorstellungen von Europa in der Realität als Touristen erfahren wollten.

DER ERSTE WELTKRIEG: MUSLIME IN EUROPÄISCHEN ARMEEN



Bereits im Ersten Weltkrieg waren Muslime auf beiden Seiten der verfeindeten Lager zu finden: In der britischen Armee kämpften muslimische Einheiten aus Indien, in den Reihen französischer Streitkräfte standen nordafrikanische Muslime. Osmanen kämpften aufseiten der Deutschen und Muslime des Balkans in der Habsburger Armee. In den machtpolitischen Konflikten des frühen 20. Jahrhunderts **spielte die Zugehörigkeit zum „Christlichen Abendland“ keine Rolle** bei der Wahl der Verbündeten oder bei der Rekrutierung von Soldaten.

Religion kam demgegenüber aber sehr wohl eine Funktion zu: Diese wurde zu propagandistischen Zwecken politisch instrumentalisiert. Deutsche drängten zum Beispiel den osmanischen Sultan, das Konzept des *Dschihad* nicht nur für die Mobilisierung eigener Truppen einzusetzen, sondern alle Muslime zu einem islamisch begründeten Widerstand aufzurufen. Dabei zielte das Deutsche Kaiserreich darauf ab, seine Feinde durch Aufstände von Muslimen in den französischen und britischen Kolonien zu schwächen. **Somit war die erste moderne Form des globalen Dschihad auch eine deutsche Idee**, die jedoch im Ersten Weltkrieg nicht aufging. Wie wichtig es den damaligen deutschen Kriegsstrategen war, Muslime auf ihre Seite zu ziehen, zeigt das Beispiel des „Halbmondlagers“ bei Wünsdorf: Hier wurden muslimische Kriegsgefangene zu missionarischen Zwecken untergebracht. Ihnen wurde 1915 eine eigene Moschee mit Prediger gestellt sowie eine auf Staatskosten herausgegebene Lagerzeitung mit dem Titel „El Dschihad“. All das sollte die muslimischen Gefangenen davon überzeugen, für das Deutsche und Osmanische Reich zu kämpfen – doch die Mehrzahl der Soldaten war nicht bereit, für diese Koalition in den Krieg zu ziehen.

MUSLIME IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT UND IM ZWEITEN WELTKRIEG

Im Ersten Weltkrieg waren zigtausende muslimische Soldaten ums Leben gekommen. Die Opfer blieben nicht ohne Anerkennung: Frankreich ehrte die für das Vaterland gefallenen Muslime mit dem Bau der Grande Mosquée de Paris im Jahre 1926. Fortan zog es größere Zahlen an Muslimen aus den ehemaligen Kolonialstaaten in europäische Hauptstädte, so dass sich dort verschiedene Gruppen ausbildeten, darunter auch Vereinigungen politisch-säkularer Nationalisten. In ihren Heimatländern waren diese unerwünscht, da sie dort die Unabhängigkeit anstrebten. Auch in Berlin sammelten sich zur Zeit zwischen den Weltkriegen verschiedene säkulare und religiöse Gruppierungen: Hier entstand 1928 in Wilmersdorf unter anderem die große Ahmadiyya Moschee. Im Umkreis dieser Gemeinde wurde die *Moslemische Revue* als deutschsprachige Zeitschrift herausgegeben, in der zahlreiche deutsche Konvertiten ihren Weg zum Islam beschrieben.



Im Zweiten Weltkrieg versuchten die Nationalsozialisten erneut die „islamische Karte“ auszuspielen, indem sie planten, den Mufti von Jerusalem für sich zu gewinnen und über ihn Muslime im Nahen Osten für den Kampf gegen England und Frankreich zu mobilisieren. Auf dem Balkan **gründete die Waffen-SS mit bescheidenem Erfolg muslimische Einheiten für Kämpfe**. Bis 1944 arbeitete sie mithilfe deutscher Orientalisten daran, sowjetisch-muslimische Kriegsgefangene

in der Dresdner "Mullah Schule" zu Nazi-Propagandisten umzuschulen. Wieder blieben die ideologischen Mobilisierungsversuche der Nationalsozialisten zu militärischen Zwecken unter religiösem Deckmantel unterhalb den Erwartungen deutscher Kriegsstrategen: Die meisten Überläufer desertierten nach der Bombardierung Dresdens. Doch auch auf der anderen Seite der Front spielten Muslime eine Rolle: Viele kämpften für Frankreich und Großbritannien. Auch unter den rund 12 Millionen Menschen, die im Zweiten Weltkrieg Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft leisteten, befanden sich zahlreiche Muslime.

MUSLIME ALS TEIL DES EUROPÄISCHEN WIEDERAUFBAUS UND ALS SCHUTZSUCHENDE



Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden für den Wiederaufbau Westeuropas zusehends ausländische Arbeitskräfte vom Balkan, aus der Türkei, Südasien sowie dem Nahen Osten und Nordafrika angeworben, die vor dem Hintergrund der schlechten ökonomischen, politischen und sozialen Lage ihrer Länder die Gelegenheit zur Arbeitsaufnahme in Europa ergriffen.

Nach dem Bau der Mauer und angesichts eines rapiden Wirtschaftsaufschwungs in Westdeutschland schloss die Bundesregierung Ende der 1950er und 1960er Jahre Verträge zur Anwerbung von Arbeitskräften: Auf diesem Wege kamen zahlreiche Muslime nach Deutschland, die meisten aus der Türkei. Sie sollten den Arbeitermangel beheben, der als Spätfolge des Zweiten Weltkriegs und des Mauerbaus in Westdeutschland herrschte. Zur Zeit des Anwerbestopps im Jahr 1973 gab es etwa 2,6 Millionen ausländische Arbeitnehmer in Westdeutschland, ein erheblicher Anteil war muslimischen Glaubens. Manche dieser Muslime kamen selbst aus Europa, zum Beispiel aus dem ehemaligen Jugoslawien. Darüber hinaus kamen Muslime als Studierende an die europäischen Universitätsstädte. Andere waren als ehemalige Soldaten und Kriegsgefangene ohnehin da und richteten sich nach dem Krieg dauerhaft vor Ort ein.

Flucht- und Asylmigration spielte erst Ende der 1970er Jahre eine Rolle, insbesondere als Menschen aus dem damaligen „Ostblock“ in die Bundesrepublik zuwanderten. Weitere Muslime gelangten zu jener Zeit meist über den Familiennachzug in die BRD. In den 1980er Jahren wuchs die Zahl an Asylbewerbern aus nichteuropäischen Ländern an. Unter ihnen befanden sich auch zahlreiche Geflüchtete muslimischen Glaubens.

FAZIT: Die Geschichte des *Islams* in Europa ist weder eine Geschichte von unveröhnlicher Gegensätzlichkeit, dauerhafter Auseinandersetzung oder Konfliktszenarien, die entlang einer religiösen Trennlinie verlaufen – egal wie sehr sich populistische Nationalpatrioten in Europa derzeit um eine solche Darstellung bemühen. Ebenso wenig lässt sich die Geschichte als ein ungetrübtes Miteinander in Harmonie und Frieden erzählen. Wie diese geschichtliche Skizze anhand verschiedener Beispiele illustriert, ist sie vielmehr **eine Geschichte der Verwobenheit von Menschen unterschiedlicher Regionen und Hintergründe, die in Wechselbeziehung zueinander stehen**. Im Sog von Globalisierung, wachsender Mobilität und grenzüberschreitenden Kommunikationswegen wird es künftig eine noch intensivere Verflechtung von Kultur, Wissen und Waren über die Grenzen unserer Nationen, Kontinente und sogenannten Kulturräume hinaus geben. Diesen Austausch als Weiterführung des historischen Erbes Europas zu verstehen, wäre ein Weg zur Überwindung einer vermeintlichen Gegnerschaft von Islam und Europa.

Autoren: Prof. Dr. Bekim Agai und Dr. des. Raida Chbib

1.11. TOP-5 LÄNDER MIT MUSLIMISCHER BEVÖLKERUNG IN EUROPA (2010 UND 2030)



Quelle: Prognose des Pew Research Center. (2011). The Future of the Global Muslim Population: Projections 2010-2030, S. 124.

2. ISLAM IN DEUTSCH- LAND

2.1. GESCHICHTE DER MOSCHEEN, GEMEINDEN UND VERBÄNDE IN DEUTSCHLAND

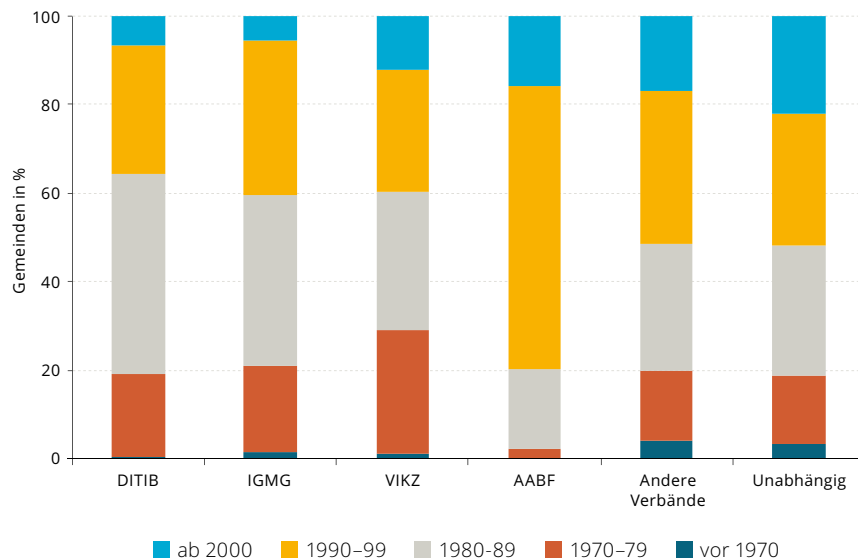
Die älteste noch erhaltene Moschee Deutschlands ist die „Wilmsdorfer Moschee“ in Berlin. Sie wurde 1924 – 1928 erbaut. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden weitere Moscheen. **Die meisten der heute bestehenden Gemeinden wurden seit den 1970er Jahren gegründet.** Entscheidend war hierfür die Zuwanderung von Gastarbeitern, die aus islamischen Ländern, vor allem der Türkei, nach Deutschland kamen.

Die neu entstandenen Moscheegemeinden benötigten organisatorische und juristische Kenntnisse, etwa bei der Gründung von Vereinen, bei Fragen zur Gemeinnützigkeit oder der Verwaltung von Spenden. Um diese Lücke zu füllen, wurde mit dem Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) 1973 der erste islamische Dachverband in Deutschland gegründet. Bald darauf bildeten sich die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) und einige Moscheevereine türkischer Nationalisten. Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) entstand in den 1980er Jahren. So etablierten sich nach und nach mehrere Dachverbände, die verschiedene religiöse und politische Strömungen des „türkischen Islams“ in Deutschland vertraten. Deren unterschiedliche Auslegung des Islams führte in den **1970er und 1980er Jahren zu einem Konkurrenzkampf um Moscheegemeinden und die Aufmerksamkeit von Politik und Gesellschaft.** In den 2000er Jahren beruhigten sich diese Konflikte weitgehend und es entstanden gemeinsame Initiativen und Kooperationen.

In den 1980er Jahren entstanden der Islamrat und der Zentralrat der Muslime in Deutschland. Seit den 1990er Jahren bildeten sich Moscheegemeinden, die von mehr ethnischer, sprachlicher und religiöser Diversität gekennzeichnet waren und die Gründung weiterer Dach- und Spitzenverbände nach sich zogen. Im Jahr 2009 wurde die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands gegründet.

Im Jahr 2015 wurde die Anzahl der islamischen Gebetsräume und Moscheen auf etwa 2350 geschätzt.¹ Moscheegemeinden haben sich in den 2000er Jahren für ihr nichtmuslimisches Umfeld geöffnet. Deutschsprachige Ansprechpartner stehen für den interreligiösen Dialog und für Medienanfragen zur Verfügung. Viele Gemeinden beteiligen sich an Tagen der Offenen Tür, organisieren Sommer- und Straßenfeste und bieten Moscheeführungen an.² Gleichzeitig hat sich in vielen Moscheen eine zielgruppenspezifische Gemeindearbeit etabliert.

GEMEINDEN DER VERBÄNDE NACH GRÜNDUNGSDATUM



Quelle: Halm, D., Sauer, M., Schmidt, J. & Sticks, A. (2012). Islamisches Gemeindeleben in Deutschland. Hrsg. vom BAMF im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, S. 94.

EXKURS: In welcher Sprache werden die Freitagspredigten gehalten?

Das Freitagsgebet ist das zentrale wöchentliche Gebet der Muslime und besteht aus einer Predigt und einem Gemeinschaftsgebet. Es ist für männliche Muslime verpflichtend, Frauen ist die Teilnahme freigestellt. Zur Predigt gehören Koranrezitationen auf Arabisch und deren anschließende Erläuterung in der Sprache der Gemeinschaft. Hier können Prediger unterschiedliche Themen – etwa Gesundheits- oder Bildungsfragen – aufgreifen und der Gemeinde präsentieren. Zum Freitagsgebet gehört auch das Gemeinschaftsgebet auf Arabisch, in dem der Vorbeter Koranverse rezitiert und die Gläubigen im Gebet führt. **Immer mehr Moscheen bieten bei Freitagspredigten eine deutsche Übersetzung an.** In der Regel erfolgt diese simultan über Kopfhörer oder direkt durch die Prediger. In manchen Moscheen wird auch ausschließlich auf Deutsch gepredigt, um so Gläubige mit unterschiedlichen Muttersprachen zu erreichen. Damit wird deutlich: **Die deutsche Sprache gewinnt als gemeinsame Sprache der Muslime in Deutschland an Bedeutung.** Das ist vor allem in kleineren Städten der Fall, wo Angehörige verschiedener Sprachgruppen mangels Alternativen dieselbe Gemeinde besuchen. Die türkischen Dachverbände DITIB, VIKZ und IGMG, aber auch eine Reihe von Ortsgemeinden, stellen ihre wöchentlichen Freitagspredigten in türkischer und deutscher Sprache auf ihrer Webseite zur Verfügung.

Autorin: Prof. Dr. Riem Spielhaus

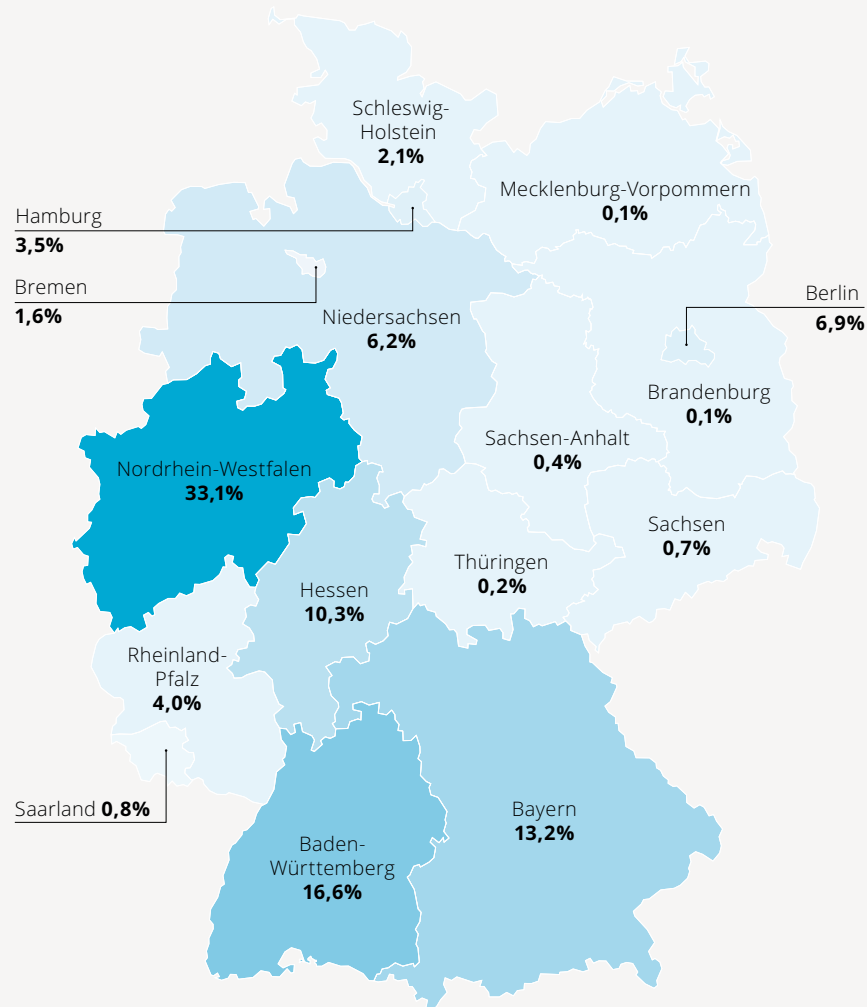
2.2. VERTEILUNG DER MUSLIME IN DEUTSCHLAND

Ein Blick auf die Landkarte zeigt, dass Muslime in Deutschland sehr ungleich verteilt sind. Über ein Drittel der Muslime in Deutschland lebt in Nordrhein-Westfalen (33,1 Prozent), gefolgt von anderen Bundesländern mit Industrieregionen wie Baden-Württemberg – dort leben 16,6 Prozent der muslimischen Bevölkerung in Deutschland – und Bayern mit 13,2 Prozent. Ein Grund dafür ist die Anwerbung von Gastarbeitern aus der Türkei, Marokko und dem ehemaligen Jugoslawien zwischen 1961 und 1973. In Großstädten wie Berlin leben 6,9 Prozent, in Hamburg 3,5 Prozent der Muslime. In den fünf ostdeutschen Ländern leben zusammen unter 2 Prozent der **etwa 4 Millionen Muslime in Deutschland**.

¹ Halm, D., & Sauer, M. (2015). Soziale Dienstleistungen der in der Deutschen Islam Konferenz vertretenen religiösen Dachverbände und ihrer Gemeinden. Verfügbar unter <http://bit.ly/28WNSIo>

² Halm, D., & Sauer, M. (2012). Islamisches Gemeindeleben in Deutschland. Hrsg. vom BAMF im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, S. 82. Verfügbar unter <http://bit.ly/2bbMQN9>

VERTEILUNG DER MUSLIME AUF DIE BUNDESLÄNDER



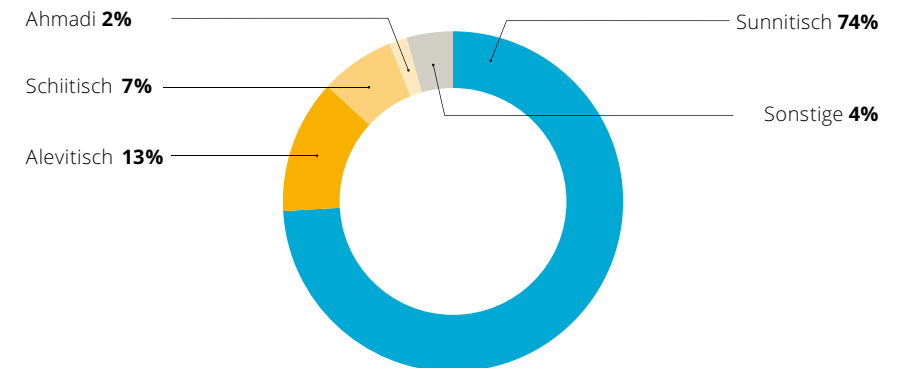
Anmerkung: Anteil an allen Muslimen in Deutschland

Quelle: Haug, S., Müssig, S., & Stichs, A. (2009). Muslimisches Leben in Deutschland. Hrsg. vom BAMF im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, S. 107.

2.3. WELCHE GLAUBENSRICHTUNGEN SIND IN DER BUNDESREPUBLIK VERTRETEN?

Die Anzahl der Muslime in Deutschland und deren Unterteilung in verschiedene Glaubensrichtungen ist gleichermaßen interessant für Verwaltung, Politik und islamische Organisationen. Es ist zum Beispiel relevant zu wissen, wie viele Sunniten, Schiiten oder Aleviten voraussichtlich einen Anspruch auf Teilnahme am Religionsunterricht geltend machen werden oder wie viele islamische Grabstellen in den kommenden Jahrzehnten benötigt werden.

GLAUBENSRICHTUNGEN UNTER MUSLIMEN IN DEUTSCHLAND



Quelle: Haug, S., Müssig, S., & Stichs, A. (2009). Muslimisches Leben in Deutschland. Hrsg. vom BAMF im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, S. 97.

Entsprechend dem großen Anteil der türkeistämmigen Migranten unter den Muslimen und dem großen Anteil von Sunniten in der Türkei stellt diese Glaubensrichtung mit 72 Prozent auch die große Mehrheit der Muslime in Deutschland. Allerdings spiegelt der im globalen Vergleich höhere Anteil der Aleviten (14 Prozent) ebenfalls den hohen Anteil aus der Türkei eingewanderter Menschen wider. Aus dem Iran, Afghanistan, Irak, Libanon und Pakistan sind allerdings auch schiitische Muslime nach Deutschland gekommen, die 7 Prozent der Muslime in Deutschland ausmachen und sowohl persisch-, arabisch- als auch urdusprachige Gruppen umfassen.

Insbesondere Minderheiten suchen Möglichkeiten zur Auswanderung nach Deutschland: Unter den 5,5 Prozent der sonstigen Muslime verbirgt sich ein Anteil von etwa 1,5 Prozent Ahmadis sowie weniger als 1 Prozent Imamiten und Nusairier.

2.4. AUFBAU LOKALER ISLAMISCHER GEMEINDEN

Die meisten der etwa **2.600 islamischen Gemeinden in Deutschland** betreiben Gebetsräume oder Kulturzentren in ehemaligen Fabriken, Wohnhäusern und Ladengeschäften. Diese Einrichtungen werden häufig als Hinterhofmoscheen bezeichnet. Darüber hinaus wurden in Deutschland etwa **150 Moscheebauten errichtet**, die oft – aber nicht immer – von außen als solche erkennbar sind.

↳ KOORDINATIONS RAT DER MUSLIME IN DEUTSCHLAND (KRM)

Der Forderung von Politik und Medien nach einem einheitlichen Ansprechpartner für islamische Belange folgend, haben sich im März 2007 die vier großen Verbände DITIB, IR, ZMD und VIKZ zu einem Rat zusammengeschlossen. Gründungsziel war, als Interessensvertreter des organisierten Islams in Deutschland wahrgenommen zu werden. Der KRM agiert vor allem auf Bundesebene und besteht aus überwiegend sunnitischen Organisationen. Unterschiedliche Positionen zu gesellschaftspolitischen Fragen haben innerhalb des KRM zu Konflikten geführt und die Entscheidungsfähigkeit des Rats eingeschränkt.

Die meisten Moscheevereine sind durch eine **doppelte Struktur** geprägt: Ein gewählter Moscheevorstand regelt die Vereinsbelange und vertritt die Gemeinde nach außen, etwa gegenüber Kommunen, Zivilgesellschaft oder Politik. Für Fragen der Religionspraxis und die theologischen Aspekte der Gemeindearbeit ist wiederum ein Imam – in türkischen Gemeinden „Hoca“ genannt – zuständig. Nur in seltenen Fällen ist der Imam Vorstandsmitglied und religiöse Autorität in Personalunion.

Imame oder Hocas sind für die Durchführung der religiösen Riten zuständig, zu denen die fünf Gebete und die Freitagspredigt, aber auch Eheschließungen und Totengebete zählen. Religiöses Wissen jenseits der Riten – dazu zählen Korankurse oder die Einführung in islamische Religionspraxis für Kinder und Erwachsene – wird in manchen Gemeinden durch Imame vermittelt, andere bieten entsprechende Angebote über ehrenamtlich arbeitende Mitglieder an. Im Monat Ramadan laden einige Gemeinden zudem Gastprediger und Gastrezitatoren ein, die den Koran vortragen.

Auch wenn Moscheevereine in erster Linie für die Gewährleistung der islamischen Religionspraxis zuständig sind, sind ihre Räumlichkeiten weitaus mehr als Gebetsorte: Sie dienen zusätzlich als **sozialer Treffpunkt und Bildungsstätte** und bieten ihren Besuchern praktische Lebenshilfe an.

EXKURS: Finanzierung

Wie finanzieren sich islamische Organisationen und Gemeinden? Sind sie ideologisch von politischen Kräften aus dem Ausland abhängig? Das sind häufig gestellte Fragen. Islamische Organisationen erklären in der Regel, dass sie sich **primär durch Mitgliedsbeiträge und Spenden von Moscheebesuchern finanzieren**. Darüber ob und wieviel Geld aus dem Ausland gespendet wird, liegt derzeit keine verlässlich recherchierte Übersicht vor. Islamische Organisationen, die mehrheitlich als gemeinnützige Vereine eingetragen sind, haben die Verpflichtung ihre Buchhaltung regelmäßig vorzulegen. Bekannt ist die indirekte Form der ausländischen Finanzierung: In nahezu allen Gemeinden der DITIB sowie in einigen IGMG-Gemeinden werden „Hocas“ aus der Türkei bezahlt. Derzeit zahlt die türkische Religionsbehörde Diyanet die Gehälter von rund 800 Hocas, die in Deutschland predigen.³ In einzelnen Moscheebauprojekten wurden zudem Spendenaktivitäten aus dem Ausland transparent gemacht.⁴ Weitgehend **unerforscht ist jedoch die Beziehung zwischen Finanzierung und direkter Einflussnahme aus dem Ausland**.

2.5. RECHTSSTATUS ISLAMISCHER RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN

Die meisten islamischen Gemeinden sind als eingetragene Vereine organisiert, der rechtlich einfachsten Form für Religionsgemeinschaften in Deutschland.⁵ Neben der Vereinsform besteht die Möglichkeit der Anerkennung von Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts: Diese müssen beispielsweise ihre Spendeneinnahmen nicht versteuern, dürfen Religionsunterricht

³ Türkisch-Islamische Union (DITIB). (10.12.2009). *Imame für Integration: Bundesweites Fortbildungsangebot für Imame gestartet*. Pressemitteilung. Verfügbar unter <http://bit.ly/2c1q64c>

⁴ Zum Beispiel wurde die Berliner Khadija-Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde mit Spendengeldern weiblicher Ahmadiyya-Mitglieder aus der ganzen Welt finanziert, die Moschee von Penzberg wurde vom Emir des Golfstaats Schardscha bezahlt. Ein weiteres Beispiel ist die Hamburger Al-Nour-Moschee: Sie erhielt laut Medienberichten eine Spende von 1,1 Millionen Euro vom Staat Kuwait für den Umbau der ehemaligen Kapernaum-Kirche.

⁵ Zur Gründung eines Vereins muss kein Finanzvolumen vorgewiesen werden, es gibt kein kompliziertes Anerkennungsverfahren und es bestehen rechtlich klar geregelte, einfache Satzungen.

an Schulen mitgestalten und genießen Vorteile im Arbeits- und Sozialrecht. Erst 2013 wurde mit der Ahmadiyya Muslim Jamaat in Hessen die erste und bislang einzige islamische Organisation als Körperschaft anerkannt. Die seit etwa 100 Jahren in Deutschland aktive Gemeinschaft konnte klare Mitgliederstrukturen vorweisen und hat ihren Antrag auf den Körperschaftsstatus intensiv verfolgt.

Der Körperschaftsstatus galt lange Zeit als Voraussetzung für eine Kooperation zwischen Staat und religiösen Vereinigungen. Dennoch schlossen Hamburg und Bremen umfassende religionsverfassungsrechtliche Verträge mit islamischen Religionsgemeinschaften, um islamische Religionspraxis im öffentlichen Raum zu ermöglichen. In anderen Bundesländern wurden Verträge zu Einzelfragen aufgesetzt: In Hessen wird so die Durchführung von islamischem Religionsunterricht an staatlichen Schulen geregelt und in Niedersachsen die islamische Seelsorge in Gefängnissen.

Gesetzesänderungen können ebenfalls bislang nicht realisierbare islamische Religionspraktiken ermöglichen: So ist es in Nordrhein-Westfalen seit 2014 auch nicht als Körperschaften anerkannten Religionsgemeinschaften gestattet, einen Friedhof zu betreiben.

EXKURS: Vergleich zu etablierten Religionsgemeinschaften

Als Körperschaften des öffentlichen Rechts verfügen die etablierten Religionsgemeinschaften – wie die christlichen Amtskirchen und die jüdischen Gemeinden – über Privilegien, die mitunter auf jahrzehntealte Verträge zurückgehen. So können die evangelischen und katholischen Kirchen beispielsweise über Finanzämter Kirchensteuern einziehen. Zwar zeigen islamische Organisationen – inklusive der AMJ, die als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt ist – an Kirchensteuern bisher wenig Interesse, doch viele wünschen sich Steuererleichterungen bei der Grundstücks- und Erwerbsteuer oder Zugang zu staatlichen Fördergeldern – beispielsweise um Wohlfahrtspflege finanzieren zu können. Bislang sind Steuererleichterungen jedoch den als Körperschaft anerkannten Religionsgemeinschaften vorbehalten. Voraussetzung für den Zugang zu staatlichen Fördergeldern ist der Nachweis professioneller und nachhaltiger Strukturen, der insbesondere für kleine Vereine – mit vorwiegend ehrenamtlichen Mitarbeitern – schwer zu erbringen ist.

2.6. ISLAMISCHE ORGANISATIONEN

DIE KOMPLEXITÄT ISLAMISCHER ORGANISATIONEN

Die Moscheenlandschaft in Deutschland ist **von unten gewachsen** und war in der Vergangenheit immer wieder durch gegenläufige Entwicklungen gekennzeichnet: Gemeinden bemühten sich darum, Zusammenschlüsse zu bilden, gleichzeitig konkurrierten sie aber untereinander um Mitgliedsvereine. Das führte zu einem recht **unübersichtlichen Aufbau des organisierten Islams**. Die Suche nach einer schaubildartigen Struktur der islamischen Organisationen ist daher von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Je stärker sich Muslime hierzulande beheimatet fühlten und eine Bleibeperspektive entwickelten, desto komplexer wurden die Anforderungen an ihre Gemeinden. Viele gründeten Zusammenschlüsse auf Landes- und Bundesebene. Aktuell sind etwa **70 Prozent** der islamischen Gebetsräume und Moscheen in Dach- und Spitzenverbänden auf Bundesebene oder in Moscheezusammenschlüssen auf Landesebene organisiert. Auf Landesebene schlossen sich in der Regel Moscheegemeinden mit einer großen religiösen und sprachlichen Vielfalt in Schuren zusammen, um eine höhere Repräsentanz zu erlangen. Dachverbände auf Bundesebene hingegen vereinen in der Regel eine Glaubensrichtung und ethnisch homogene Gemeindemitglieder. In den Spitzenverbänden (IR und ZMD) sind Dachverbände und Einzelmitglieder verschiedener Herkunft organisiert. Es gibt jedoch auch zahlreiche, gerade jüngere Moscheen, die in gar keinem Dachverband Mitglied und damit weder auf Landes- noch auf Bundesebene organisiert sind. Andere Gemeinden hingegen sind gleich in mehreren Dachorganisationen auf Landes- und Bundesebene vertreten.

Die folgende Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es wurden vor allem Organisationen ausgewählt, die islamische Interessen gegenüber Medien und Politik engagiert vertreten und an einer Veröffentlichung in einem Handbuch für Journalisten interessiert waren. Dennoch gilt es zu bedenken, dass islamische Organisationen in ihrer Kommunikation mit Medien – aber auch mit Politik oder anderen Religionsgemeinschaften – große Unterschiede aufweisen, was mit **unterschiedlichen Ressourcen oder der Prioritätensetzung in der alltäglichen Arbeit** zusammenhängen kann: Einige Dach- und Spitzenverbände verfügen über eigene Pressebüros. Die Pressearbeit vieler anderer Gemeinden wird jedoch von ehrenamtlichen Mitarbeitern betreut.

MITGLIEDERZAHLEN UND VERTRETUNGSANSPRUCH

In vielen Fällen ist unklar, wie viele Mitglieder einer islamischen Gemeinde tatsächlich angehören. Um ihre Bedeutung hervorzuheben, waren einige islamische Organisationen in der Vergangenheit geneigt, möglichst hohe Mitglieds- und Besucherzahlen anzugeben, die sie mitunter nicht belegen konnten. Überhaupt **variiert die Art und Weise, wie die Größe einer islamischen Gemeinde oder Organisation bestimmt wird**: Manche Moscheevereine zählen Einzelmitglieder, andere Einzelmitglieder plus deren Familie. Islamische Organisationen erheben ihre Einzelmitglieder zum Teil gar nicht, für sie ist die Zahl der durch sie vertretenen Moscheegemeinden ausschlaggebend. Die Angaben zur „Anzahl der Mitglieder“ basieren auf den Selbstaussagen der Organisationen.

In einer im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz durchgeführten Untersuchung versuchten Forscher zu messen, wie bekannt islamische Organisationen unter Muslimen sind: Laut der Studie kannten 2008 nur 16 Prozent der befragten Muslime den Islamrat, den Koordinationsrat der Muslime sogar nur 10 Prozent.⁶ Der Vertretungsanspruch mancher islamischer Organisationen wird angesichts solcher Resultate häufig infrage gestellt. **Allerdings ist auch umstritten, ob es überhaupt die Aufgabe einer Religionsgemeinschaft ist, Gläubige in der Öffentlichkeit zu vertreten.**

SPITZENVERBÄNDE

In den 1980er Jahren entstanden in Deutschland die ersten islamischen Spitzenverbände. Man versuchte damit, die Konkurrenz zwischen den unterschiedlichen Organisationen zu überwinden und gegenüber Politik und Medien vereint aufzutreten. Da sich unter den Mitgliedsvereinen dieser Bündnisse auch mehrere Dachverbände befanden, etablierte sich der Begriff „Spitzenverbände“. Einige mitgliederstarke Dachverbände zogen sich jedoch nach wenigen Jahren wieder aus Vereinigungen wie dem Islamrat und dem Zentralrat der Muslime zurück.

⁶ Haug, S., Müssig, S., & Stichs, A. (2009). *Muslimisches Leben in Deutschland*. Hrsg. vom BAMF im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, S. 173. Verfügbar unter <http://bit.ly/29pyTue>

ISLAMRAT FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (IR)



Der IR wurde 1986 in Berlin als bundesweite Koordinierungsstelle islamischer Religionsgemeinschaften gegründet. In der Satzung aufgeführte Ziele sind unter anderem die staatliche Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts und die Einführung von islamischem Religionsunterricht an Schulen. Der IR umfasst neben vorwiegend türkisch-sunnitischen Moscheevereinen circa 1.000 Einrichtungen, die sich der Eltern-, Frauen-, Jugend- und Sozialarbeit widmen. Mitgliederstärkste Gemeinde im IR ist die von einigen Landesbehörden für Verfassungsschutz sowie vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtete Milli-Görüs-Gemeinde (IGMG).

→ PRESSEKONTAKT

Herr Murat Gümüş

Telefon: +49 (0)221 942240210

Fax: +49 (0)221 942240201

E-Mail: mgumus@islamrat.de

Anschrift: Colonia Allee 3, 51067 Köln

Website: islamrat.de

Vorsitz: Burhan Kesici

Gründung: 1986

Anzahl der Mitglieder:

17 Dachverbände mit insgesamt 448

Moscheevereinen

ZENTRALRAT DER MUSLIME IN DEUTSCHLAND E. V. (ZMD)



Der ZMD vereint eigenen Angaben zufolge sunnitisch wie schiitisch geprägte Dachorganisationen, Gemeinden und Einzelmitglieder unterschiedlicher Nationalitäten. Er entstand als Nachfolger des „Islamischen Arbeitskreises in Deutschland“. Nach der Umbenennung verließen die mit-

gliederstarke Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB) sowie der Verband der Islamischen Kulturzentren e. V. (VIKZ) den Zentralrat. 1997 initiierte der ZMD den jährlich am 3. Oktober stattfindenden „Tag der offenen Moscheen in Deutschland“, dem sich seitdem weitere Verbände angeschlossen haben.

→ PRESSEKONTAKT

Herr Suphian Al-Sayad

Telefon: +49 (0)221 1394450

Fax: +49 (0)30 39885881

E-Mail: presse@zentralrat.de

Anschrift: Sachsenring 20, 50677 Köln

Website: zentralrat.de

Vorsitz: Aiman A. Mazyek

Gründung: 1987

Anzahl der Mitglieder:

35 Dachverbände

mit etwa 300 Moscheevereinen

BUNDESWEITE DACHVERBÄNDE

Dachverbände vertreten die Interessen lokaler Gemeinden und helfen ihnen dabei, religiöse Angebote bereitzustellen: Zum Beispiel organisieren sie Pilgerfahrten und Festivitäten an Feiertagen oder koordinieren Almosenspenden und Hilfskampagnen. Da Religion in Deutschland Ländersache ist, haben einige Dachverbände in den vergangenen Jahren Landesverbände gegründet, um ihre Mitgliedsvereine effektiv vertreten zu können.

TÜRKISCH-ISLAMISCHE UNION DER ANSTALT FÜR RELIGION E. V. (DITIB)



DITIB koordiniert die religiösen, sozialen und kulturellen Tätigkeiten ihrer sunnitischen Mitgliedsvereine. Der Dachverband unterhält enge Beziehungen zur türkischen Religionsbehörde Diyanet, die beim türkischen Staat angestellte Imame für einen begrenzten Zeitraum in die Mitgliedsgemeinden entsendet. DITIB-Landesverbände sind in Hamburg und Bremen Partner der Landesregierung in religionsverfassungsrechtlichen Verträgen und in Hessen Kooperationspartner des Landes für den islamischen Religionsunterricht.

→ PRESSEKONTAKT	Website: ditib.de
Telefon: +49 (0)221 50800	Vorsitz: Prof. Dr. Nevzat Yasar Asikoglu
Fax: +49 (0)221 50800100	Gründung: 1984
E-Mail: info@ditib.de	Anzahl der Mitglieder: 900 Moscheevereine in 15 Landesverbänden
Anschrift: Venloer Straße 160, 50823 Köln	

ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT MILLI GÖRÜS E. V. (IGMG)



Die sunnitisch geprägte IGMG hat europaweit 613 Mitgliedsmoscheen, davon 406 in Deutschland. Daneben gehören Frauen-, Jugend-, Schüler-, Bildungs-, Kultur- und Sportvereine zum Netzwerk der Organisation. Einschließlich der Teilnehmer an den wöchentlichen Freitagsgebeten erreicht die IGMG nach eigenen Angaben etwa 350.000 Personen in Deutschland. Sie entstand aus der türkischen Milli-Görüs-Bewegung („Nationale Sicht“) und wird in einigen Bundesländern sowie auf Bundesebene vom Verfassungsschutz beobachtet. Die IGMG ist Mitglied des Islamrats und dadurch auch im KRM vertreten.

→ PRESSEKONTAKT	Website: igmg.org
Generalsekretariat	Vorsitz: Kemal Ergün
Telefon: +49 (0)221 942240200	Gründung: 1995
Fax: +49 (0)221 942240201	Anzahl der Mitglieder:
E-Mail: gs@igmg.org	406 Moscheevereine in 15 Landesverbänden
Anschrift: Colonia Allee 3, 51067 Köln	

VERBAND DER ISLAMISCHEN KULTURZENTREN E. V. (VIKZ)



Der VIKZ wurde mit dem Ziel gegründet, die religiösen Bedürfnisse – wie etwa Gebet, Religionsunterricht oder religiöse Bestattungen – der türkischen Gastarbeiter der 70er Jahre zu befriedigen. Der sunnitisch geprägte Verband ist Teil der von Süleyman Hilmi Tunahan († 1959) inspirierten Bewegung. Der VIKZ stellt seinen Mitgliedern Räumlichkeiten zur Verfügung, ist aktiv in der Jugend- und Bildungsarbeit und hilft bei Bestattungen. Seit 1999 bietet der VIKZ in Köln eine theologische Ausbildung für Frauen und Männer an, die Vorsteher für Moscheegemeinden hervorbringt. Die Landesverbände in Hamburg und Bremen sind Partner der Landesregierung in religionsverfassungsrechtlichen Verträgen.

→ PRESSEKONTAKT	Website: vikz.de
Herr Seyfi Ögütü	Vorsitz: Mehmet Duran
Telefon: +49 (0)221 95441015	Gründung: 1973
Fax: +49 (0)221 95441068	Anzahl der Mitglieder:
E-Mail: presse@vikz.de	300 Moschee- und Bildungsvereine in neun Landesverbänden
Anschrift: Vogelsanger Straße 290, 50825 Köln	

UNION DER TÜRKISCH-ISLAMISCHEN KULTURVEREINE IN EUROPA E. V. (ATIB)



ATIB ist eine Abspaltung der nationalistischen „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ Der föderative Verband setzt sich aus eingetragenen Vereinen sunnitischer Strömung zusammen. Erklärtes Ziel von ATIB ist es, die Interessen der türkisch-muslimischen Minderheit zu vertreten. Die ATIB ist Mitbegründer und Mitglied im „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ (ZMD) sowie im „Rat Türkeistämmiger Staatsbürger“.

→ PRESSEKONTAKT	Website: atib.org
Herr Mahmut Askar	Vorsitz: Ihsan Öner
Telefon: +49 (0)221 316010	Gründung: 1987
E-Mail: mahmut.askar@atib.org	Anzahl der Mitglieder:
Anschrift: Neusser Straße 553, 50737 Köln	Etwa 10.000 Einzelmitglieder

AHMADIYYA MUSLIM JAMAAT DEUTSCHLAND KDÖR (AMJ)



Die AMJ ist die Organisation einer der beiden in Südasien entstandenen Ahmadiyya-Bewegungen. Die Bewegung ist seit 1923 in Deutschland aktiv. Die Organisation unterhält über 52 Moscheebauten, 105 weitere Gebetsräume und etwa 225 lokale Gemeinden sowie einen TV-Sender und einen Verlag. Die AMJ ist seit 2013 die erste islamische Körperschaft des öffentlichen Rechts in Hessen und Hamburg. Seit 2013 bietet sie als Partner des Landes Hessen den islamischen Religionsunterricht an hessischen Grundschulen an.

→ PRESSEKONTAKT	60437 Frankfurt am Main
Herr Dr. Mohammad Dawood Majoka	Website: ahmadiyya.de
Telefon: +49 (0)163 3027473	Vorsitz: Abdullah Uwe Wagishauser
+49 (0)69 50688641	Gründung: 1988
E-Mail: presse@ahmadiyya.de	Anzahl der Mitglieder:
Anschrift: Genfer Straße 11,	42.000 Einzelmitglieder

ALEVITISCHE GEMEINDE DEUTSCHLAND E. V. (AABF)



Die AABF erhebt den Anspruch, die Interessen der auf etwa 500.000 geschätzten Aleviten in Deutschland zu vertreten. In ihr sind über 150 Ortsgemeinden organisiert. In acht Bundesländern ist die AABF Kooperationspartner für die Gestaltung des alevitischen Religionsunterrichts und wurde in diesem Zusammenhang als Religionsgemeinschaft anerkannt. Ihre Arbeitsschwerpunkte sieht die AABF in der Wiederbelebung der alevitischen Tradition sowie im interreligiösen Dialog und der Bildungsarbeit.

→ PRESSEKONTAKT	Anschrift: Stolberger Str. 317, 50933 Köln
Frau Melek Yildiz	Website: alevi.com/de
Telefon: +49 (0)221 9498560	Vorsitz: Hüseyin Mat, Aziz Aslandemir
Fax: +49 (0)221 94985610	Gründung: 1989
E-Mail: melek.yildiz@alevi.com	Anzahl der Mitglieder: 153 Vereine

ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT DER BOSNIAKEN IN DEUTSCHLAND E. V. (IGBD)



Die sunnitisch geprägte IGBD ist der Bundesdachverband der muslimischen Bosniaken und wurde 1994 ursprünglich unter dem Namen „Vereinigung islamischer Gemeinden der Bosniaken in Deutschland“ gegründet. Die IGBD unterhält enge Beziehungen zur Islamischen Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina. Als geistliches Oberhaupt sehen Mitglieder den Reisu-l-ulema (Vorsitzender der Gelehrten) in Sarajevo an.

→ PRESSEKONTAKT	Anschrift: Rheinstr. 64, 65185 Wiesbaden
Herr Zenahir Mrakovic	Website: igbd.org
Telefon: +49 (0)611 36029895	Vorsitz: Edin Atlagic
Fax: +49 (0)611 36029893	Gründung: 1994
E-Mail: sekretariat@igbd.org	Anzahl der Mitglieder: 76 Moscheevereine

ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT DER SCHIITISCHEN GEMEINDEN DEUTSCHLANDS E. V. (IGS)



Die IGS vertritt den Großteil der etwa 180 schiitischen Gemeinden in Deutschland. Deren Mitglieder stammen vorwiegend aus dem Iran sowie Irak, Libanon, Pakistan und Afghanistan. Die Gemeinschaft versteht sich als Dienstleister, Vernetzer und Vertreter ihrer Mitgliedsgemeinden und verfolgt dabei unter anderem folgende Ziele: Bildungs- und Jugendarbeit zu leisten, Ansprechpartner für Akteure aus Religion, Politik und Gesellschaft zu sein und die Bewahrung der islamisch-schiitischen Identität zu fördern.

→ PRESSEKONTAKT	Website: igs-deutschland.org
Herr Dawood Nazirizadeh	Vorsitz: Sheikh Mahmoud Khalilzadeh
Telefon: +49 (0)30 37447122	Gründung: 2009
E-Mail: dawoodnazirizadeh@gmail.com	Anzahl der Mitglieder:
Anschrift: Harzer Straße 51–52,	152 Moscheevereine
12059 Berlin	

MOSCHEEZUSAMMENSCHLÜSSE AUF LANDESEBENE

Religionsangelegenheiten sind in Deutschland Sache der Bundesländer. Um dem gerecht zu werden, bildeten lokale Moscheevereine seit Mitte der 1990er Jahre Zusammenschlüsse auf Länderebene. Die meisten dieser Bündnisse wurden Schura (arabisch für Rat) genannt. Sie dienen der gemeinsamen Interessenvertretung von religiös, sprachlich und ethnisch unterschiedlichen Moscheevereinen, unterstützen diese aber auch bei der Bereitstellung religiöser und sozialer Angebote. Neben den hier aufgeführten Landeszusammenschlüssen befinden sich Zusammenschlüsse in Bayern und Rheinland-Pfalz im Aufbau.

ISLAMISCHE RELIGIONSGEMEINSCHAFT HESSEN (IRH)



Die IRH wurde in Zusammenarbeit mit islamischen Organisationen in Hessen gegründet, um einen zentralen Ansprechpartner für religiöse Belange von Muslimen auf Landesebene zu etablieren. Die IRH beabsichtigt, hes-

sische Muslime unterschiedlicher Herkunft sowie sunnitische und schiitische Muslime in ihrer Vielfalt abzubilden und setzt sich für deren gesellschaftliche Gleichbehandlung ein.

→ PRESSEKONTAKT	Anschrift: Postfach 10 05 45, 35335 Gießen
Herr Ramazan Kuruyüz	Website: irh-info.de
(Telefon: +49 (0)174 9114282) und	Vorsitz: Ramazan Kuruyüz
Herr Ünal Kaymakci	Gründung: 1997
(Telefon: +49 (0)172 3878676 und	Anzahl der Mitglieder:
+49 (0)69 26094750)	40 Moscheevereine mit 7.500
E-Mail: info@irh-info.de	Einzelmitgliedern

ISLAMISCHE FÖDERATION IN BERLIN E. V. (IFB)



Die IFB wurde als Dachverband für Moschee-, Jugend- und Frauenvereine in Berlin gegründet. Sie bietet islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen an, seit 1998 ist sie als Religionsgemeinschaft anerkannt. Sie trägt allerdings nicht den Status einer Körperschaft des öffent-

lichen Rechts. Als Anbieterin des islamischen Religionsunterrichtes ist sie derzeit mit 29 Lehrern an 31 Berliner Grundschulen tätig. Ursprünglich vereinigte die Föderation ausschließlich türkisch dominierte Moscheen, doch inzwischen sind auch andere Berliner Gemeinden in der IFB organisiert.

→ PRESSEKONTAKT	Website: if-berlin.de
Herr Mustafa Özdemir	Vorsitz: Murat Gül
Telefon: +49 (0)30 6923872	Gründung: 1980
E-Mail: m.oezdemir@if-berlin.de	Anzahl der Mitglieder:
Anschrift: Boppstraße 4, 10967 Berlin	17 Moscheevereine

SCHURA - RAT DER ISLAMISCHEN GEMEINSCHAFT IN HAMBURG E. V.



Die SCHURA ist ein Zusammenschluss von Moscheevereinen in Hamburg. Sie vereint Gemeinden sunnitischer und schiitischer Muslime unterschiedlicher Herkunft.

Neben den Moscheegemeinden gehören ihr unter anderem Frauen-, Jugend-, Studenten- und Bildungsvereine an. Die Beziehungen zwischen der SCHURA und der Stadt Hamburg sind seit 2012 in einem religionsverfassungsrechtlichen Vertrag geregelt, im Rahmen dessen wurde die SCHURA als Religionsgemeinschaft staatlich anerkannt. Sie trägt allerdings nicht den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts.

→ PRESSEKONTAKT	20099 Hamburg
Herr Hassan Ramadan (Telefon: +49	Website: schurahamburg.de
(0)173 1824567) und Herr Norbert Müller	Vorsitz: Mustafa Yoldas, Ayatollah Reza
(Telefon: +49 (0)173 9195802)	Ramezani, Daniel Abdin
E-Mail: info@schurahamburg.de	Gründung: 1999
Telefon: +49 (0)40 32004664	Anzahl der Mitglieder:
Fax: +49 (0)40 32004691	54 Mitgliedsvereine, darunter 36
Anschrift: Böckmannstrasse 18,	Moscheevereine

SCHURA NIEDERSACHSEN - LANDESVERBAND DER MUSLIME IN NIEDERSACHSEN E. V.



Zielsetzung der SCHURA ist die Repräsentation der Orts- und Moscheegemeinden in Niedersachsen. Mitglieder sind sowohl eine große Anzahl türkischer Gemeinden als auch Gemeinden mit Mitgliedern afghanischer, arabi-

scher und bosnischer sowie pakistanischer, iranischer und deutscher Herkunft. Darüber hinaus zählen auch islamische Hochschulgruppen zu den Mitgliedern. In der Schura sind sowohl sunnitische als auch schiitische Strömungen vertreten. Seit 2011 stellt sie in Kooperation mit dem DITIB-Landesverband den vom niedersächsischen Kultusministerium anerkannten „Beirat“ zur Umsetzung des islamischen Religionsunterrichtes.

→ PRESSEKONTAKT	Website: schura-niedersachsen.de
E-Mail: info@schura-niedersachsen.de	Vorsitz: Recep Bilgen
Anschrift: Nordfelder Reihe 1a, 30167 Hannover	Gründung: 2002
	Anzahl der Mitglieder: 92 Mitgliedsvereine

SCHURA SCHLESWIG-HOLSTEIN - ISLAMISCHE RELIGIONSGEMEINSCHAFT SCHLESWIG-HOLSTEIN E. V.



Die SCHURA Schleswig-Holstein ist von Moscheevereinen gegründet worden, um laut Satzung „die islamischen Vereine in Schleswig-Holstein zum gemeinsamen Handeln“ zu verbinden. Sie versteht sich als Religionsgemeinschaft und Interessenvertretung der Muslime sowie als Ansprechpartner für die Politik.

→ PRESSEKONTAKT	Anschrift: Alte Lübecker Chaussee 19, 24113 Kiel
Herr Ibrahim Yazici	Website: schura-sh.de
Telefon: +49 (0)431 3852460	Vorsitz: Fatih Mutlu
Mobil: +49 (0)162 2355930	Gründung: 2000
E-Mail: i.yazici@schurash.de / mail@schurash.de	Anzahl der Mitglieder: 17 Moscheevereine

ISLAMISCHE RELIGIONSGEMEINSCHAFT BADEN-WÜRTTEMBERG E. V. (IGBW)



Die IGBW in Baden-Württemberg vereint Moscheegemeinden und Einzelmitglieder. Sie versteht sich als multiethnischer Ansprechpartner zum Thema Islam und Muslime in Baden-Württemberg. Als Teilnehmer am Runden Tisch des Kultusministeriums in Baden-Württemberg arbeitet die IGBW an der Vorbereitung zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts mit.

→ PRESSEKONTAKT	Website: ig-bw.de
Herr Muhittin Soyulu	Vorsitz: Muhittin Soyulu
Telefon: +49 (0)175 2967793	Gründung: 2004
E-Mail: info@ig-bw.de	Anzahl der Mitglieder:
Anschrift: Ulmerstr. 172, 70180 Stuttgart	100 Moscheevereine

VEREINE DER INTERESSENVERTRETUNGEN AUF BUNDESEBENE

Bei manchen islamischen Organisationen spielt Religionspraxis nur eine untergeordnete Rolle. Hauptsächlich vertreten sie muslimische Interessen in gesellschaftspolitischen Fragen. Ursprünglich haben sich solche Zusammenschlüsse – etwa von muslimischen Frauen oder Studierenden – innerhalb der Dachverbände gegründet. In den letzten Jahren entstanden aber Initiativen, die verbandsunabhängig agieren. Sie vertreten die Interessen unterschiedlicher theologischer, sprachlicher und ethnischer Gruppen.

AKTIONSBÜNDNIS MUSLIMISCHER FRAUEN E. V. (AMF)



Das AmF ist eine bundesweite, verbands- und parteiunabhängige Vereinigung muslimischer Frauen unterschiedlicher Herkunft und religiöser Prägung. Erklärtes Ziel ist die Verbesserung der rechtlichen und gesellschaftlichen Situation von vorrangig muslimischen Frauen und deren Familien und Lebensgemeinschaften. Außerdem möchte das AmF muslimische Frauen in Deutschland vernetzen und ihre Interessen vertreten. Seit 2010 ist das AmF Mitglied im Deutschen Frauenrat und seit 2012 bei den UN Women Deutschland vertreten.

→ PRESSEKONTAKT	Vorsitz: Gabriele Boos-Niazy
Frau Gabriele Boos-Niazy	und Dr. Tuba Isik
Telefon: +49 (0)2236 948633	Gründung: 2009
E-Mail: info@muslimische-frauen.de	Anzahl der Mitglieder:
Anschrift: Rabenweg 2, 50389 Wesseling	Bundesweit rund 450 Mitglieder
Website: muslimische-frauen.de	

LIBERAL ISLAMISCHER BUND E. V. (LIB)



Der LIB versteht sich als bundesweiter Zusammenschluss von und Ansprechpartner für Muslime, für die ein progressives Islamverständnis und die emanzipatorische Auslegung von Quellen wichtig ist. Er vertritt eigenen Aussagen zufolge ein pluralistisches Gesellschaftsbild, setzt sich für umfassende Geschlechtergerechtigkeit und eine Förderung der innerislamischen Vielfalt ein. Der LIB fordert die Akzeptanz und Gleichbehandlung unterschiedlicher Lebensgestaltungen gemäß dem Grundgesetz.

→ PRESSEKONTAKT	Website: lib-ev.de
Herr Christian Kübler	Vorsitz: Nushin Atmaca
Telefon: +49 (0)221 67783707	Gründung: 2010
E-Mail: presse@lib-ev.de	Anzahl der Mitglieder:
Anschrift: Postfach 1106, 56155 Bendorf	180 Einzelmitglieder

RAT MUSLIMISCHER STUDIERENDER & AKADEMIKER (RAMSA)



RAMSA ist eine Dachorganisation von muslimischen Studierenden und Akademikern sowie islamischen Hochschulvereinigungen an deutschen Universitäten und Fachhochschulen. Ziel ist es, die islamische Hochschularbeit zu unterstützen und als Kontaktstelle für Muslime an Hochschulen zu fungieren. RAMSA bringt 1.800 – 2.000 Studierende und Akademiker an derzeit 35 bundesweiten Standorten zusammen. Der eingetragene Verein ist politisch und finanziell unabhängig. Mitglied des Rats ist auch das Netzwerk für muslimische Lehrerinnen und Lehrer.

→ PRESSEKONTAKT	Website: ramsa-deutschland.org
Frau Hatice Durmaz	Vorsitz: Hatice Durmaz
E-Mail: info@ramsa-deutschland.org	Gründung: 2007
Anschrift: Alte Jakobstraße 129B, 10969 Berlin	Anzahl der Mitglieder: 35 Hochschulgruppen und Vereine

Autorinnen: Prof. Dr. Riem Spielhaus und Milena Jovanovic

2.7. INSTITUTIONALISIERUNG DES ISLAMIS IN DEUTSCHLAND

Ein wichtiges Ziel der islamischen Dachorganisationen ist die Gleichstellung mit christlichen Kirchen und den jüdischen Gemeinden. Dafür braucht es den **Dialog mit dem deutschen Staat**. Die folgenden Anliegen thematisieren islamische Organisationen regelmäßig im Gespräch mit der deutschen Politik und Verwaltung:

- Recht von Muslimen auf Freistellung von Arbeit und Schule, um an den Riten der islamischen Feiertage und dem Freitagsgebet teilnehmen zu können
- Bestattung nach islamischem Ritus
- Islamischer Religionsunterricht
- Islamische Theologie an Hochschulen
- Religiöse Betreuung von Muslimen in Krankenhäusern und bei der Bundeswehr
- Islamische Wohlfahrtspflege
- Vertretung in Rundfunk- und Medienräten

GESPRÄCHSFÖREN ZWISCHEN POLITIK, VERWALTUNG UND ISLAMISCHEN ORGANISATIONEN

BUNDESEBENE: DIE DEUTSCHE ISLAM KONFERENZ

Die Deutsche Islam Konferenz (DIK) wurde 2006 vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ins Leben gerufen, um den Austausch zwischen dem deutschen Staat und Muslimen zu fördern. Erstmals kamen staatliche Vertreter mit verschiedenen islamischen Organisationen zusammen, um sich auf Bundesebene über eine **gemeinsame Islampolitik** zu verständigen. Vorherige Versuche einer Kooperation waren gescheitert, da es von staatlicher Seite aus Vorbehalte gegenüber einzelnen islamischen Vereinigungen gab.⁷

⁷ Hierzu gehörten Vorbehalte im Hinblick auf die Verfassungskonformität und Integrationsbereitschaft einzelner Vereinigungen – aber auch die Frage, für welche und wie viele Muslime die Vereinigungen eigentlich sprechen können.

Im Zentrum der Gespräche standen bislang unter anderem Religionsfragen im deutschen Verfassungsverständnis sowie die Themen Geschlechtergerechtigkeit, Extremismusprävention und Wohlfahrtspflege. Arbeitsgruppen der DIK haben mehrere Studien in Auftrag gegeben wie zum Beispiel „Muslimisches Leben in Deutschland“ (2009) oder „Islamisches Gemeindeleben in Deutschland“ (2012).

In der **Islampolitik ist die Länderebene jedoch wichtiger als die Bundesebene**, denn dort werden in Deutschland Religionsangelegenheiten entschieden und umgesetzt. Dabei lassen sich zwei Vorgehensweisen beobachten: Zum einen gibt es Gremien, in denen Vertreter von islamischen Gemeinden und staatlichen Behörden wichtige Einzelfragen klären. Zum anderen wird in sogenannten religionsverfassungsrechtlichen Verträgen umfassend das gemeinsame Leben im Land geregelt.

LANDESEBENE: GREMIEN UND RELIGIONSVERFASSUNGSRECHTLICHE VERTRÄGE

Mehrere Landesregierungen haben sich bislang entschieden, langfristige Kommunikationsforen einzurichten, um mit Vertretern islamischer Gemeinden und Verbände ins Gespräch zu kommen. Solche Gremien bündeln die Interessen auf muslimischer und staatlicher Seite – zum Beispiel zu Themen wie Anerkennung oder Gleichstellung – und konzipieren Vorschläge, wie islamische Religionspraxis auf Kommunal- und Landesebene umgesetzt werden kann.

In einigen Fällen lag die Initiative für solche Dialogforen im Zuständigkeitsbereich von Ministerien (etwa in Baden-Württemberg), in anderen bei den Beauftragten für Integration (zum Beispiel in Berlin) oder bei Staatskanzleien (wie in Nordrhein-Westfalen). Folgende institutionalisierte Dialogforen bestanden oder bestehen bis heute:⁸

- Runder Tisch der Landesregierung zum Islamischen Religionsunterricht (Niedersachsen seit 2002-2011⁹, Hessen seit 2009)
- Islamforum Berlin (Berlin, seit 2005)
- Runder Tisch Islam (Baden-Württemberg seit 2011, Rheinland-Pfalz seit 2012)
- Dialogforum Islam (Nordrhein-Westfalen, seit 2013)

8 Spielhaus, R., & Herzog, M. (2015). *Die rechtliche Anerkennung des Islams in Deutschland: Ein Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung*. Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, S. 15, 33ff.

9 Nach der Einführung von islamischem Religionsunterricht im Jahr 2013 wurde der Runde Tisch in einen Beirat überführt.

Religionsverfassungsrechtliche Verträge enthalten umfassende Regelungen zu Fragen der Religionspraxis sowie zur Kooperation zwischen Staat und Religionsgemeinschaften. In der Praxis können sie Verwaltungsmitarbeitern als Orientierungshilfe dienen und dadurch für alle Beteiligten die Handlungssicherheit bei Fragen rund um das Thema Islam erhöhen.

Unklar ist bislang, ob auch solche Verträge als Staatsverträge gelten, die mit Religionsgemeinschaften geschlossen wurden, die nicht als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt sind. Diese Frage wird derzeit in den Rechtswissenschaften diskutiert. Rein rechtlich gilt jedoch: Verträge mit privatrechtlich organisierten Religionsgemeinschaften können dieselben Aspekte der Religionsausübung regeln und bieten dabei die gleiche Rechtssicherheit wie Verträge mit Körperschaften.

Hamburg und Bremen schlossen Ende 2012 und Anfang 2013 Verträge mit islamischen Verbänden, die nicht als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt sind.¹⁰ Vertragspartner waren dabei Landesverbände von DITIB, die Landesschuren, der VIKZ und in einem jeweils separaten Vertrag die Alevitische Gemeinde Deutschland.¹¹

BILDUNG UND HOCHSCHULBILDUNG

ISLAMISCHER RELIGIONSUNTERRICHT

Im Jahr 2009 besuchten etwa 700.000 muslimische Kinder deutsche Schulen.¹² Die Bundesregierung leitet daraus einen erheblichen Bedarf an islamischem Religionsunterricht ab. Laut Grundgesetz ist dieser, wie jeder andere bekenntnisorientierte Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, als versetzungsrelevantes Fach in Übereinstimmung mit den Religionsgemeinschaften zu erteilen. Das bedeutet: Die Bundesländer müssen sie bei der Erstellung der Lehrinhalte und der Auswahl der Lehrkräfte einbinden. Berlin, Brandenburg und Bremen sind von

10 In den Verträgen von Hamburg und Bremen werden zentrale Forderungen islamischer Organisationen zum Beispiel nach einer Feiertagsregelung oder islamischer Bestattung aufgegriffen.

11 Andere Bundesländer planen ähnliche Verträge: Die Landesregierung von Schleswig-Holstein hat 2012 angekündigt, Vorverhandlungen mit islamischen Verbänden und Gemeinden aufzunehmen. In Niedersachsen haben die Landesregierung und islamische Verbände zu Beginn ihrer Verhandlungen im Herbst 2013 eine formelle Absichtserklärung unterzeichnet und Ende 2015 einen Vertragsentwurf ins Landesparlament eingebracht, der allerdings bislang nicht verabschiedet wurde. In Rheinland-Pfalz wurden islamische Organisationen im April 2015 zu Verhandlungen in die Staatskanzlei eingeladen.

12 Haug, S., Müssig, S., & Sticks, A. (2009). *Muslimisches Leben in Deutschland*. Hrsg. vom BAMF im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, S. 330. Verfügbar unter <http://bit.ly/29pyTue>

der grundgesetzlichen Regelung ausgenommen: In Bremen und Brandenburg werden nicht-bekenntnisorientierte Lehrkonzepte unterrichtet. In Berlin wird Religionsunterricht als freiwilliges, nicht versetzungsrelevantes Fach angeboten und seit 2001 von der Islamischen Föderation Berlin erteilt.¹³

Aktuell bieten acht Bundesländer islamischen Religionsunterricht an, oder erproben diesen in Modellprojekten: Seit 2013 ist islamischer Religionsunterricht reguläres Schulfach in Niedersachsen und Hessen.¹⁴ Nordrhein-Westfalen hat 2011 ein Gesetz erlassen, um bis 2019 islamischen Religionsunterricht schrittweise als Schulfach einzuführen.

In Hamburg haben sich mehrere Religionsgemeinschaften,¹⁵ darunter auch die islamischen Gemeinden, entschieden, einen „Religionsunterricht für Alle“ anzubieten. Schülerinnen und Schüler erhalten dabei eine Einführung in unterschiedliche Religionen, der Islam wird von muslimischen Pädagogen unterrichtet. Bundesländer wie Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erproben den Islamunterricht in Modellprojekten, bieten aber bislang keine flächendeckende Umsetzung an. In den neuen Bundesländern gibt es wegen der geringen Zahl muslimischer Schüler und Kooperationspartner keine Initiativen zur Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts. Trotz der grundgesetzlichen Regelung bietet Schleswig-Holstein das Fach „Islamunterricht“ ohne Beteiligung islamischer Religionsgemeinschaften an.

¹³ Auch die alevitische Gemeinde bietet nach diesem Modell Religionsunterricht in Berlin an.

¹⁴ Kooperationspartner in Niedersachsen sind DITIB Niedersachsen und Schura Niedersachsen, in Hessen DITIB Hessen und die Ahmadiyya Muslim Jamaat.

¹⁵ Darunter die Evangelische Kirche, die Partner der Landesregierung in religionsverfassungsrechtlichen Verträgen mit islamischen Organisationen (DITIB, Schura Hamburg, VIKZ und AABF) und die jüdische Gemeinde.

ISLAMISCHER RELIGIONSUNTERRICHT IN DEUTSCHLAND



Eigene Darstellung

LEHRSTÜHLE FÜR ISLAMISCHE THEOLOGIE UND RELIGIONSPÄDAGOGIK

Im Rahmen einer Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wurden 2011 **fünf Zentren für islamische Theologie** – in einigen Fällen auch islamische Studien genannt – **an sechs staatlichen Universitäten** eingerichtet.¹⁶ Seitdem bilden diese Zentren Lehrer für islamischen Religionsunterricht aus, aber auch Sozialarbeiter und Theologen für die Arbeit in Moscheen und islamischen Organisationen. An einigen Zentren entstehen außerdem Schulbücher für den islamischen Religionsunterricht.¹⁷

Zunächst wurden diese Einrichtungen für fünf Jahre mit insgesamt rund 20 Millionen Euro gefördert. Nach einer positiven Evaluierung Ende 2015 wurde das BMBF-Programm bis 2020 verlängert. Dadurch können jeweils vier Forschungsprofessuren pro Zentrum sowie die Qualifizierung von Nachwuchswissenschaftlern finanziert werden.

Folgende Zentren für Islamische Theologie werden vom BMBF gefördert:

- Das Zentrum für Islamische Theologie (ZITH) in Tübingen
- Das Zentrum für Islamische Theologie (ZIT) in Münster
- Das Institut für Islamische Theologie (IIT) in Osnabrück
- Das Zentrum für Islamische Studien (ZEFIS) in Frankfurt/Gießen
- Das Department Islamisch-Religiöse Studien (DIRS) in Erlangen-Nürnberg

Neben diesen Zentren entstanden weitere islamische Lehrstühle an der Akademie der Weltreligionen (AWR) der Universität Hamburg und am Zentrum für Komparative Theologie und Kulturwissenschaften (ZeKK) der Universität Paderborn. Der Berliner Senat für Wissenschaft hat die Einrichtung eines Instituts für islamische Theologie ab Herbst 2018 an der Humboldt-Universität zu Berlin beschlossen und stellt für die Gründungsphase 500.000 Euro zur Verfügung.¹⁸ Neben den Zentren und Lehrstühlen entstanden in Baden-Württemberg an

¹⁶ Bundesministerium für Bildung und Forschung. *Islamische Theologie*. Verfügbar unter <http://bit.ly/2c1tLiv>

¹⁷ Zum Beispiel Harun-Behr, H., Kaddor, L., & Müller, R. (Hrsg.) Saphir: *Religionsbuch für junge Musliminnen und Muslime*. Goethe-Universität Frankfurt am Main, Kösel-Verlag; Yakar, H., Önel, S., Cetin, H., Topcuk, A., Paschen, D., & Gebauer, K. (2008). *Die Schöne Quelle: Islamunterricht in der Grundschule*. Önel-Verlag; Oldenbourg Schulbuchverlag (Hrsg.) unter Beteiligung von Ucar, B. *Mein Islambuch*; Khorchide, M. *Miteinander auf dem Weg: Islamischer Religionsunterricht*. Ernst Klett Verlag.

¹⁸ Humboldt-Universität zu Berlin. (14.07.2016). *Institut für Islamische Theologie soll an der HU eingerichtet werden: Das Land Berlin sichert die Finanzierung des Instituts*. Verfügbar unter <http://bit.ly/2ceyMFx>

drei pädagogischen Hochschulen Studiengänge für islamische Theologie und Religionspädagogik: Dort dienen sie der Ausbildung des Lehrpersonals für den islamischen Religionsunterricht.

Die meisten Zentren für islamische Theologie **arbeiten mit Beiräten islamischer Religionsgemeinschaften zusammen**, um zum Beispiel die Besetzung von Lehrstühlen oder die Erstellung von Studien- und Prüfungsordnungen abzustimmen. Bei der Planung von islamischem Religionsunterricht und der Einrichtung der Zentren für islamische Theologie war allerdings die Besetzung dieser Beiräte an mehreren Standorten umstritten.

AUS- UND WEITERBILDUNG FÜR IMAME

Es gibt **keine einheitlichen Standards für die Ausbildung von Imamen**. Einig ist man sich nur darüber, dass Vorbeter über die nötigen theologischen Kenntnisse für die Leitung des Gebets verfügen müssen. Dafür reicht aber aus Sicht vieler Gemeinden der Besuch eines umfassenden Koranunterrichts. Ein **universitärer Abschluss ist keine Voraussetzung**. Dennoch ist die Ausbildung islamischer Theologen an staatlichen Universitäten ein zentrales Anliegen muslimischer Vertreter. Sie hoffen, dass ihre Gemeinden von den universitär Gebildeten profitieren können. Ein Problem der häufig finanzschwachen Gemeinden wäre dabei allerdings die Bezahlung von Gemeindevorstehern mit deutschem Studienabschluss. Es ist deshalb anzunehmen, dass die meisten Absolventen der islamischen Theologien in Deutschland nicht hauptberuflich als Imam tätig werden und sich stattdessen ein Modell durchsetzt, nach dem Lehrer für islamischen Religionsunterricht und Sozialarbeiter auch Freitagsgebete leiten.

Einige Dachverbände und lokale **Moscheegemeinden haben selbst Einrichtungen zur Ausbildung von Imamen geschaffen**: Der Verein Islamischer Kulturzentren (VIKZ) bildet seine Imame seit 1999 in Köln aus. In Berlin-Köpenick entstand 2009 die Imamschule der sufisch ausgerichteten Semerkand-Gemeinde in Berlin. Und seit 2013 bietet die Islamische Akademie Deutschland in Hamburg den Studiengang „Islamische Theologie“ in Kooperation mit der Al-Mustafa Universität im iranischen Qum an. Wieder andere Gruppen bevorzugen eine längere Ausbildung innerhalb der eigenen Gemeinde. So gehen die Imame der Ahmadiyya-Gemeinschaft beispielsweise durch eine etwa siebenjährige Ausbildung mit Praxisanteil in einer oder mehreren Gemeinden, bevor ihnen eine eigene Moscheegemeinde zugeteilt wird.

Mitte der 2000er Jahre wurden erste Weiterbildungsangebote für Imame aus dem Ausland sowie für seelsorgerische und religionspädagogische Betreuer geschaffen, um sie besser auf ihre Tätigkeit in Deutschland vorzubereiten. Moscheevertreter hatten das religiöse Wissen ihrer Gemeindevorsteher als ausreichend bezeichnet, ihre Kenntnisse über sowie ihre Einbindung in die deutsche Gesellschaft jedoch als defizitär eingeschätzt. Daraufhin boten das Goethe-Institut in Ankara, das türkische Amt für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) und das Auswärtige Amt 2002 Vorbereitungskurse für DITIB-Imame in der Türkei an, die 2006 durch Landeskundekurse der Konrad-Adenauer-Stiftung ergänzt wurden. Eine andere Initiative zur Förderung von Wissen über die Bundesrepublik unter Imamen wurde 2011 in einem Projekt der Deutschen Islam Konferenz aufgegriffen: Es entstand ein Leitfaden und Weiterbildungen von Imamen wurden finanziert. Auch die Universität Osnabrück richtete 2010 einen zweisemestrigen, berufs begleitenden Weiterbildungsstudiengang für Imame und Seelsorger ein.

DAS AVICENNA-STUDIENWERK FÜR MUSLIMISCHE STUDIERENDE

Auf Verbandsebene vergeben unterschiedliche Organisationen Stipendien an muslimische Studierende und Promovierende. Zudem gibt es seit 2012 mit Avicenna **das erste staatlich geförderte Studienwerk für Muslime**. Zwei Jahre nach seiner Gründung wurde es in die Reihe der 13 vom Bund unterstützten Begabtenförderwerke aufgenommen und ist neben dem katholischen Cusanuswerk, dem evangelischen Studienwerk Villigst und dem jüdischen Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk die vierte konfessionelle Einrichtung dieser Art in Deutschland. Das BMBF fördert das Studienwerk von 2014 bis 2018 mit etwa 10 Millionen Euro. Bis 2018 sollen **500 Studierende und Promovierende** aller Fachrichtungen aus ganz Deutschland als Avicenna-Stipendiaten aufgenommen werden. Sie sollen durch ideelle und materielle Förderung zu verantwortungsbewussten und qualifizierten muslimischen Persönlichkeiten heranreifen.

Das Studienwerk ist benannt nach dem muslimischen Universalgelehrten Ibn Sina. Der Mediziner, Theologe und Philosoph lebte etwa von 980 bis 1037 in Persien und ist in Europa unter seinem lateinischen Namen Avicenna bekannt.

Autorin: Prof. Dr. Riem Spielhaus

3. MUSLIME IN DEUTSCH- LAND

3.1. ANZAHL DER MUSLIME IN DEUTSCHLAND

Laut einer Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration **überschätzen etwa 70 Prozent der Deutschen den Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung.**¹ Ganze 23 Prozent denken sogar, Muslime machten mindestens ein Fünftel der Gesamtbevölkerung aus, was rund 16 Millionen Menschen entspräche.² Tatsächlich ist nur jeder zwanzigste Einwohner Deutschlands Muslim, das sind ungefähr 4 Millionen Menschen.

In Deutschland wird die Religionszugehörigkeit ausschließlich zur Erhebung von Steuern bei christlichen und jüdischen Gemeindemitgliedern erfasst. Daher lässt sich die genaue Anzahl der Muslime nur schwer bestimmen. Bislang gibt es lediglich Schätzungen, die auf Umfragen basieren. Der Zensus 2011 sollte zum ersten Mal durch eine neue Frage zur Glaubenszugehörigkeit verlässliche Daten zur Religionszugehörigkeit liefern.³ Doch mehr als 17 Prozent aller Befragten verweigerten diese freiwillige Angabe: Nur 1,9 Prozent gaben an, Muslime zu sein – deutlich weniger als die bis dato geschätzten 5 bis 6 Prozent.⁴ Aufgrund der hohen Zahl der Teilnehmer, die sich nicht zum religiösen Bekenntnis äußern wollten, stellen die Ergebnisse keine verlässlichen Angaben dar, hieß es bei der Veröffentlichung der Zahlen im Mai 2013.

Deshalb gilt die Schätzung der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ (MLD) von 2008 weiterhin als die verlässlichste. Demnach gibt es **etwa 3,8 bis 4,3 Millionen Muslime – das sind rund fünf Prozent der Bevölkerung.** In der Untersuchung wurden etwa 6.000 Einwanderer aus 49 Ländern mit „mehrheitlich

1 Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). (2014). *Wie viele Muslime leben in Deutschland? Einschätzungsmuster von Personen mit und ohne Migrationshintergrund*. Verfügbar unter <http://bit.ly/2bYNW1p>

2 Foroutan, N., Canan, C., Arnold, S., Schwarze, B., Beigang, S., & Kalkum, D. (2014). *Deutschland postmigrantisch I: Gesellschaft, Religion, Identität*. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung, S. 8. Verfügbar unter <http://bit.ly/1M72ec9>

3 Der Zensus 2011 war zwar keine Vollbefragung, er stellt aber eine der größten Datensätze über in Deutschland lebende Menschen dar: 33 Prozent der Bevölkerung wurden in persönlichen Interviews und nach Zufallsprinzip ausgewählt und befragt.

4 Spielhaus, R. (2013). *Muslime in der Statistik. Wer ist Muslim und wenn ja wie viele? Ein Gutachten im Auftrag des Mediendienst Integration*, S. 7. Verfügbar unter <http://bit.ly/2ceS3Uz>

muslimischer Bevölkerung⁵ telefonisch nach ihrer Religionszugehörigkeit befragt. Konvertiten zum Islam ohne Migrationshintergrund wurden nicht erfasst. Rund die Hälfte der Muslime (mit Migrationshintergrund) waren laut der Erhebung deutsche Staatsangehörige.

Die MLD-Studie liefert neben der geschätzten Gesamtzahl der Muslime auch Informationen über deren nationale Herkunft und Glaubensrichtungen. Die Umfrage zeigt, dass ein erheblicher Anteil der Personen aus mehrheitlich muslimischen Ländern sich nicht dem Islam zugehörig fühlt. Als Muslime bezeichneten sich beispielsweise nur 50 Prozent der Befragten mit einer Migrationsgeschichte aus dem Iran, 64 Prozent aus dem Nahen Osten, 85 Prozent aus Nordafrika und 88 Prozent aus der Türkei. 37 Prozent der Befragten aus dem Iran gehören laut Selbstauskunft keiner Religionsgemeinschaft an. Aus Südosteuropa machten 20 Prozent diese Angabe und unter den Türkeistämmigen waren es 8 Prozent. Der Anteil der Christen aus dem Iran liegt bei 9 Prozent, bei in Deutschland lebenden Zuwanderern aus dem Nahen Osten bei 18 Prozent.

Ein nicht unerheblicher Anteil der Befragten – 14 Prozent der 3,8 bis 4,3 Millionen Muslime in Deutschland – die sich laut Studie zum Islam bekannten, bezeichneten sich zudem als „nicht gläubig“ oder „eher nicht gläubig“. Für sie hat Religiosität also keine oder nur eine geringe Bedeutung. Auch wenn sich „Muslim“ mittlerweile als Kategorie in der deutschen Debatte etabliert hat, sind Menschen muslimischer Identität nicht automatisch religiös oder allein durch ihre Religion definiert. Die geradezu inflationäre Verwendung der Kategorie „Muslim“ sollte deshalb hinterfragt werden: Zwischen Menschen mit „muslimischem Hintergrund“ und praktizierenden oder gläubigen Muslimen muss unterschieden werden.

Autorin: Prof. Dr. Riem Spielhaus

5 In einigen Fällen wurden „Herkunftsländer einbezogen, in denen der Anteil der Muslime zwar niedriger liegt, aus denen aber eine große Zahl an Zuwanderern in Deutschland und insofern eine relevante Zahl an Muslimen lebt, wie im Fall der Russischen Föderation.“ Haug, S., Müssig, S., & Sticks, A. (2009). *Muslimisches Leben in Deutschland*. Hrsg. vom BAMF im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, S. 40. Verfügbar unter <http://bit.ly/29pyTue>

3.2. SOZIALE LAGE VON MUSLIMEN IN DEUTSCHLAND

In der Soziologie herrscht Konsens darüber, dass Religion **für die soziale Lage eines Menschen kaum eine Rolle spielt**. Auch bei Muslimen in Deutschland spielen Faktoren wie der Bildungsstand der Eltern, die sozioökonomische Situation der Familie und die jeweilige Migrationsgeschichte eine weitaus größere Rolle als die Religionszugehörigkeit.

Die soziale Situation von Muslimen in Deutschland zu bestimmen, ist insgesamt jedoch sehr schwierig. Die **vorhandenen Daten sind unvollständig**, da die Religionszugehörigkeit in Erhebungen oft nicht erfasst wird. Offizielle Statistiken wie der Mikrozensus enthalten derzeit keine belastbaren Daten zur islamischen Religionszugehörigkeit und **erlauben es daher nicht, zuverlässige Aussagen über die soziale Lage von Muslimen zu treffen**. Jedoch können die Daten zu Personen mit Migrationshintergrund grobe und mit Vorsicht zu interpretierende Anhaltspunkte geben. Im Folgenden werden insbesondere Statistiken zu Personen mit Migrationshintergrund aus der Türkei, dem Nahen und dem Mittleren Osten – und damit aus mehrheitlich muslimisch geprägten Regionen – herangezogen.

Selbst die wenigen Daten, die vorliegen, können in der Regel **nicht als repräsentativ für alle Muslime in Deutschland angesehen werden**. So erfasst zum Beispiel die BAMF-Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ (MLD)⁶ die Religiosität von Muslimen. Sie nimmt diese Einordnung auf Basis einer Selbstdefinition der Befragten vor. Doch sie betrachtet nur Menschen mit Migrationshintergrund. So werden Konvertiten und ein Teil der Nachfahren von Migranten nicht berücksichtigt. Zudem wurden die Daten bereits 2008 erhoben.

BILDUNGSNIVEAU

Religionszugehörigkeit ist keine ausreichende Erklärung für das teils niedrigere Bildungsniveau von Menschen, die aus Ländern mit muslimischen Mehrheiten kommen. Bedeutsamer sind in diesem Zusammenhang die Migrationsbiografie, sozialer Hintergrund und Herkunftsregion. **Die Unterschiede zwischen Menschen**

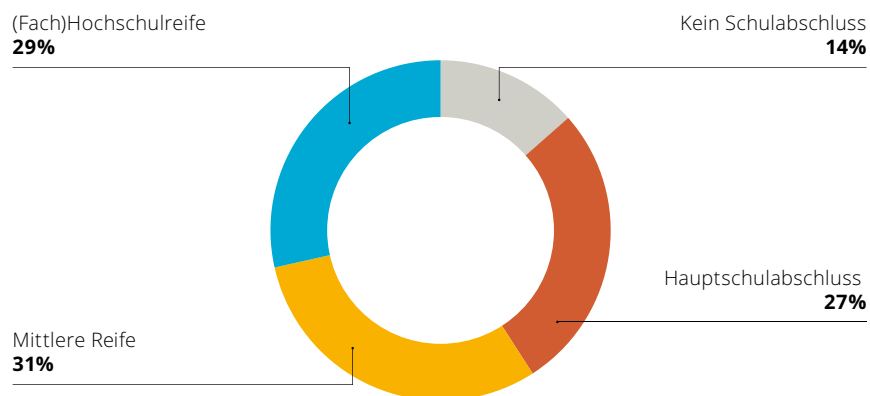
6 Haug, S., Müssig, S., & Sticks, A. (2009). *Muslimisches Leben in Deutschland*. Hrsg. vom BAMF im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Verfügbar unter <http://bit.ly/29pyTue>

aus verschiedenen Herkunftsregionen sind allgemein stärker ausgeprägt als die zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen.

Wählt man trotz der oben genannten Einschränkungen die Kategorie Muslime, ergibt sich folgendes Bild: Muslime der ersten Einwanderergeneration und ihre Nachkommen haben „ein signifikant niedrigeres Bildungsniveau als die Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften“.⁷ Das gilt auch für diejenigen, die die Schule in Deutschland abgeschlossen haben.

So hatten im Jahr 2008 laut MLD-Studie 14 Prozent der befragten Muslime, die in Deutschland zur Schule gegangen sind, keinen Schulabschluss. 27 Prozent von ihnen hatten einen Hauptschulabschluss, 31 Prozent die Mittlere Reife und 29 Prozent die (Fach-)Hochschulreife. Blickt man jedoch auf einzelne Herkunftsregionen, so haben beispielsweise muslimische Befragte aus Südosteuropa und der Türkei deutlich seltener die Fachhochschulreife oder das Abitur als muslimische Befragte aus dem Iran (63 Prozent), Zentralasien/GUS (50 Prozent), Süd/Südostasien (46 Prozent), Nordafrika (43 Prozent) und dem Nahen Osten (38 Prozent).

IN DEUTSCHLAND ERWORBENE SCHULABSCHLÜSSE VON MUSLIMEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND (2008)

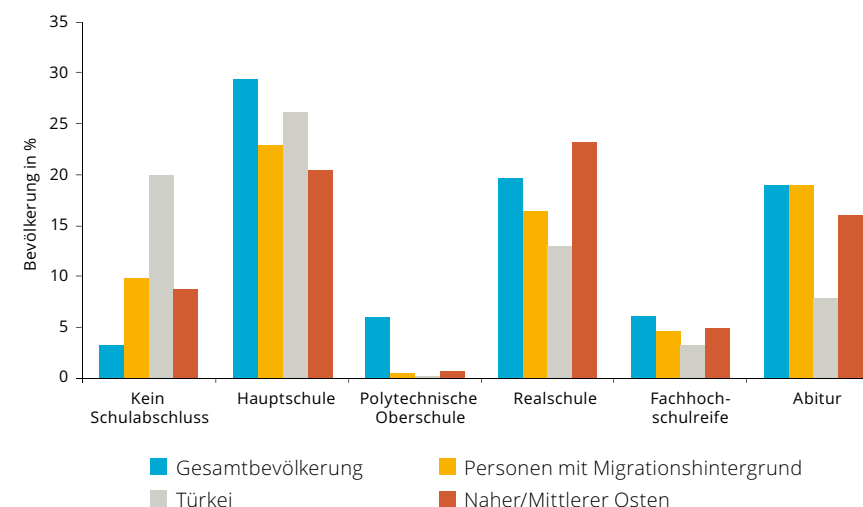


Quelle: Haug, S., Müssig, S., & Stichs, A. (2009). Muslimisches Leben in Deutschland. Hrsg. vom BAMF im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, S. 212.

⁷ Ebd., S. 211.

Auch bei den Mikrozensusdaten kann man je nach Herkunftsregion Unterschiede ausmachen. 2014 hatten Personen mit Migrationshintergrund aus dem Nahen oder Mittleren Osten deutlich seltener keinen Schulabschluss und öfter Abitur als türkeistämmige Personen, bleiben jedoch im Vergleich zur Gesamtbevölkerung insgesamt stark benachteiligt. Dabei muss man berücksichtigen, dass **Bildungsniveau und Bildungserfolg türkeistämmiger Menschen in Deutschland von speziellen Faktoren beeinflusst** sind. So wurden in den 1960er und 1970er Jahren meist Un- oder Geringqualifizierte als „Gastarbeiter“ angeworben.

BEVÖLKERUNG NACH HÖCHSTEM SCHULABSCHLUSS (2014)



Quelle: Statistisches Bundesamt. (2015). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2014. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden: Destatis, S. 232ff.

Ein Vergleich mit früheren Mikrozensuszahlen zeigt aber einen **positiven Trend**. So erreichen türkeistämmige Menschen im Jahr 2014 proportional häufiger einen mittleren oder höheren Schulabschluss als noch vor vier Jahren. Der Anteil derer, die die Schule ohne Abschluss verlassen, ist insbesondere bei den türkeistämmigen Personen deutlich gesunken.⁸

⁸ Statistisches Bundesamt (Destatis). (2011). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2010 – Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden: Destatis, S. 148ff. Verfügbar unter <http://bit.ly/29kCEXO>; Destatis. (2015). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2014 – Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden: Destatis, S. 232ff. Verfügbar unter <http://bit.ly/1LFj0lv>

WIE LÄSST SICH DER UNTERSCHIEDLICHE BILDUNGSERFOLG ERKLÄREN?

Es gibt keine Studie, die sich speziell mit der Bildungssituation von Muslimen in Deutschland befasst. Zahlreiche Untersuchungen setzen sich aber mit der von Migranten und ihren Nachkommen auseinander. Weitgehende Einigkeit herrscht darüber, dass der unterschiedliche Bildungserfolg nicht mit einem mangelndem **Bildungsstreben** in Einwandererfamilien begründet werden kann. Verschiedene Studien belegen, dass Eltern mit Migrationshintergrund mitunter sogar höhere Bildungsziele für ihre Kinder anstreben als Eltern ohne Migrationshintergrund.⁹ Jörg Dollmann konnte dies auch für türkeistämmige – und damit überwiegend muslimische – Familien nachweisen.¹⁰

Eine Studie von Mechthild Gomolla und Frank-Olaf Radtke kam bereits vor 15 Jahren zu dem Ergebnis, dass Kinder aus Einwandererfamilien im Bildungssystem auf **diskriminierende Barrieren** treffen.¹¹ Dazu zählt zum Beispiel die Annahme, Eltern mit Migrationshintergrund könnten ihre Kinder in der Schule nicht ausreichend unterstützen. Diese Hürden wirken sich etwa bei der Einschulung oder dem Übergang von der Grund- auf eine weiterführende Schule aus.¹² Auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes unterstreicht die "bereits in der Grundschule rigide betriebene Selektionspraxis", die zu "starker Chancenungleichheit" führt, worunter insbesondere Kinder aus sozial schwächeren Familien leiden.¹³

Verschiedene international vergleichende Studien, allen voran PISA, haben immer wieder deutlich gemacht: In kaum einem anderen OECD-Land hängen die schulischen Leistungen so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland.¹⁴ Einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge lässt

sich der formale Bildungserfolg einer Person in Deutschland statistisch gesehen zu über 50 Prozent mit ihrem familiären Hintergrund erklären.¹⁵ Kinder aus Einwandererfamilien und insbesondere aus muslimischen Familien sind von diesen Benachteiligungen überproportional betroffen, da sie überdurchschnittlich oft aus sozial benachteiligten Verhältnissen stammen¹⁶ (siehe auch Abschnitt *Arbeitsmarkt und Einkommen*).

AUSBILDUNG

Unterdurchschnittliche Schulleistungen und niedrigere Abschlüsse wirken sich auf die Chancen am Ausbildungsmarkt aus.¹⁷ Das gilt zunächst einmal unabhängig von Migrationshintergrund oder Religionszugehörigkeit. Zur spezifischen Ausbildungssituation von Muslimen gibt es noch weniger Daten als im Bereich der schulischen Bildung. Auch hier muss man behelfsmäßig auf Daten von ausländischen beziehungsweise von Personen mit Migrationshintergrund zurückgreifen. Wie die Daten für das Jahr 2014 aus dem Mikrozensus zeigen, hatten **Migranten und ihre Nachkommen deutlich öfter keinen berufsqualifizierenden Abschluss**. Das trifft auf 39 Prozent der Menschen türkischer Herkunft und 24 Prozent der Menschen mit einem Migrationshintergrund aus dem Nahen und Mittleren Osten zu – im Vergleich zu 14 Prozent in der Gesamtbevölkerung.

Wie lassen sich die Unterschiede zwischen der Gesamtbevölkerung und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund erklären? Zum einen sind Menschen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt deutlich jünger als die Gesamtbevölkerung. Entsprechend höher ist der Anteil derer, die sich noch (oder noch nicht) in schulischer oder beruflicher Ausbildung befinden. Ein weiterer Grund sind die im Schnitt niedrigeren Schulabschlüsse. Doch sie sind keine hinreichende Erklärung. Die Übergangsquoten von der Schule in eine betriebliche Ausbildung liegen bei Menschen ohne Migrationshintergrund bei rund 42 Prozent, bei türkei- oder arabischstämmigen Personen bei lediglich 24 Prozent.¹⁸ **Auch bei den gleichen schulischen Voraussetzungen haben sie deutlich geringere Chancen**, einen Ausbildungsplatz zu bekommen als Bewerber ohne Migrationsgeschichte.¹⁹

9 Gresch, C. (2012). *Der Übergang in die Sekundarstufe I. Leistungsbeurteilung, Bildungsaspiration und rechtlicher Kontext bei Kindern mit Migrationshintergrund*. Wiesbaden: VS Verlag; Becker, B. (2010). *Bildungsaspirationen von Migranten: Determinanten und Umsetzung in Bildungsergebnisse*. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Verfügbar unter <http://bit.ly/29pEigN>

10 Dollmann, J. (2010). *Türkischstämmige Kinder am ersten Bildungsübergang: Primäre und sekundäre Herkunftseffekte*. Wiesbaden: VS Verlag.

11 Gomolla, M. & Radtke, F.-O. (2009). *Institutionelle Diskriminierung: Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule* (3. Auflage). Wiesbaden: VS Verlag.

12 Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS). (2013). *Diskriminierung im Bildungsbereich und im Arbeitsleben*. Berlin: ADS, S. 69. Verfügbar unter <http://bit.ly/29gUrYy>; Maaz, K., Baumert, J., Gresch, C., & McElvany, N. (Hrsg.) (2010). *Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule: Leistungsgerechtigkeit und regionale, soziale und ethnisch-kulturelle Disparitäten*. Bonn: BMBF. Verfügbar unter <http://bit.ly/29gVmZ1>

13 ADS (2013), S. 69.

14 Solga, H. & Dombrowski, R. (2009). *Soziale Ungleichheiten in schulischer und außerschulischer Bildung: Stand der Forschung und Forschungsbedarf*. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. Verfügbar unter <http://bit.ly/29xhQXT>

15 Schnitzlein, D. (2013). *Wenig Chancengleichheit in Deutschland: Familienhintergrund prägt eigenen ökonomischen Erfolg*. DIW Wochenbericht Nr. 4/2013, S. 6. Verfügbar unter <http://bit.ly/2bHLH2T>

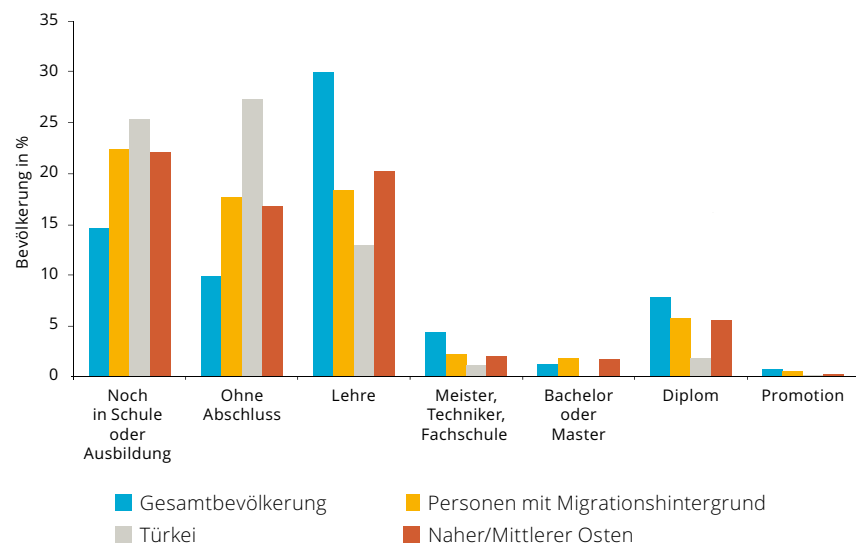
16 Destatis 2015, S. 386f.

17 Beicht, U. (2011). *Junge Menschen mit Migrationshintergrund: Trotz intensiver Ausbildungsstellensuche geringere Erfolgsaussichten*. BiBB Report, Heft 16/11, S. 3. Verfügbar unter <http://bit.ly/29ns4XE>

18 Beicht, U., & Gei, J. (2015). *Ausbildungschancen junger Migranten und Migrantinnen unterschiedlicher Herkunftsregionen*. BiBB Report, Heft 3/2015, S. 16. Verfügbar unter <http://bit.ly/2bJHx7Y>

19 Bundesministerium für Bildung und Forschung. (2016). *Berufsbildungsbericht 2016*. Bonn: BMBF, S. 48. Verfügbar unter <http://bit.ly/1T4DU7I>

BEVÖLKERUNG NACH HÖCHSTEM BERUFSABSCHLUSS (2014)



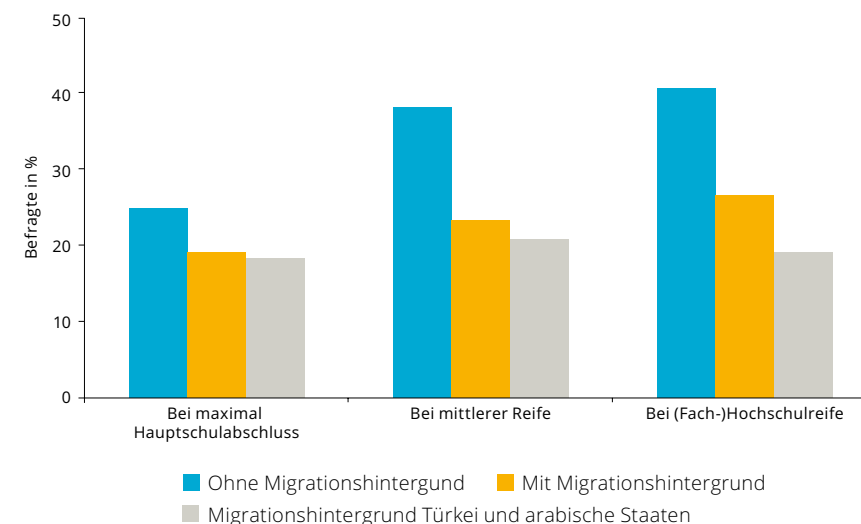
Quelle: Statistisches Bundesamt. (2015). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2014. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden: Destatis, S. 262ff.

Unterschiedliche Studien haben eindeutig gezeigt, dass es eine **Benachteiligung von Bewerbern** mit Migrationshintergrund beziehungsweise muslimischen Bewerbern gibt. So fanden Albert Scherr und René Gründer in einer Befragung von 410 Ausbildungsbetrieben in einem baden-württembergischen Landkreis heraus, dass rund ein Fünftel von ihnen Jugendliche ohne Migrationshintergrund bevorzugt. Die Befragten begründeten das unter anderem mit „Erwartungen von Kunden“ und „innerbetrieblichen Erfordernissen des Betriebsklimas“.²⁰ Zudem sind muslimische Ausbildungsbewerber mit zusätzlichen Hürden konfrontiert: 15 Prozent der befragten Betriebe weigern sich eigenen Angaben zufolge, Auszubildende einzustellen, die den Islam praktizieren. **42 Prozent der Betriebe sind nicht bereit, weibliche Auszubildende einzustellen, „die aus religiösen Gründen ein Kopftuch tragen“.**²¹

²⁰ Scherr, A., & Gründer, R. (2011). *Toleriert und benachteiligt: Jugendliche mit Migrationshintergrund auf dem Ausbildungsmarkt im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald*. Freiburg: PH Freiburg, S. 5. Verfügbar unter <http://bit.ly/29llaTb>

²¹ Ebd., S. 5.

ERFOLGREICHE EINMÜNDUNG IN EINE BERUFLICHE AUSBILDUNG (2014)



Anmerkung: Befragung von Jugendlichen im Jahr 2014, die bei der Bundesagentur für Arbeit für einen Ausbildungsplatz gemeldet waren.

Quelle: Beicht, U., & Gei, J. (2015). *Ausbildungschancen junger Migranten und Migrantinnen unterschiedlicher Herkunftsregionen*. BiBB Report, Heft 3/2015, S. 9.

ARBEITSMARKT UND EINKOMMEN

Daten zu Muslimen werden auch hier nicht erfasst. Grobe und mit Vorsicht zu interpretierende Anhaltspunkte können die Angaben zu Menschen mit Migrationshintergrund geben. Die Daten aus dem Mikrozensus zeigen, dass Migranten und ihre Nachkommen deutlich häufiger erwerbslos („arbeitslos“) sind als der Bevölkerungsdurchschnitt. Bei Personen mit türkischem Migrationshintergrund (10,5 Prozent) und aus dem Nahen und Mittleren Osten (10,1 Prozent) war die Erwerbslosenquote 2014 sogar mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung (5 Prozent). Außerdem ist der Anteil der „Nichterwerbspersonen“, die dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung stehen (also nicht erwerbstätig, arbeitssuchend oder in Ausbildung sind), etwas höher. Dies trifft insbesondere auf Frauen zu. Bei Frauen mit türkischem Migrationshintergrund liegt die Nichterwerbsquote sogar bei 66,3 Prozent.

Erwerbstätige mit Migrationshintergrund – insbesondere Menschen aus der Türkei und dem Nahen und Mittleren Osten – **sind deutlich häufiger als Arbeiter und seltener als Angestellte, Beamte oder Selbstständige** tätig. Sie arbeiten öfter in schlechter bezahlten, körperlich anstrengenderen und weniger prestigeträchtigen Berufen. Das lässt sich zumindest teilweise mit historischen Faktoren wie der Anwerbung geringqualifizierter „Gastarbeiter“ in den 1960er und 1970er Jahren erklären. Hinzu kommt, dass sie häufiger in Industrie- und Handwerksbereichen arbeiten, die vom Strukturwandel und damit vom Stellenabbau stärker betroffen sind.

ERWERBSBETEILIGUNG UND STELLUNG IM BERUF (2014)

	Nichterwerbspersonen		Erwerbslose (Anteil an allen Erwerbspersonen)		Erwerbstätige nach Stellung im Beruf (Anteil an allen Erwerbstätigen)				
	gesamt	Frauen	gesamt	Frauen	Arbeiter	Ange- stellte	Beamte	Selbst- ständige	Auszu- bildende
Gesamtbevölkerung	48,0	52,7	5,0	4,6	20,0	60,4	5,0	10,5	3,8
Personen mit MH	51,2	57,0	8,0	7,4	32,1	52,4	1,0	9,6	4,5
Darunter Menschen mit Migrationshintergrund: mit derzeitiger oder früherer Staatsangehörigkeit									
Türkei	56,5	66,3	10,5	10,3	41,0	43,8	0,6	7,8	6,5
Naher/ Mittlerer Osten	48,6	55,3	10,1	9,1	40,8	46,4	0,9	6,6	5,2

Anmerkung: Angaben in Prozent

Quelle: Statistisches Bundesamt. (2015). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2014. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden: Destatis, eigene Berechnungen.

Die benachteiligte Arbeitsmarktstellung von Personen mit Migrationshintergrund beeinflusst ihre schlechtere **sozioökonomische Lage**. Sie sind häufiger armutsgefährdet: Ihr verfügbares Einkommen beträgt weniger als 60 Prozent des

bundesweiten Durchschnittseinkommens. Während nur 15 Prozent der Gesamtbevölkerung als armutsgefährdet gelten, liegt dieser Anteil bei Menschen mit Migrationshintergrund bei 27 Prozent. Bei Migranten aus der Türkei und ihren Nachkommen liegt die Rate sogar bei 35 Prozent, bei solchen aus dem Nahen und Mittleren Osten bei 33 Prozent.²²

HÜRDEN BEIM ARBEITSMARKTZUGANG

Benachteiligungen und Zugangsbarrieren im Schul- und Ausbildungssystem haben negative Folgen für den Einstellungserfolg. Als weitgehend unbestritten gilt jedoch, dass sich diese **Unterschiede nicht allein mit den geringeren Qualifikationen oder etwa mangelnden Deutschkenntnissen erklären lassen**.²³ Studien konnten nachweisen, dass Jobsuchende mit türkischem Hintergrund trotz erfolgreich abgeschlossener Berufsausbildung deutlich schlechtere Chancen haben, eine qualifizierte Anstellung zu finden als Bewerber, die als „Einheimische“ wahrgenommen werden.²⁴ Testing-Studien, bei denen sich zwei gleichwertig qualifizierte Personen – eine mit deutschem, die andere mit türkischem Namen – auf ausgeschriebene Stellen bewerben, zeigen, dass Bewerber mit deutschem Namen eine um 14 Prozent höhere Chance haben, zum Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Bei Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern liegt die Diskriminierungsquote sogar bei 24 Prozent.²⁵

Andere Untersuchungen zeigen, dass die „richtigen“ **Netzwerke** die Chancen auf dem Arbeitsmarkt positiv beeinflussen.²⁶ Doch lässt sich daraus folgern, dass sich die Schlechterstellung von Migranten beziehungsweise von Muslimen letztendlich mit ihren geringeren Netzwerkressourcen (Sozialkapital) erklären lässt? Wird der Einfluss von Diskriminierung etwa überschätzt? Wer Diskriminierung als einen Akt absichtlicher, persönlicher Ungleichbehandlung (miss)versteht, mag zu diesem Schluss kommen. Dies entspricht jedoch nicht dem international

22 Destatis 2015, S. 386.

23 Liebig, T., & Widmaier, S. (2009). *Children of Immigrants in the Labour Markets of EU and OECD Countries: An Overview*. Paris: OECD. Verfügbar unter <http://bit.ly/29r0ZGL>; Haas, A., & Damelang, A. (2007). *Labour market entry for migrants in Germany. Does cultural diversity matter?* IAB-Discussion Paper Nr. 18/2007. Nürnberg: IAB. Verfügbar unter <http://bit.ly/29kpFRL>

24 Seibert, H., & Solga, H. (2005). Gleiche Chancen dank einer abgeschlossenen Ausbildung? Zum Signalwert von Ausbildungsabschlüssen bei ausländischen und deutschen jungen Erwachsenen. *Zeitschrift für Soziologie* 34/5, S. 364–382.

25 Kaas, L., & Manger, C. (2010). *Ethnic Discrimination in Germany's Labour Market: A Field Experiment*. IZA Discussion Paper Nr. 4741. Bonn: IZA, S. 3. Verfügbar unter <http://bit.ly/1FE6cF7>

26 Siehe zu türkeistämmigen Migranten Kalter, F. (2006). Auf der Suche nach einer Erklärung für die spezifischen Arbeitsmarktnachteile von Jugendlichen türkischer Herkunft. *Zeitschrift für Soziologie* 35/2, S. 144–160. Verfügbar unter <http://bit.ly/2bY77aG>; zu muslimischen Migranten Koopmans, R. (2016). *Auch Kultur prägt Arbeitsmarkterfolg: Was für die Integration von Muslimen wichtig ist*. WZB Mitteilungen, Heft 151. Verfügbar unter <http://bit.ly/1rKE6G6>

anerkannten und in Deutschland rechtlich verankerten Verständnis von Diskriminierung, das auch Formen **indirekter Diskriminierung** mit einschließt.

Wenn zum Beispiel türkeistämmige, muslimische Migranten keine deutschen Netzwerke und daher schlechtere Arbeitsmarktchancen haben, deutet dies stark darauf hin, dass dem Anschein nach neutrale Einstellungsverfahren diese Personen benachteiligen – ein eindeutiges Indiz für indirekte Diskriminierung.²⁷ Es liegen zudem empirische Erkenntnisse darüber vor, dass Muslime konkret aufgrund ihrer islamischen Religionszugehörigkeit bei der Arbeitsplatzsuche benachteiligt werden. Dies gilt besonders für muslimische Frauen, die ein Kopftuch tragen.²⁸

In diesem Zusammenhang sei auch auf die gesetzlichen „**Kopftuchverbote**“ in **acht Bundesländern** verwiesen. Sie untersagen Frauen, die als Lehrerinnen an öffentlichen Schulen arbeiten, ein Kopftuch zu tragen. In Berlin und Hessen gilt diese Regelung in weiteren Bereichen des Öffentlichen Dienstes. Diese Verbote stellen eine zusätzliche Form der Arbeitsmarktausgrenzung von Kopftuch tragenden Musliminnen dar.²⁹ 2015 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass ein pauschales „Kopftuchverbot für Lehrkräfte in öffentlichen Schulen“ nicht verfassungskonform sei. Außerdem finden sich Hinweise, dass diese Gesetze indirekt auch zu einer Legitimierung – und damit Zunahme – der Diskriminierung von Kopftuch tragenden Frauen in der Privatwirtschaft führen.³⁰ Das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) stellte in einer Studie von 2016 die Diskriminierung von Kopftuch tragenden Musliminnen am Arbeitsmarkt fest. Dabei prüfte das IZA, ob Bewerbungen von Frauen mit Kopftuch und türkischem Namen ähnlich erfolgreich sind wie jene von gleich qualifizierten Bewerberinnen ohne Kopftuch und mit deutschem Namen. Das Ergebnis: Kopftuch tragende Musliminnen müssen sich viermal so oft bewerben, um für ein Jobinterview eingeladen zu werden.³¹

27 Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) fand heraus, dass in Deutschland etwa ein Drittel aller Neueinstellungen über soziale Netzwerke (etwa durch persönliche Kontakte der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen) laufen; dies trifft besonders häufig auf solche Stellen zu, die durch geringere Qualifikationsanforderungen und schwierigere Arbeitsbedingungen gekennzeichnet sind; Klinger, S., & Rebien, M. (2009). *Soziale Netzwerke helfen bei der Personalsuche*. IAB-Kurzbericht Nr. 24. Verfügbar unter <http://bit.ly/29pRZjI>

28 Gestring, N., Janßen, A., & Polat, A. (2006). *Prozesse der Integration und Ausgrenzung: Türkische Migranten der zweiten Generation*. Wiesbaden: VS Verlag.

29 Human Rights Watch. (2009). *Diskriminierung im Namen der Neutralität: Kopftuchverbote für Lehrkräfte und Beamten in Deutschland*. New York: HRW. Verfügbar unter <http://bit.ly/29pgvr>

30 Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS). (2008). *Mit Kopftuch außen vor?* Berlin: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Integrationsbeauftragter des Berliner Senats. Verfügbar unter <http://bit.ly/29RV76w>; Open Society Institute (OSI). (Hrsg.). (2010). *Muslime in Berlin*. New York: OSI. Verfügbar unter <https://osf.to/29nyZeY>

31 Weichselbaumer, D. (2016). *Discrimination against Female Migrants Wearing Headscarves*. IZA Discussion Paper 10217. Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit. Verfügbar unter <http://bit.ly/2cTRWww>

Ähnliches gilt für die sogenannte **Kirchenklausel** in § 9 AGG. Sie erlaubt Kirchengemeinschaften und ihnen „zugeordneten Einrichtungen“ unter bestimmten Voraussetzungen, bei der Personalauswahl Mitglieder der eigenen Glaubensrichtung zu bevorzugen.³² Die beiden konfessionellen Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie beschäftigen zusammen über eine Million Mitarbeiter – ein Großteil davon Frauen. Personen nicht-christlichen Glaubens bleibt der Zugang zu vielen dieser Stellen oft verwehrt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Muslime sind mit besonders hohen Barrieren beim Arbeitsmarktzugang konfrontiert. Ihre Wirkung entfaltet sich in einem **komplexen Zusammenspiel** von strukturellen (also indirekt wirkenden) Ausgrenzungsmechanismen und Formen persönlicher (direkter) Benachteiligungen.

Autor: Dr. Mario Peucker

3.3. FLÜCHTLINGE AUS ISLAMISCH GEPRÄGTEN LÄNDERN

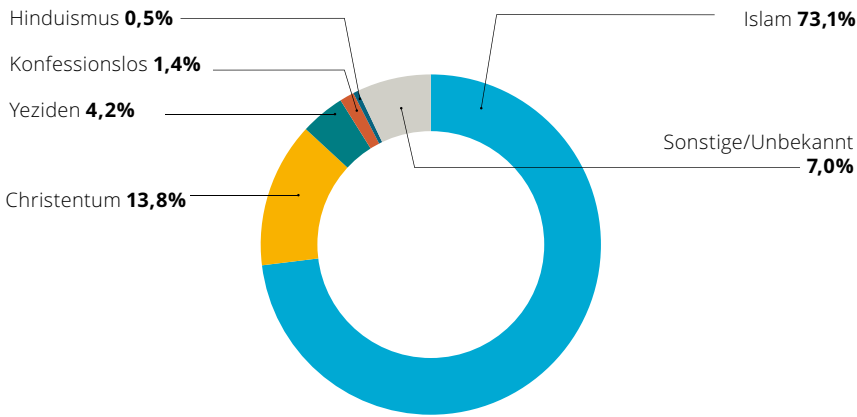
Die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland ist in den letzten Jahren stark gestiegen. 2015 wurden insgesamt 441.899 sogenannte Erstanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gestellt.

Bei der Antragstellung werden unterschiedliche Informationen zur Person und zum sozialen Hintergrund abgefragt, unter anderem auch zur Religionszugehörigkeit.³³

32 Frings, D. (2010). *Diskriminierung aufgrund der islamischen Religionszugehörigkeit im Kontext Arbeitsleben: Erkenntnisse, Fragen und Handlungsempfehlungen*. Berlin: ADS. Verfügbar unter <http://bit.ly/29pSSc1>

33 Die sogenannten „SoKo-Daten“ („Soziale Komponente“) beinhalten unter anderem Angaben zu Sprachkenntnissen, zur Schulbildung und zur Berufstätigkeit. Es handelt sich um eine Selbstauskunft der Flüchtlinge, die von Mitarbeitern des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge im Asylverfahren erhoben wird. Für weitere Informationen: Rich, A. (2016). *Asylantragsteller in Deutschland im Jahr 2015: Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit*. Ausgabe 3|2016 der Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, S. 1–2.

ISLAMISCHE GLAUBENSRICHTUNGEN NACH ERSTANTRÄGEN



Anmerkung: Zahlen für das Jahr 2015
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (2016). Das Bundesamt in Zahlen 2015: Asyl. Nürnberg, S. 22.

Wie die Grafik zeigt, gaben 73,1 Prozent (322.817) der Erstantragsteller an, dem Islam anzugehören. Aufbauend darauf gibt Tabelle 5.3 eine detaillierte Auskunft über die Religionszugehörigkeit dieser Erstantragsteller, die sich in verschiedene Glaubensrichtungen innerhalb des Islams aufgliedert.

Der Blick auf die Glaubensrichtungen der Asylbewerber zeigt, dass 2015 vorwiegend sunnitische Muslime als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Während Sunniten früher vorwiegend aus der Türkei nach Deutschland kamen,³⁴ wanderten sie 2015 vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten (zum Beispiel aus Syrien oder Afghanistan) und aus afrikanischen Ländern (zum Beispiel Eritrea) ein.³⁵ Obwohl sunnitische Flüchtlinge zahlenmäßig weiterhin dominieren, wird der Anstieg von Anhängern anderer Glaubensrichtungen – zum Beispiel der Schiiten – in Zukunft für Veränderungen sorgen. Der Islam in Deutschland wird sowohl aufgrund nationaler als auch innerreligiöser Unterschiede vielfältiger. Dies betrifft alle Ebenen des religiös-kulturellen Lebens, von der Theologie bis hin zu Religionspraxis, Sprache und Bildung.

34 Haug, S., Müssig, S., & Stichs, A. (2009). *Muslimisches Leben in Deutschland*. Hrsg. vom BAMF im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, S. 68. Verfügbar unter <http://bit.ly/29pyTue>

35 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016). *Das Bundesamt in Zahlen 2015: Asyl*. Nürnberg, S. 22.

Der hohe Anteil von Muslimen unter den Erstantragstellern sagt allerdings nur wenig darüber aus, ob und wie diese ihre Religion ausleben. Eine Studie zu Muslimen in Deutschland hat gezeigt, dass sowohl nationale Herkunft als auch innerislamische Glaubensrichtung die individuelle Religiosität beeinflussen: Die 2009 vom BAMF veröffentlichte Untersuchung „Muslimisches Leben in Deutschland“ macht deutlich, dass „Religiosität [...] insbesondere bei türkischstämmigen Muslimen und Muslimen afrikanischer Herkunft ausgeprägt [ist]. Dagegen ist sie bei iranischstämmigen Muslimen, fast ausschließlich Schiiten, eher gering: Nur 10 Prozent sehen sich als sehr stark gläubig, aber etwa ein Drittel als gar nicht gläubig.“³⁶ Die Studie zeigt ferner, dass 36 Prozent aller in Deutschland lebenden Muslime sich selbst als stark gläubig einschätzen. 50 Prozent geben an, „eher gläubig“ zu sein, während 14 Prozent der Befragten meinen, der Glaube spiele keine große Rolle in ihrem Leben.³⁷ Das heißt: Ein als Muslim Geborener ist nicht automatisch ein gläubiger und praktizierender Muslim.

ISLAMISCHE GLAUBENSRICHTUNGEN NACH ERSTANTRÄGEN

Angabe	Anzahl
Islam	173.364
Sunniten	131.582
Schiiten	12.994
Islamische Glaubensgemeinschaften / Vereinigungen	1.959
Drusen	1.082
Ahmadiyya	772
Ismailiten (Siebener-Schiiten)	407
Aleviten	224
Alawiten	155
Sonstige Glaubensrichtungen (etwa Bahai, Sufi und Baktaschi)	278
gesamt	322.817

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Auszug aus der Antrags-, Entscheidungs- und Bestandsstatistik, Berichtszeitraum: 01.01.2015 - 31.12.2015 bezogen auf Personen

36 Haug et al. 2009, S. 13–14.

37 Ebd., S. 13.

Eine weitere Kernannahme in der Forschung über Religion und Migration ist, dass Religion für die eigene Identität in der Fremde wichtig sein kann, dies aber nicht zwangsläufig zur Übernahme von Glaubensregeln und religiöser Praxis führen muss. Es sind zwei gegenläufige Reaktionen möglich: Flüchtlinge können sich einerseits an die religiösen und kulturellen Bedingungen der neuen Gesellschaft – zum Beispiel Deutschland – anpassen, was eine Verminderung der eigenen Religiosität mit sich bringen kann.³⁸ Andererseits kann die Migrationserfahrung bewirken, dass Flüchtlinge sich mehr für ihre eigenen religiösen Wurzeln interessieren. Dieses Szenario muss jedoch nicht, wie häufig angenommen, zur Entstehung sogenannter Parallelgesellschaften führen: Selbst der Zusammenschluss von Migranten in ethnisch oder religiös homogenen Moscheevereinen kann durchaus integrativ wirken. Eine Studie zum „zivilgesellschaftlichen Kapital“ von Moscheevereinen legt zum Beispiel nahe, dass diese auch Orte der interreligiösen Begegnung sind.³⁹ Zudem agieren die Vereine als Kooperationspartner für außerreligiöse Institutionen und Anbieter sozialer Dienstleistungen wie zum Beispiel Einrichtungen der Alten-, Kinder- und Jugendhilfe.⁴⁰

Autorin: Dr. Sarah J. Jahn

38 Baumann, M. (2004). Religion und ihre Bedeutung für Migranten. In *Religion – Migration – Integration in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft*. Hrsg. von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, S. 20.

39 Pickel, G. (2014). Religiöses Sozialkapital: Integrationsressource für die Gesellschaft und die Kirche? In Arens, E., Baumann, M., Liedhegener, A. (Hrsg.), *Integration durch Religion?* Zürich: Nomos, S. 41–61.

40 Suder, P. (2015). Die zivilgesellschaftlichen Potentiale von Moscheevereinen. In Nagel, A.-K. (Hrsg.): *Religiöse Netzwerke: Zivilgesellschaftliche Potentiale religiöser Migrantengemeinden*. Bielefeld: transcript, S. 165–190.

4.

ISLAMISCHE

GLAUBENS-

PRAXIS

4.1. DIE FÜNF SÄULEN DES ISLAMIS

Das **Glaubensbekenntnis** (schahada), das rituelle **Gebet** (salat), das **Fasten** im Monat Ramadan (sawm, saum), **Sozialabgaben** an Bedürftige (zakat) und die **Pilgerfahrt nach Mekka** (haddsch) sind die fünf Säulen des Islams. Von jedem Muslim wird erwartet, einmal im Leben die Pilgerfahrt zu unternehmen. Ab der Pubertät sind das Fasten und die Abgabe eines Anteils des Besitzes an Bedürftige hingegen jährliche Verpflichtungen für alle Muslime. Gebetet wird täglich. Versäumte Fasten- und Gebetszeiten müssen entweder nachgeholt oder durch andere Taten ausgeglichen werden, etwa durch Geldspenden oder Armenhilfe. Die innere Bereitschaft, sich mit Gott auseinanderzusetzen, ist bei den rituellen Handlungen entscheidend und soll vorher laut oder in Gedanken erklärt werden (niya). So soll verhindert werden, dass die Riten zur bloßen Formalität werden.¹

Das **Glaubensbekenntnis** beinhaltet folgenden Ausspruch: „Es gibt keinen Gott außer Gott, und Muhammad ist sein Prophet.“² Es wird Neugeborenen ins Ohr geflüstert und ist Teil des rituellen Gebets.³

Das **rituelle Gebet** wird von gläubigen Muslimen täglich fünfmal verrichtet: Vor Sonnenaufgang, zur Mittagszeit, am Nachmittag, bei Sonnenuntergang und am späteren Abend. Beim Gebet richten sich Gläubige mit dem Gesicht jeweils Richtung Mekka. Jedem der fünf Gebete geht die rituelle Waschung voraus.⁴

Während des **Fastenmonats** Ramadan dürfen gläubige Muslime vom Beginn der Morgendämmerung bis zum Sonnenuntergang keine Nahrung oder Flüssigkeit zu sich nehmen, auch Geschlechtsverkehr und der Konsum von Nikotin sind ihnen in dieser Zeit untersagt. Selbstbeherrschung wird im Ramadan allerdings nicht nur physisch, sondern auch psychisch praktiziert: Muslime sollen sich auch von gedanklichen Sünden befreien, die ihre Beziehung zu Gott stören.⁵

Unter **Sozialabgaben** wird die Pflicht zur jährlichen Abgabe eines Teils des Einkommens verstanden. Dies geschieht in den meisten islamischen Ländern auf

¹ Spuler-Stegemann, U. (2014). *Islam: Die 101 wichtigsten Fragen* (3. Aufl.), München: C.H. Beck Verlag, S. 50.

² Elger, R., & Stolleis, F. (Hrsg.). (2008). *Kleines Islam-Lexikon. Geschichte – Alltag – Kultur* (5., aktualisierte und erweiterte Aufl.). München: Beck Verlag.

³ Spuler-Stegemann 2014, S. 51.

⁴ Tworuschka, M. (2003): *Grundwissen Islam. Religion, Politik und Gesellschaft*, Münster: Aschendorff Verlag, S. 103.

⁵ Ebd., S. 103.

freiwilliger Basis. In den Ländern Saudi-Arabien und Pakistan hingegen werden Almosen als Steuer eingezogen.⁶ Die zakat ist für Bedürftige sowie Personen und Organisationen, die sich für den Islam einsetzen, bestimmt.⁷

Mindestens einmal im Leben sollen Muslime, die körperlich und finanziell dazu in der Lage sind, im zwölften Monat des islamischen Kalenders (Dhu l-hijja) die **Pilgerfahrt** nach Mekka unternehmen. Während der Pilgerfahrt – zu der auch das Umkreisen der Kaaba zählt – steht das Zusammengehörigkeitsgefühl der Muslime im Mittelpunkt, das unter anderem durch das Tragen einheitlicher Pilgergewänder zum Ausdruck kommt. Der Höhepunkt der Wallfahrt ist die Besteigung des Bergs Arafat, der süd-östlich von Mekka liegt. Hier drücken die Pilger ihre Nähe zu Gott aus durch die Wiederholung des Satzes „Da bin ich, Herr“.⁸

Autor: Mediendienst Integration

4.2. WICHTIGE ISLAMISCHE FEIERTAGE

Das islamische Jahr besteht aus insgesamt **12 Monaten, die 29 bis 30 Tage lang** sind. Da die islamischen Monate teilweise kürzer als die des gregorianischen Kalenders sind, zählt das islamische Jahr **354 (statt 365) Tage**. Folglich wandert der Jahresanfang des islamischen Kalenders im Vergleich zum gregorianischen jährlich um circa 11 Tage nach „vorne“. Entsprechend bewegen sich die übrigen Monate und damit auch der Fastenmonat Ramadan und die islamischen Feiertage. Die Jahreszählung des islamischen Kalenders beginnt mit dem Jahr der Auswanderung des Propheten Mohammed von Mekka nach Medina, also dem Jahr 622 der abendländischen Zeitrechnung.

Die Geburt des Propheten (Lailat al-maulid an-nabi) *beweglicher Feiertag*

An diesem Tag wird die Geburt Mohammeds gefeiert. Eigentlich handelt es sich bei dem Datum um den Todestag des Propheten, welchem in Teilen der arabischen Welt ebenfalls gedacht wird. Dass dieser Tag (auch) als der Tag seiner Geburt begangen wird, hat mit der arabischen Tradition zu tun, nach der das Sterbedatum zugleich als Geburtsdatum gilt, falls letzteres nicht bekannt ist oder

– wie hier – mit dem 20. April 570 vor Beginn der islamischen Zeitrechnung liegt. Traditionell rezitiert man den Koran und verteilt Almosen.

Die Nacht der Himmelsreise (Lailat al-miradsch an-nabi)

beweglicher Feiertag

In dieser Nacht soll der Prophet zu den „sieben Höllen“ und den „sieben Himmeln“ gereist sein, wo er mit den dort verweilenden Propheten sprach. Hier soll Gott ihm das Versprechen gegeben haben, die Gemeinde Mohammeds ins Paradies aufzunehmen. Besonders fromme Muslime fasten an diesem Tag.

Ramadan *bewegliche Feiertage*

Im Fastenmonat Ramadan sind alle Muslime aufgerufen, sich den Tag über von allen Genüssen fernzuhalten. Dazu zählen Essen und Trinken, aber auch Rauchen oder zum Beispiel Geschlechtsverkehr. Nach Sonnenuntergang wird – meist im Kreise von Familie, Freunden oder der Gemeinde – das rituelle Fastenbrechen durchgeführt, danach folgt das Abendgebet. Der Fastenmonat endet mit dem dreitägigen Fest des Fastenbrechens (id al-fitr).

Nacht der Bestimmung (Lailat al-qadr) *beweglicher Feiertag*

Als Lailat al-qadr wird im Monat Ramadan die Nacht bezeichnet, in der erstmals der Koran herabgesandt wurde. Der Erzengel Gabriel diktierte in jener Nacht dem Propheten die ersten Worte der koranischen Offenbarung.

Fastenbrechen (Id al-fitr) *bewegliche Feiertage*

Mit Ende der Fastenzeit beginnt das Fastenbrechen. Es ist neben dem Opferfest das bedeutendste Fest der islamischen Welt und wird in manchen Gegenden drei Tage lang gefeiert. In der gesamten islamischen Welt werden dazu Glückwünsche und Grußbotschaften ausgetauscht.

Opferfest (Id al-adha) *bewegliche Feiertage*

Das islamische Opferfest wird am zehnten Tag des Wallfahrtsmonats (der Monat, in dem Pilger nach Mekka reisen und die Kaba umrunden) begangen und erinnert an die Bereitschaft Abrahams, einen seiner Söhne zu opfern. Am ersten Tag des Festes versammeln sich Gläubige in den Moscheen, wo ein besonderes Festgebet abgehalten wird. Außerdem wird die Abschiedspredigt, die Mohammed während seiner letzten Wallfahrt nach Mekka hielt, vorgetragen. Dem folgt die rituelle Schlachtung der Opfertiere (die in Mekka jedoch verboten ist).

⁶ Ebd., S. 105.

⁷ Kamcili-Yildiz, N., & Ulfat, F. (2014). *Islam – Von Abendgebet bis Zuckerfest: Grundwissen in 600 Stichwörtern*. München: Kösel-Verlag, S. 170.

⁸ Tworuschka 2003, S. 110.

Der zehnte Tag (Aschura) beweglicher Feiertag

Das Aschura-Fest wird von den Konfessionen unterschiedlich gefeiert. Die Schiiten gedenken der Schlacht von Kerbela im heutigen Irak, bei der Husain, der Sohn Alis und Enkel Mohammeds, sowie fast alle seine männlichen Verwandten getötet wurden. Die Tragödie von Kerbela ist die Wurzel der gesamten schiitischen Leidenstheologie, weswegen der Gedenktag von zehntägigen Trauer-Ritualen begleitet wird. Für Sunniten ist Aschura ein freiwilliger Fasten-Tag, um Dankbarkeit dafür zu zeigen, dass Moses die Flucht aus Ägypten gelungen war. Die Aleviten betrachten den Tag hingegen als Dankesfest nach einer Fastenzeit von zwölf Tagen.

Islamisches Neujahr beweglicher Feiertag

Das islamische Neujahr gedenkt dem 16. Juli 622, dem Beginn der islamischen Zeitrechnung. An diesem Tag wanderte der Prophet Mohammed mit seinen Anhängern von Mekka nach Medina aus. Weil der neue Tag bereits mit dem Sonnenuntergang beginnt, feiern Muslime Neujahr zwei Tage lang mit traditioneller Musik und einem Festessen, das die Hoffnung auf ein gutes neues Jahr symbolisiert.

Autorin: Prof. Dr. Katajun Amirpur

4.3. ISLAMISCHE ESSENSREGELN

Die Unterscheidung zwischen ‚halal‘ (Erlaubtem) und ‚haram‘ (Verbotenem) bezieht sich auf unterschiedliche Bereiche des islamischen Gesellschaftslebens, zum Beispiel auf die Wirtschaft oder das Bankwesen.⁹ Am bekanntesten ist die Unterscheidung aber bei Lebensmitteln und Getränken. Erlaubte Fleischsorten sind laut Koran zum Beispiel Fische, Geflügel und Rinder. Dagegen sind Kadaver, Schweinefleisch oder Blut verboten, dasselbe gilt für aasfressende Raubtiere.¹⁰

Auch der Konsum von Alkohol ist nicht erlaubt: Der **Koran verbietet wörtlich das Trinken von Wein** (Sure 5:90), was viele gläubige Muslime als generelles

Alkoholverbot auslegen.¹¹ Suren, die sich mit dem Konsum von Alkohol befassen, wurden in der Geschichte allerdings so unterschiedlich interpretiert, dass der Alkoholkonsum zum Beispiel im Osmanischen Reich in verschiedenen Phasen erst verboten und dann wieder erlaubt war. Heute ist der Verkauf von Alkohol nur in wenigen islamischen Ländern – wie Saudi-Arabien oder dem Iran – illegal.

Die oben genannten Verbote dürfen außer Acht gelassen werden, wenn das Überleben davon abhängt: Droht jemand beispielsweise zu verhungern, dürfen auch verbotene Speisen in geringem Maße verzehrt werden.¹² Laut der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ von 2009 hält sich die überwiegende Mehrheit der Muslime in Deutschland an islamische Speiseregeln.¹³

Im Koran wird nicht nur beschrieben, welche Tiere gegessen werden dürfen, sondern auch, wie sie zu jagen und zu schlachten sind. Das rituelle **Schlachten nach islamischen Regeln wird „Schächten“ genannt** – doch was genau unter diesen Begriff fällt, variiert innerhalb der einzelnen islamischen Rechtsschulen. Grundsätzlich sollen Tiere durch einen Kehlschnitt mit einem scharfen Messer getötet werden. Der Schlächter soll Muslim, Jude oder Christ sein und über einen „klaren Geist“ verfügen. Darüber hinaus muss während oder direkt vor der Schlachtung der Name Gottes ausgerufen¹⁴ und das Tier nach Mekka gerichtet werden. Zudem gilt es, beim Schächten diverse Gebote einzuhalten: Diese beinhalten zum Beispiel, dass das Tier vor dem Schächten gefüttert wird und nicht sehen darf, wie das Messer geschärft wird.

Die Praxis des **Schächtens ist unter deutschen Tierschützern umstritten**. Kritisiert wird insbesondere das betäubungslose Schächten. Tierschutzorganisationen wie der „Deutsche Tierschutzbund“ oder „PETA Deutschland e. V.“ plädieren für die Betäubung der Tiere. Viele Muslime möchten jedoch an den religiösen Vorschriften zur Schlachtung von Tieren festhalten und berufen sich dabei auf ihre Religionsfreiheit.¹⁵ Der „Deutsche Tierschutzbund“ und der „Bund gegen Miss-

11 Bundeszentrale für politische Bildung. Alkohol. In *Kleines Islam-Lexikon*. Verfügbar unter <http://bit.ly/2a7oPZH>

12 Ünal, H. (2013). Speisen und Getränke, Vorschriften für. In *Lexikon des Dialogs*, Band 2, S. 643. Eugen Biser Stiftung, Freiburg im Breisgau: Herder Verlag.

13 Haug, S., Müssig, S., & Sticks, A. (2009). *Muslimisches Leben in Deutschland*. Hrsg. vom BAMF im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, S. 153–154. Verfügbar unter <http://bit.ly/29pyTue>

14 Zum Dank an Gott für seine Gnade und zum Ausdruck des Bewusstseins, dass der Schlächter nur mit der Erlaubnis Gottes über das zu schlachtende Tier verfügen kann.

15 Siehe Unterrichtung durch die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland. (22.08.2011). *Bericht über den Stand der Entwicklung des Tierschutzes 2011 (Tierschutzbericht 2011)*. Bundestag Drucksache 17/6826. Verfügbar unter <http://bit.ly/2b1IEfv>

9 Bundeszentrale für politische Bildung. (2012). *Halal und Haram*. In Newsletter Jugendkultur, Islam und Demokratie. Verfügbar unter <http://bit.ly/2belBD9>

10 Ulfat, F. & Kamçili-Yildiz, N. (2014). *Islam – Von Abendgebet bis Zuckerfest: Grundwissen in 600 Stichwörtern*. München: Kösel-Verlag, S. 139.

brauch der Tiere“ sehen das **Schächten mit vorheriger Betäubung als akzeptablen Kompromiss an**.¹⁶

Der Verzicht auf Betäubung ist nur mit einer Ausnahmegenehmigung der zuständigen Behörde auf Länderebene erlaubt.¹⁷ Eine solche Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn Angehörigen einer bestimmten Religionsgemeinschaft der Genuss von herkömmlichem Fleisch streng untersagt ist. Die Antragstellung ist aufwändig: 2013 wurden bundesweit nur drei Anträge zum betäubungslosen Schächten von Rindern und Schafen gestellt und behördlich genehmigt.¹⁸ Die rechtliche Situation führt häufig dazu, dass Fleisch geschächteter Tiere importiert wird.

Autorin: Monika Zbidi

4.4. ISLAMISCHE BESTATTUNGEN

Der Tod bedeutet im islamischen Glauben den **Beginn des ewigen Lebens**. Deswegen werden Verstorbene mit Sorgfalt gewaschen, parfümiert und in ein Tuch eingehüllt. Nach einem Totengebet werden sie ohne Sarg in die Erde gelegt.¹⁹ Der Körper wird dabei traditionell auf die rechte Seite gerichtet, das Gesicht zeigt nach Mekka. In vielen islamischen Ländern sollen Tote noch am Todestag beerdigt werden. Das hat vor allem hygienische Gründe: Die Hitze in vielen islamischen Ländern könnte dem Leichnam sonst schaden.²⁰ Lokale Traditionen können von der üblichen Form der Bestattung abweichen, vor allem **weil der Koran keine konkrete Handlungsanweisung zur Bestattung vorgibt**.²¹ Wie die Gräber gestaltet

und geschmückt sind, ist zum Beispiel je nach örtlichem Brauch unterschiedlich. Gleichwohl geben islamische Rechtsgelehrte in Fatwas (Rechtsgutachten) Empfehlungen für islamkonforme Bestattungen.²²

Zum Beispiel wurde im Jahr 1985 die Bestattung in Holzsärgen in einer Fatwa erlaubt, da in vielen europäischen Ländern – auch in Deutschland – **Sargpflicht** herrschte. Nach Kritik von islamischen Verbänden wurde diese Vorgabe allerdings in mehreren Bundesländern, darunter Berlin und Hessen, gelockert.²³ In neun Bundesländern wurde die Sargpflicht abgeschafft oder Ausnahmeregelungen aufgrund religiöser Gründe geschaffen.²⁴

Ein Grab soll laut islamischem Glauben für die Ewigkeit angelegt sein. Das sorgt für einen Konflikt mit dem deutschen Friedhofsrecht, das bei Gräbern eine Pacht-dauer von etwa 30 Jahren vorsieht. Familien von Verstorbenen ist es jedoch möglich, diese Frist zu verlängern. Früher ließen sich zugewanderte Muslime oft in ihrer Heimat begraben, um Konflikte²⁵ zwischen islamischer Tradition und deutschem Recht zu umgehen. Aber **immer mehr Muslime, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, möchten hier begraben werden**.²⁶ Deshalb haben die meisten großen Städte in Deutschland mittlerweile ein Grabfeld für Muslime auf ihren kommunalen Friedhöfen eingerichtet.

Autor: Mediendienst Integration

16 Deutscher Tierschutzbund e. V. *Elektrische Kurzzeitbetäubung*. Verfügbar unter <http://bit.ly/2bNW6nV>; Bund gegen Missbrauch der Tiere. *Schächten: Betäubungsloses Schächten*. Verfügbar unter <http://bit.ly/2ce8bXl>

17 Schächten erfolgen demnach in Deutschland weitgehend mit Betäubung. Meist wird eine Kurzzeitbetäubung eingesetzt, die das Tier nicht tötet und das Ausbluten gewährleistet. Das Bundesverfassungsgericht ermöglichte muslimischen Metzgern in Deutschland mit einem Urteil im Jahr 2002 die Beantragung von Ausnahmegenehmigungen zum betäubungslosen Schächten, in dem es sich auf Artikel 2 des § 4a des Tierschutzgesetzes berief. Siehe Bundesverfassungsgericht. (15.01.2002). *Urteil des Ersten Senats*. Drucksache 1 BvR 1783/99. Verfügbar unter <http://bit.ly/2bfE3KD>

18 Biedermann, H. (04.12.2015). Wirtschaftsfaktor Halal: Muslime in Deutschland. In *Bayerischer Rundfunk Nachrichten*. Verfügbar unter <http://bit.ly/2bEgIDg>

19 Ünäl, H. (2013). *Bestattungsvorschriften*. In Lexikon des Dialogs, Band 1, S. 103. Eugen Biser Stiftung. Freiburg im Breisgau: Herder Verlag.

20 Tworuschka, M. (2003). *Grundwissen Islam: Religion, Politik, Gesellschaft*. Münster: Aschendorff Verlag, S. 177.

21 Bundeszentrale für politische Bildung. *Friedhof*. In Kleines Islam-Lexikon. Verfügbar unter <http://bit.ly/2aaZFPa>

22 Fatwas haben aber als Gutachten nicht dieselbe Geltung wie der Koran und ihre Bedeutung hängt immer von der Autorität des Ausstellers ab: Bundeszentrale für politische Bildung. *Fatwā*. In Kleines Islam-Lexikon. Verfügbar unter <http://bit.ly/29XyLmj>

23 Beauftragter des Senats für Integration und Migration. (06.08.2010). *Pressemittteilung: Geplante Regeln zur sarglosen Bestattung gelten nicht nur für Muslime*. Verfügbar unter <http://bit.ly/2a9JP2r>; Hessischer Landtag. (04.12.2012). *Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Friedhofs- und Bestattungsgesetzes*. Drucksache 18/6734. Verfügbar unter <http://bit.ly/2b2RtgS>

24 Eine ausführliche Zusammenstellung der Möglichkeiten islamischer Bestattungen in den deutschen Bundesländern findet sich in Holland, M. S. (2015). *Muslimische Bestattungsriten und deutsches Friedhofs- und Bestattungsrecht*. Potsdam: Universität Potsdam.

25 Eine Übersicht über mögliche Konflikte islamischer Bestattungstradition mit dem Friedhofsrecht in den einzelnen Ländern ist hier zu finden: Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland. (2007). *Antwort auf die Große Anfrage der Abgeordneten Josef Philip Winkler, Volker Beck (Köln), Renate Künast, Monika Lazar und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*. BTg Drucksache 16/5033. Verfügbar unter <http://bit.ly/29QQM2j>

26 Guschas, T. (23.02.2008). *Tod und Trauer im Islam: Die muslimische Trauerkultur ist vielfältig*. In Deutschlandradio Kultur. Verfügbar unter <http://bit.ly/2aeOc8K>

5. MUSLIME UND GESELL- SCHAFT

5.1. GEMEINNÜTZIGES ENGAGEMENT MUSLIMISCHER VEREINE

Islamische Dachverbände und Organisationen sind nicht nur für religiöse Betreuung zuständig, wie beispielsweise für das Freitagsgebet.¹ **Sie leisten darüber hinaus in großem Umfang gemeinnützige Arbeit.** Vor allem die Wohlfahrtspflege ist ein wichtiger Teil des gemeinnützigen Engagements islamischer Organisationen. Die sozialen Dienste umfassen **Freizeit-, Bildungs- und Betreuungsangebote**, von Teestuben über Jugendgruppen und Besuchsdienste bis hin zu Kinderbetreuung und Krisenberatung. Eine Studie² im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz (DIK) zur Wohlfahrtspflege der in ihr vertretenen Gemeinden und Verbände kommt auf folgende Zahlen:

- Es beteiligen sich mindestens 10.000 ehrenamtliche und 900 hauptamtliche Mitarbeiter an den sozialen Dienstleistungen.
- Die Angebote werden von mindestens 150.000 Menschen regelmäßig genutzt.

Allerdings stehen die islamischen Organisationen und Verbände weiterhin vor großen Herausforderungen: Sie verfügen zum Beispiel über **zu wenige hauptamtliche Mitarbeiter**, um der hohen Nachfrage nach ihren Dienstleistungen gerecht zu werden. Deshalb sind die Gemeinden auf das Engagement qualifizierter Ehrenamtlicher angewiesen.

Die größeren islamischen Verbände – wie zum Beispiel DITIB, der Verband der Islamischen Kulturzentren oder die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs – setzen sich inzwischen systematisch und aufeinander abgestimmt mit dem Thema Wohlfahrtspflege auseinander.³ Das geschieht vor allem im Rahmen gemeinsamer Konzeptentwicklungen und Austauschplattformen. Darüber hinaus bieten viele Verbände Fortbildungen für die ihnen angehörenden Gemeinden an.⁴

Ausgehend von einer Befragung von 1.141 der rund 2.350 Moscheen und alevitischen Cem-Häuser in Deutschland erarbeitete das Zentrum für Türkeistudien

¹ Unter den islamischen Organisationen sind hier alevitische und Ahmadiyya-Gemeinden eingeschlossen.

² Halm, D., & Sauer, M. (2015). *Soziale Dienstleistungen der in der Deutschen Islam Konferenz vertretenen religiösen Dachverbände und ihrer Gemeinden*. Verfügbar unter <http://bit.ly/28WN5lo>

³ Ebd., S. 98.

⁴ Ebd., S. 98-100.

und Integrationsforschung (ZfTI) im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz 2012 einen Überblick über die nicht-religiösen Angebote der Gemeinden in Deutschland. Sehr verbreitet sind dort zum Beispiel folgende Aktivitäten:⁵

- Sport- und Bewegungsangebote
- Interreligiöser Dialog
- Hausaufgabenhilfe
- Deutsch- und Herkunftssprachkurse

Insgesamt nehmen laut der Studie besonders Integrationshilfen für die Gemeindeangehörigen breiten Raum ein. **Kinder und Jugendliche sind eine sehr häufig adressierte Zielgruppe.** Jungen und Männer nehmen die Angebote mehr in Anspruch als Mädchen und Frauen. Eine Ausnahme sind die alevitischen Organisationen, die beide Gruppen erfolgreich erreichen.

Bemerkenswert ist, dass ein vielfältiges religiöses Angebot einer Gemeinde, also zum Beispiel Korankurse und die Ausrichtung verschiedener religiöser Feiern, ein vielfältiges Angebot gemeinnütziger Dienstleistungen begünstigt. Das heißt, **dass keine Konkurrenz zwischen religiösen und sozialen Diensten zu erkennen ist.** Der Umfang der gemeinnützigen Aktivitäten hängt stark davon ab, wie die Gemeinden finanziell, infrastrukturell und personell ausgestattet sind.⁶

Autor: Prof. Dr. Dirk Halm

5.2. MOSCHEEGEMEINDEN ALS AKTEURE DER KARITATIVEN FLÜCHTLINGSHILFE

Ebenso wie kirchliche und andere zivilgesellschaftliche Organisationen **engagieren sich islamische Gemeinden in der Flüchtlingshilfe.** Dieses Engagement nahm die Öffentlichkeit vor der verstärkten Flüchtlingsmigration ab September 2015 nur selten zur Kenntnis. Dabei bieten viele islamische Gemeinden Flüchtlingen schon seit Jahren seelsorgerische Unterstützung an, beraten sie in familiären Angelegenheiten und geben ihnen Halt und Orientierung in Deutschland.

5 Halm, D., Sauer, M., Schmidt, J. & Stichs, A. (2012). *Islamisches Gemeindeleben in Deutschland*. Hrsg. vom BAMF im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, S. 77. Verfügbar unter <http://bit.ly/2bbMQN9>

6 Ebd., S. 78.

Darüber hinaus stellen sie Schlafplätze in Moscheeräumen, Kleidungs- und Hygieneartikel wie auch Lebensmittel zur Verfügung. Eine koordinierte Flüchtlingshilfe innerhalb der Moscheegemeinden fehlte bisher jedoch.

Erst als im Sommer 2015 die Zahl der Geflüchteten anstieg, fand eine Professionalisierung statt.⁷ Auf lokaler Ebene nutzten Gemeindemitglieder Internetplattformen wie Facebook, um Angebote zu koordinieren und Geflüchtete zu informieren. Bei Abendgebeten oder Freitagspredigten berichteten Imame über die aktuelle Flüchtlingslage und riefen ihre Gemeindemitglieder regelmäßig zur Unterstützung auf. **Moscheegemeinden wurden zu Kooperationspartnern für Behörden, Polizei und etablierte Träger der Flüchtlingsarbeit:** Nach Anfragen der Berliner Stadtmission und der Berliner Polizei nahm zum Beispiel die Gemeinde *Haus der Weisheit e.V.* mehrmals Geflüchtete über Nacht auf. Ende Oktober 2015 stellte das Bezirksamt Berlin-Mitte dazu eine Turnhalle zur Verfügung. Nun betreibt sie die Gemeinde als Notunterkunft für noch unregistrierte Geflüchtete.

Ein weiterer Schritt zur Professionalisierung islamischer Flüchtlingshilfe erfolgte auf Bundesebene: 2016 gründeten der Zentralrat der Muslime (ZMD), der Islamrat Deutschland (IR) und die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden in Deutschland (IGS) den „Verband Muslimische Flüchtlingshilfe“ (VMF). Die **Verbände überschritten konfessionelle Grenzen, um die Flüchtlingsarbeit der Mitgliedsorganisationen zu koordinieren, zu vernetzen und auszubauen.**

Darüber hinaus fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen eines Patenschaftsprogramms für Geflüchtete zwei Projekte islamischer Verbände: Der ZMD strebt mit dem Projekt „Wir sind Paten“ die Stiftung von 2.000 Patenschaften für Geflüchtete an. Der DITIB-Bundesverband organisiert in Kooperation mit dem Zentralrat der Marokkaner in Deutschland (ZRMd) und der Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ) das Projekt „Muslimische Gemeinden bilden Patenschaften“. Das Programm richtet sich vorrangig an Ehrenamtler aus Moscheegemeinden. Ziel ist es, die Gemeindemitglieder zu schulen und 3.000 Patenschaften für Geflüchtete und unbegleitete Minderjährige zu stiften. Islamische Gemeinden treten damit zunehmend als integrationsfördernde, zivilgesellschaftliche Akteure in Erscheinung.

Autor: Thomas Krüppner

7 Das „Haus der Weisheit e.V.“ in Berlin oder das „Islamische Zentrum al-Nour e.V.“ in Hamburg sind zwei Beispiele für besonders engagierte Gemeinden, die im Sommer 2015 für hunderte Geflüchtete zu Anlaufstellen wurden.

5.3. ISLAMISCHE WOHLFAHRTSVERBÄNDE

Noch gibt es in Deutschland keinen islamischen Wohlfahrtsverband. Doch der Bedarf besteht: Laut einer Studie der Deutschen Islam Konferenz (DIK) aus dem Jahr 2015 nutzen mindestens **150.000 Menschen** soziale Dienstleistungen für Kinder, Jugendliche und Senioren, die von Moscheegemeinden angeboten werden. Diese Angebote werden überwiegend von ehrenamtlichem Personal, sprich ohne öffentliche Förderung, erbracht.⁸ Ein islamischer Wohlfahrtsverband (oder mehrere) als zentraler Partner für Bund, Länder und Kommunen würde dazu beitragen, diese Angebote zu bündeln und qualitativ weiterzuentwickeln.

Zum **Angebot von Wohlfahrtsverbänden gehören zum Beispiel Kindertagesstätten, Jugendtreffs oder Pflegeheime**. Solche sozialen Dienste aus einer religiösen Motivation heraus zu erbringen ist in Deutschland nicht neu. Beispiele für konfessionell geprägte Wohlfahrtsverbände sind die Diakonie oder die Caritas. Entscheidend ist, dass ihre Angebote allen Menschen, unabhängig von ihrer Religion, offenstehen.

Rechtlich spricht der Gründung eines islamischen Wohlfahrtsverbands nichts entgegen. Für einen solchen Zusammenschluss braucht es „freigemeinnützige Träger“: Das sind Organisationen, die soziale Dienste anbieten und nicht gewinnorientiert arbeiten. Sie erbringen ihre Angebote also ohne kommerzielle Absichten. Solche Träger würden sich zuerst regional, dann landesweit und am Ende bundesweit in einem Spitzenverband zusammenschließen. Um sich zu einem Wohlfahrtsverband zusammenzuschließen, müssen die einzelnen Träger folgende Kriterien erfüllen:

- ein Träger in Form eines gemeinnützigen Vereins, einer Stiftung oder GmbH sein
- tragfähige Konzepte haben, die Aufschluss über die Angebote, die Arbeitsweise und die Qualitätssicherung geben
- qualifiziertes Personal beschäftigen (etwa Pädagogen oder Pfleger)
- eine zulassungspflichtige Einrichtung betreiben (wie zum Beispiel eine Kindertagesstätte, ein Jugendwohn- oder Pflegeheim)

Auf Ortsebene gibt es in Deutschland bereits vereinzelte islamische Träger, die all diese gesetzlichen Kriterien erfüllen.⁹ Der überwiegende Teil islamischer sozialer Dienstleistungen wird derzeit allerdings nicht durch solche anerkannten Träger erbracht, sondern durch ehrenamtliche Mitarbeiter in den Moscheegemeinden. **Die vielen Ehrenamtlichen fachlich auszubilden und die Angebote zum Beispiel durch Zugang zu Regelförderung¹⁰ finanziell auf sichere Beine zu stellen, ist die wichtigste Aufgabe für die Etablierung islamischer Wohlfahrtsverbände.** Hier bietet die Anerkennung als Träger der freien Wohlfahrtspflege eine große Chance, da diesen folgende Geldquellen zur Verfügung stehen:

- öffentliche Zuwendungen beziehungsweise staatliche Zuschüsse
- Einnahmen in Form von Gebühren, Pflegesätzen, Mitgliedsbeiträgen und Spenden

Staatliche Zuwendungen für Wohlfahrtspflege können jedoch nur in anerkannte Trägerschaften fließen, nicht aber in religiöse Dienstleistungen. Deshalb müssen ehrenamtlich erbrachte Angebote, wie zum Beispiel Hausaufgabenhilfe oder Gesundheitsberatung für Senioren, in Moscheegemeinden strukturell und personell klar vom religiösen Angebot (etwa Koranunterricht) getrennt werden. In der Praxis ist das allerdings eine Herausforderung, da solche Leistungen oft im Kontext der Gemeindeförderung durch Ehrenamtliche erbracht werden. Der wesentlich geringere Anteil an hauptamtlichem Personal besteht zudem überwiegend aus Imamen, die neben ihren religiösen Aufgaben auch soziale Angebote betreuen. Hier wäre die Qualifizierung des Ehrenamts und perspektivisch die Anstellung fachlich ausgebildeten Personals (zum Beispiel Pädagogen) ein notwendiger Schritt.

Die Grundidee von freier Wohlfahrtspflege in Deutschland ist es, Bedarfe zu decken, die unmittelbar vor Ort entstehen. Islamische Wohlfahrtspflegeangebote entsprechen ganz diesem Grundsatz: Sie tragen zur Angebotsvielfalt bei, indem sie Dienstleistungen bereitstellen, die auf die besonderen Lebenslagen, religiösen Bedürfnisse oder auch sprachlichen Voraussetzungen der Nutzer eingehen. Dies bereichert die individuelle Wahlfreiheit aller Menschen – und damit auch die von Muslimen.

Autor: Volker Nüske

⁸ Halm, D., & Sauer, M. (2015). *Soziale Dienstleistungen der in der Deutschen Islam Konferenz vertretenen religiösen Dachverbände und ihrer Gemeinden*. S. 103. Verfügbar unter <http://bit.ly/28WN5Jo>

⁹ Die Sozialgesetzbücher (SGB) bilden in Verbindung mit Gesetzen der Länder den rechtlichen Rahmen: Für Kinder- und Jugendhilfe gilt das SGB VIII, für Altenhilfe das SGB XII und für Pflege das SGB XI. Die Länder regeln die einzelnen Bereiche beispielsweise in Gesetzen zur Kindertagespflege oder zur stationären Pflege.

¹⁰ Regelförderung bedeutet Zugang zu einer kontinuierlichen staatlichen Förderung, anstatt lediglich einer zeitlich begrenzten Projektförderung.

5.4. ISLAM UND FEMINISMUS

In öffentlichen Debatten um Emanzipation, Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit werden Musliminnen oft nicht berücksichtigt. Dabei sind sie in internationalen Frauenbewegungen organisiert, wie zum Beispiel dem 1982 gegründeten *Canadian Council of Muslim Women*, der 1988 entstandenen Gruppe *Sisters in Islam* aus Malaysia oder der in New York ansässigen *Women's Islamic Initiative in Spirituality and Equality* von 2006. Doch **ebenso wenig, wie es „den“ deutschen Feminismus gibt, gibt es „den“ islamischen Feminismus**. Frauenrechtlerinnen aus islamischen Ländern lassen sich nicht auf eine einzelne Denkrichtung oder politische Orientierung beschränken.

Islamische Feministinnen berufen sich auf die Gleichbehandlung beider Geschlechter, die in mehreren islamischen Quellen zu finden ist, vor allem aber im Koran. Dieser besagt, dass Menschen „aus einem Wesen“ („An-nafs al wahi-da“) erschaffen wurden und Frauen und Männer sich als partnerschaftliche und gleichberechtigte Menschen ergänzen.¹¹ Islamische Feministinnen beziehen sich zudem auf den Propheten Mohammed: Sie argumentieren, dass er eine Verbesserung der Stellung der Frauen in der Gemeinschaft anstrebte, da er ihre Ungleichbehandlung erkannte und ihre soziale Unsicherheit aufheben wollte. Dazu gehörte laut der marokkanischen Feministin Fatema Mernissi unter anderem, dass Frauen bei Erbschaften bedacht wurden und dass sie Scheidungen verlangen konnten, nach denen sie finanziell abgesichert wurden.¹²

Darüber hinaus stellen islamische Feministinnen männlich dominierte Interpretationen des Korans infrage, widerlegen diese und stärken die Koranauslegung aus weiblicher Perspektive.¹³ Sie kritisieren Benachteiligungen von Frauen und Mädchen, die auf einseitigen Interpretationen beruhen, und entwerfen Gegenmodelle – zum Beispiel wenn sie als Vorbeterinnen das Gebet in der Gemeinde leiten. Das Ziel des islamischen Feminismus ist eine gendergerechte Gesellschaft: Frauen sollen sowohl ihre Religion als auch ihre Rechte als Bürgerinnen und Individuen ausleben dürfen, ohne dass sie dabei politisch oder sozial beziehungsweise körperlich oder psychisch beeinträchtigt werden. Dafür braucht es freien

Zugang zu Bildungsinstitutionen, zum Arbeitsmarkt und zu staatlichem Schutz im Fall von häuslicher Gewalt.

Die thematischen Schwerpunkte **muslimischer Feministinnen** richten sich stark nach der rechtlichen und politischen Situation ihres jeweiligen Landes. Dabei gibt es einen wichtigen Unterschied zwischen islamischen und muslimischen Feministinnen: Muslimische Feministinnen beziehen sich nicht unbedingt auf islamische Quellen wie zum Beispiel den Koran. Ihre Anliegen hängen nicht unmittelbar mit ihrer Glaubenszugehörigkeit oder der Auslegung theologischer Quellen zusammen. Stattdessen richtet sich ihre Kritik auf juristische Bestimmungen im Familien- und Erbrecht – beispielsweise im Sorgerecht – oder auf kriegsähnliche Bedingungen, die aus ethnischen oder religiösen Konflikten herrühren. Diese können die Lebenssituation von Frauen negativ beeinträchtigen und werden dadurch zum Gegenstand muslimisch-feministischer Kritik.

ISLAM UND FEMINISMUS IN DEUTSCHLAND

Das Selbstverständnis von muslimischen Frauenrechtlerinnen aus Deutschland variiert stark: Es kann religiöser, aber zum Beispiel auch säkularer Natur sein. Hierzulande haben sich in den letzten Jahren dennoch unterschiedliche Zusammenschlüsse von islamisch-feministisch, muslimisch-feministisch und säkular-feministisch¹⁴ orientierten Frauen entwickelt, die gemeinsam gegen Sexismus und Rassismus vorgehen. Zu ihnen zählen zum Beispiel die Initiative *#ausnahmslos* oder der *Liberal-Islamische Bund*. Ein weiteres kollektives Anliegen dieser Bündnisse ist das Engagement gegen Diskriminierung von Musliminnen und Frauen nicht-deutscher Herkunft am Arbeitsmarkt: Ein prominentes Beispiel ist dabei die ungleiche Behandlung aufgrund des Tragens eines Kopftuchs.

MUSLIMISCHE FRAUENORGANISATIONEN IN DEUTSCHLAND

Aktionsbündnis muslimischer Frauen e. V. → (SIEHE SEITE 61)

Bildungs- und Freizeitzentrum muslimischer Frauen e. V. (IMAN)

Das 2000 in Darmstadt gegründete Zentrum versucht muslimischen und nicht-muslimischen Frauen Wissen über einen authentischen, nicht durch konservative Traditionen beeinflussten Islam zu vermitteln. Darum arbeitet IMAN mit

11 Behr, H. H. (2008). Allahs Töchter. In Kügler, J., Bormann, L. (Hrsg.). *Töchter (Gottes): Studien zum Verhältnis von Kultur, Religion und Geschlecht*. bayreuther forum Transit 8. Berlin: LIT Verlag.

12 Mernissi, F. (1992). *Der politische Harem. Mohammed und die Frauen*. Freiburg: Herder Spektrum, S. 158ff.

13 Siehe zum Beispiel: Klausning, K. (2013). *Geschlechtervorstellungen im Tafsir (Koranexegese)*. Reihe für Osnabrücker Islamstudien, Band 13. Frankfurt: Peter Lang Verlag.

14 Die Hauptziele säkularer Feministinnen in muslimischen Gesellschaften sind international verbriefte Frauenrechte, wie zum Beispiel das Recht auf Gleichberechtigung, auf gleichen Schutz durch das Gesetz und auf Freiheit von Diskriminierung in Politik, Bildung, Gesundheit und im Berufsleben. Diese Rechte hat die UN im internationalen *Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau* im Jahr 1979 festgeschrieben.

religiösen und nicht-religiösen Institutionen (wie etwa dem Bilalzentrum oder der Kooperation Frauen e. V.) zusammen.

Zentrum für islamische Frauenforschung und Frauenförderung e. V. (ZIF)

Die Gründung des Kölner Zentrums geht auf einen Gesprächskreis zurück, der sich unter Islamwissenschaftlerinnen, Theologinnen, Pädagoginnen und Studentinnen im Jahr 1995 gebildet hat. Ziel ist es, zeitgemäße, von Frauen erarbeitete Lesarten des Korans zu fördern und durch Tagungen, Vorträge und Schulungen bekannt zu machen.

Nafisa

Das Netzwerk muslimischer Aktivistinnen wurde 2008 von Kathrin Klausing, Nina Mühe und Silvia Horsch gegründet. 2015 wurde das Projekt wiederbelebt und ist seitdem besonders auf [Facebook](#) aktiv. Dort bietet Nafisa Texte, Interviews und Videos an, in denen unter anderem das gesellschaftliche Engagement von historischen wie zeitgenössischen Musliminnen vorgestellt wird.

Autorin: Dr. Meltem Kulaçatan

5.5. ISLAMISCHE JUGENDORGANISATIONEN

Muslime in Deutschland sind eine junge Bevölkerungsgruppe: 25 Prozent sind unter 15 und über 40 Prozent unter 25 Jahre alt. In der deutschen Gesamtbevölkerung liegt der Anteil von unter 15-Jährigen nur bei 15 Prozent und von unter 25-Jährigen bei 25 Prozent.¹⁵ Islamverbände bieten den jungen Generationen neben ihrem religiösen Angebot deshalb Aktivitäten in Jugendorganisationen an. Dazu zählen zum Beispiel **Nachhilfeangebote, Freizeitaktivitäten und interreligiöse Dialogprojekte**.¹⁶ Die ersten Organisationen dieser Art wurden bereits in den 1990er Jahren gegründet. In der Regel gehören sie Islamverbänden an, da viele aus ihnen hervorgegangen sind. Die Organisationen werden zunehmend von nicht-muslimischen Jugendverbänden oder kirchlichen Trägern als Dialogpartner wahrgenommen.

¹⁵ Haug, S., Müssig, S., & Sticks, A. (2009). *Muslimisches Leben in Deutschland*. Hrsg. vom BAMF im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, S. 103–104.

¹⁶ Hamdan, H., & Schmid, H. (2014). *Junge Muslime als Partner. Ein empiriebasierter Kompass für die praktische Arbeit*. Weinheim Basel: Beltz Juventa.

Zu den bekannten muslimischen Jugendverbänden gehören unter anderem:



Die „Muslimische Jugend in Deutschland“ (*MJD*)¹⁷ wurde 1994 gegründet und ist eine reine Jugendorganisation, die keinem Erwachsenenverband angehört und ausschließlich von jungen Muslimen geleitet wird.

Kontakt: info@mjd-net.de



Der „Bund der alevitischen Jugendlichen“ (*BD AJ*) ist 1994 aus dem alevitischen Erwachsenenverband (AABF) entstanden und Mitglied im Bundesjugendring sowie in mehreren Landesjugendringen. Manche Mitglieder der AABF und BD AJ lehnen inzwischen ihre Zugehörigkeit zum Islam ab und betonen zunehmend ihre alevitische Identität.

Kontakt: info@bdaj.de, Telefon: 0231 – 7766 0804



Der „Bund der Muslimischen Jugend“ (*BDMJ*) ist der Jugendverband der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB), der 2014 ins Leben gerufen wurde. Er setzt sich aus 15 Landesjugendverbänden zusammen, die DITIB seit 2009 in verschiedenen Bundesländern gegründet hat.

Kontakt: info@ditib-jugend.de, Telefon: 0221 – 5080 0211

Eine große Jugendabteilung mit vielfältigen Aktivitäten hat auch die Islamische Gemeinschaft Milli-Görüs (*IGMG*). Aufgrund der Beobachtung durch den Verfassungsschutz auf Bundesebene und in den meisten Bundesländern ist der Verband jedoch von vielen öffentlichen Prozessen ausgeschlossen. Dazu gehören die Förderung durch staatliche Stellen oder die Teilnahme an staatlich organisierten Dialogprojekten.

Autor: Dr. Hussein Hamdan

¹⁷ Laut Verfassungsschutz unterhält die MJD enge Verbindungen zum beobachteten Verband „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V.“ (IGD).

5.6. ISLAMISCHE UMWELTSCHÜTZER

Der Ursprung der islamischen Umweltbewegungen liegt in den 1970er Jahren in den USA und Großbritannien. Nach Deutschland dehnten sie sich erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts aus, inspiriert vom iranischen Islamwissenschaftler und Philosophen Seyyed Hossein Nasr¹⁸ sowie dem Umweltaktivisten Fazlun Khalid¹⁹ aus Sri Lanka.

Grundsätzlich unterscheidet man bei muslimischen Umweltschützern zwischen religiös motivierten Muslimen und denen, die ihr Umweltschutzverhalten von Religion und Kultur losgelöst sehen. Auch in der Forschung differenziert man daher zwischen „islamischem Umweltaktivismus“ und „muslimischem Umweltaktivismus“. So vermeidet man, dass der Einsatz von Muslimen für den Umweltschutz per se mit der Religion in Verbindung gebracht wird.²⁰

Die Quellen des islamischen Umweltaktivismus sind der Koran und die Sunna, aus denen die islamische Verpflichtung zum Umweltschutz abgeleitet wird: Das islamische Verständnis der Schöpfung gründet auf der Annahme, dass die Gesamtheit alles Geschaffenen dazu dient, Gott zu preisen. Dabei werden die Einzelteile der Erde als Zeichen Gottes verstanden. Aus dem Koran leiten die Vertreter der islamischen Umweltethik die Pflicht zur Erhaltung der natürlichen Umwelt ab. Denn dort steht, dass Gott und die Schöpfung eine Einheit bilden und alle Elemente der Welt miteinander in Beziehung stehen: „*Gottes ist, was in den Himmeln und auf Erden ist. Gott umfasst alle Dinge.*“ (Sure 4, 126)

In Deutschland gibt es bis heute jedoch nur wenige islamische Verbände, die organisierten Umweltschutz betreiben.

MUSLIMISCHE AKTEURE IM UMWELTSCHUTZ IN DEUTSCHLAND

- Hima e.V. versteht sich als Plattform für umweltinteressierte Muslime. Seit 2010 bietet der Verein Info-Veranstaltungen an, erstellt eigene Materialien, organisiert Wanderungen und Ausflüge in die Natur und

18 Nasr, S. H. (1967): *Man and Nature. The Spiritual Crisis of Modern Man*. Chicago: Kazi Publications; später z.B. (1996), *Religion and the Order of Nature*. Oxford: Oxford University Press; (1993), *The Need for a Sacred Science*, New York: State University of New York Press.

19 Khalid gründete in den 1980er Jahren die britische Umweltschutzorganisation „Islamic Foundation for Ecology and Environmental Sciences“ (IFEES), die viele Jahre später unter anderem die Entstehung des bekanntesten deutschen Vereins in Sachen muslimischer Umweltschutz, HIMA e.V., inspirierte.

20 Foltz, R. (2006). *Islam*. In *Encyclopedia of Religion and Nature* (Vol. 1, S. 858–862), London/New York: Continuum

berät muslimische Gemeinden zu ökologisch nachhaltigem Wirtschaften. Zudem unterhält er einen [Blog](#) und ist auf [Facebook](#) aktiv.

- [Yeşil Çember](#) ist eine 2006 in Berlin gegründete Umweltorganisation, deren Zielgruppe in erster Linie türkischsprachige Menschen sind, unabhängig von der religiösen Zugehörigkeit. Insofern kann man den Verein nur bedingt als muslimischen Akteur bezeichnen, auch wenn sich in ihm viele türkeistämmige Muslime engagieren. Die Organisation besteht mittlerweile aus zehn Regionalbüros und bietet unter anderem Informationsseminare und Workshops, Umweltbotschafter-Schulungen sowie Projekttag in Kindergärten und Schulen an.
- [NourEnergy e. V.](#) wurde 2010 gegründet und engagiert sich in der Beratung für Naturschutz und Ressourcenschonung. Seine Motivation zieht NourEnergy dabei aus dem Islam. In der Umweltschutzorganisation sind vor allem Fachkräfte aus dem Energiebereich engagiert. Sie zielt darauf ab, erneuerbare Energiesysteme in sozialen Einrichtungen zu fördern und für den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen zu sensibilisieren.

Autorin: Monika Zbidi

5.7. MUSLIMISCHE PFADFINDER

Bei der Berichterstattung über junge Muslime in Deutschland wurde einer Gruppe bisher nur wenig Beachtung geschenkt: den muslimischen Pfadfindern. Bereits 2010 hat sich mit dem „**Bund Moslemischer Pfadfinder und Pfadfinderinnen Deutschlands**“ (BMPPD) die erste Gruppe gegründet. Die Initiative geht auf junge Muslime zurück, die als Kinder selbst Pfadfinder in anderen Gruppierungen waren. Ihr Sitz ist in Monheim am Rhein.²¹

Der BMPPD ist von den islamischen Verbänden unabhängig und hat etwa **300 Mitglieder**. Mittlerweile wird er durch die Stiftung Deutscher Jugendmarke gefördert, um die lokalen Gruppen aufzubauen und zu organisieren. Dazu gehören bisher:

21 Zickgraf, A. (2014). Offen für neue Wege: Muslimische Pfadfinder. Goethe-Institut. Verfügbar unter <http://bit.ly/1mMN49d>

- Nordrhein-Westfalen (ca. 130-150 Mitglieder): Monheim am Rhein, Duisburg/ Essen, Bergisch Gladbach, Dortmund
- Hessen (ca. 100 Mitglieder): Rüsselsheim/ Frankfurt am Main, Hanau, Wiesbaden
- Rheinland-Pfalz (ca. 25 Mitglieder): Mainz
- Hamburg (ca. 25 Mitglieder)

Der Bund leitet seine Grundsätze aus den islamischen Quellen – dem Koran und der Sunna – ab und bekennt sich zur „freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland“. Seine Aufgabe sieht er unter anderem in der „Erziehung und Bildung junger Menschen im Alter von 7 bis 21 Jahren in Deutschland“.²² Die Angebote stehen beiden Geschlechtern offen und werden **in der Regel geschlechtergemischt** durchgeführt.

Zu seinen Aktivitäten zählen regelmäßig stattfindende Pfadfinder-Lager und Seminare. Eine der größten Aktionen war bisher das 2013 durchgeführte Projekt „Flamme der Hoffnung – Deutschland entdecken“. Dabei wurde die offizielle Fackel der olympischen Spiele per Bus in verschiedene Städte Deutschlands gebracht und von einem pfadfinderischen Rahmenprogramm begleitet.²³ Muslimische Pfadfinder wollten damit ein Zeichen für das **friedliche Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen** setzen und sich im christlich-islamischen Dialog engagieren.

Seit 2012 kooperiert der BMPPD mit den katholischen St.-Georgs-Pfadfindern (DPSG). Als etablierter Träger hilft der katholische Pfadfinderverband bei der Ausbildung der Jugendleiter des BMPPD. Im Sommer 2015 organisierten beide Verbände ein gemeinsames Zeltlager, an dem rund 150 Kinder und Jugendliche teilnahmen. Religiöse Elemente wie katholische Eucharistiefeier und islamisches Freitagsgebet gehörten zum Programm des Lagers und alle waren eingeladen, den Gottesdiensten der jeweils anderen Gruppe beizuwohnen.²⁴

Gründungspräsident des BMPPD ist Taoufik Hartit aus Rüsselsheim. Kontaktdaten des Bundes: vorstand@moslemische-pfadfinder.de, Telefon: 0176 – 4582 0102

Autor: Dr. Hussein Hamdan

²² BMPPD. Wer wir sind. Verfügbar unter <http://bit.ly/29km5BY>

²³ BMPPD. (2013). Flamme der Hoffnung: Deutschland entdecken! Pressedossier. Verfügbar unter <http://bit.ly/29ARGCu>

²⁴ Junker, D. (01.08.2015). Freundschaften über Religionsgrenzen hinweg: Christliche und muslimische Pfadfinder haben gemeinsam gezeltet. Domradio.de. Verfügbar unter <http://bit.ly/29ko35l>

5.8. INTERRELIGIÖSE VERSTÄNDIGUNG

Die grundsätzlichen Ziele interreligiöser Verständigung sind, mehr über den Glauben anderer Menschen zu erfahren, sich trotz Differenzen für gemeinsame Werte und Ziele einzusetzen und den gegenseitigen Respekt zu fördern. Sie beabsichtigt aber nicht, einen möglichst großen Konsens in Glaubensinhalten zu suchen. Ebenso wenig geht es darum, den Anderen zu bekehren. Stattdessen kann man **unterschiedliche Bereiche des interreligiösen Dialogs** unterscheiden, wie zum Beispiel:

- Gemeinsames soziales Engagement (wie etwa für das Zusammenleben in einem bestimmten Stadtteil oder die Flüchtlingshilfe)
- Austausch über die Inhalte des Glaubens (theologischer Austausch)
- Gemeinsame Gebete oder Feiern (gelebter Glaube)

In jedem dieser Felder ist es möglich, dass Teilnehmer sich vom Glauben des Anderen anregen lassen und zu einem tieferen Verständnis ihrer eigenen religiösen Vorstellungen gelangen. Auf dieser Grundlage entsteht dann konkretes soziales Engagement.

Der **christlich-muslimische Dialog war in Deutschland bis Anfang dieses Jahrtausends von starken Asymmetrien geprägt**: Viele der meist ehrenamtlich engagierten Muslime hatten keine theologische Ausbildung, sprachen wenig Deutsch und konnten christlichen Hauptamtlichen (zum Beispiel Pfarrern oder Dialogbeauftragten) deshalb nicht auf Augenhöhe begegnen. Auch dank der neu entstandenen Fakultäten für Islamische Theologie sind diese Hindernisse inzwischen weitestgehend überwunden. Trotzdem verfügen etablierte Kirchen im Vergleich zu muslimischen Verbänden oder Moscheevereinen auch heute noch über ungleich größere finanzielle und personelle Ressourcen.

Häufig hat die Professionalisierung der Moscheegemeinden dazu geführt, dass aus der Rolle einer christlichen Hilfestellung für muslimische Gemeinden (wie etwa beim Thema Moscheebau) in vielen Fällen gleichwertige Partnerschaften entstanden. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das Flüchtlingshilfeprojekt „Weißt du, wer ich bin?“, in dem alle drei großen Religionsgemeinschaften Deutschlands vertreten sind. Das Projekt „Weißt du, wer ich bin?“ unterstützt interreligiöse Zusammenarbeit in der Flüchtlingshilfe. Mit bis zu 15.000 Euro werden Initiativen gefördert, in denen mindestens zwei Religionsgemeinschaften (Gemeinden,

Institutionen oder Initiativen) im Bereich der Flüchtlingshilfe und Integration zusammenarbeiten. Das Projekt wird getragen von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, dem Zentralrat der Juden in Deutschland, dem Zentralrat der Muslime in Deutschland ZMD, der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion DITIB, dem Verband der Islamischen Kulturzentren VIKZ und dem Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland IR.

Gemeinsame Gespräche und Aktionen von – insbesondere jungen – Muslimen, Juden und Christen vereint das Interesse, sich aus ihrem jeweiligen Glauben heraus sozial, politisch oder gesellschaftlich zu engagieren. Aber auch, ihre religiöse Motivation nichtgläubigen Menschen zu erklären.

WEITERE BEISPIELE UND DACHVERBÄNDE:

- Im Januar 2003 gründeten elf christlich-islamische Vereinigungen den **Koordinierungsrat des christlich-islamischen Dialogs e. V. (KCID)**. Der Dachverein besteht inzwischen aus 13 Mitgliedervereinigungen. Er vernetzt bundesweit – vor allem aber in Süd- und Westdeutschland – Dialoginitiativen und Arbeitsgemeinschaften und fördert den interreligiösen Dialog durch Tagungen, Veranstaltungen und Feste.
- Das *Theologische Forum Christentum – Islam* ist eine seit 2005 jährlich stattfindende Fachtagung von christlichen und muslimischen Theologen. Der Schwerpunkt der Tagung an der Akademie der Diözese Rotenburg-Stuttgart liegt auf dem Austausch zu theologischen Fragen (wie Gebet oder Schriftverständnis). Die Hälfte der Referenten und gut 40 Prozent der Teilnehmer sind Muslime. Alle Beiträge werden als Buch publiziert.
- Die **Christlich-Islamische Begegnungs- und Dokumentationsstelle e. V. (CIBEDO)** der Deutschen Bischofskonferenz wurde 1978 gegründet. Sie fördert den Dialog zwischen Christen und Muslimen durch Publikationen, Kurse und Tagungen. Außerdem unterhält CIBEDO eine Präsenzbibliothek mit über 11.000 Medien in Frankfurt.
- In der *Berliner WIR SIND DA! Bürgerplattform Wedding/Moabit* setzen sich seit 2008 Moscheevereine und Kirchengemeinden gemeinsam mit nichtreligiösen Akteuren für gute Lebensbedingungen und Infrastruktur in ihrem Stadtteil ein. Die Plattform engagiert sich unter anderem in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarktzugang.

- Der *Interkulturelle Rat* in Deutschland setzt sich für interreligiöse Verständigung ein, unter anderem im Rahmen des Projektes *Abrahamisches Forum*, das 2001 gegründet wurde. Dort engagieren sich Juden, Christen, Muslime und Bahai – also Vertreter der Religionen, die sich auf Abraham als Stammvater beziehen. Sogenannte Abrahamische Teams besuchen Schulen oder andere Einrichtungen, um über Gemeinsamkeiten und Unterschiede ihrer Religionen zu informieren und zu diskutieren.

Autorin: Katrin Visse

5.9. MUSLIME UND DEMOKRATIE

Unter den islamischen Organisationen in Deutschland gibt es vorwiegend demokratiebejahende, aber auch einzelner demokratiefeindliche. Anhänger radikal islamistischer Gemeinden, wie der 2001 verbotene „Kalifatstaat“ oder die 2003 verbotene „Hizb ut-Tahrir“, lehnen Demokratie und Volkssouveränität als menschengemachte Ordnungen ab und berufen sich dabei auf den Koran. Eine Vielzahl von islamischen Theologen vertritt dagegen die Meinung, dass der Koran keine bestimmte politische Herrschaftsform vorschreibe. Im Gegenteil: Solange die Freiheit der Religionsausübung gewährleistet sei, sehe der Koran jede Herrschaftsform als gerechtfertigt an. Dieser Ansicht folgt anscheinend der Großteil der deutschen Muslime: Laut einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung halten **90 Prozent Demokratie für eine gute Regierungsform**.²⁵ Auch alle im Koordinationsrat der Muslime zusammengeschlossenen Dachorganisationen bekennen sich in ihren Grundsatzserklärungen zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik.

IST DER ISLAM MIT DEMOKRATISCHEN PRINZIPIEN VEREINBAR?

Die grundsätzliche Vereinbarkeit von demokratischer Meinungsbildung, Parlamentarismus und dem Islam wird in der islamischen Welt weitgehend akzeptiert. Viele, darunter Gelehrte wie Muhammad Iqbal und Muhammad Asad²⁶, erkannten bereits in den historischen Meinungsbildungsverfahren des Islams, genannt

²⁵ Bertelsmann Stiftung. (2016). *Factsheet Einwanderungsland Deutschland*, S. 5. Verfügbar unter <http://bit.ly/2aHCnan>

²⁶ Muhammad Iqbal (1877–1938) ist der Vordenker der Gründung Pakistans und wird in weiten Kreisen als der größte islamische Gelehrte des zwanzigsten Jahrhunderts gehandelt. Muhammad Asad (1900–1992) arbeitete ebenfalls an der Gründung Pakistans mit. Seine Koranübersetzung gilt als Meisterwerk.

Schura, demokratische Elemente. Oft wird auch der vom Propheten Mohammed mit der jüdischen Gemeinde geschlossene Vertrag von Medina²⁷ als Urform eines Gesellschaftsvertrags gesehen. Diese Interpretationen widersprechen einem Denken, das Demokratie ausschließlich in der christlich-jüdischen Tradition verankert und damit in Spannung oder gar Widerspruch zum Islam sieht. Auch dem **Prinzip der Rechtsstaatlichkeit wird traditionell hoher Respekt gezollt**, da diese an den zentralen Stellenwert von Gerechtigkeit im Islam anknüpft.

➤ IST DER ISLAM „MODERN“?

Bloggerinnen wie Kübra Gümüşay, Eşim Karakuyu oder Khola Hübsch kritisieren, dass der Begriff „modern“ synonym mit „westlich“ verwendet wird. Sie treten alternativ für das Konzept einer vielfältigen Moderne ein. Darunter verstehen sie die ständige Infragestellung des Status quo durch politische Bewegungen. Ihr Kampf gegen Islamfeindlichkeit und für eine gleichberechtigte Teilhabe von Muslimen ist demnach auch „modern“.

Komplexer ist der Sachverhalt bei der Frage der Säkularität. Hier muss man berücksichtigen, dass zum Beispiel im Nahen Osten säkulare Herrschaft oft mit Tyrannei und der gewaltsamen Unterdrückung von Religion assoziiert wird. Man denke an die Baath-Regimes im Irak oder das Gaddafi-Regime in Libyen. Bei manchen Einwanderern aus dem Nahen Osten, insbesondere in der ersten Generation, ist in Deutschland deshalb eine **Grundskepsis gegenüber säkularen Ordnungen** spürbar. Wie ich aus eigener Forschung weiß, verbindet die zweite Generation mit säkularen Ordnungen dagegen in erster Linie die Neutralität des Staates gegenüber Religionen. Die neue Generation erkennt, dass gerade religiöse Minderheiten von Säkularisierung profitieren können, sowohl in ihrem Verhältnis zur

Mehrheitsgesellschaft als auch in ihrem Verhältnis zu anderen religiösen Minderheiten. Trotzdem bemängelt die zweite Generation eine Diskrepanz zwischen den politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen und der gelebten Religionsvielfalt in Deutschland: Der Glaube, dass bei den demokratischen Freiheitsrechten im Fall von Muslimen mit zweierlei Maß gemessen wird, ist durchaus verbreitet.

MANGELT ES MUSLIMEN AM BILDUNGSWILLEN?

Jede Demokratie ist auf gebildete Bürger angewiesen, denn ihre Urteilsfähigkeit ist die Grundlage für politische Entscheidungsprozesse. Bis heute enthalten nur wenige Studien zum Thema Bildung detaillierte Daten zu Religionszugehörigkeit.

27 Der Vertrag von Medina wurde 622 zwischen drei Parteien des damaligen Medina (den Medinensischen Muslimen, den muslimischen Einwanderern aus Mekka und der jüdischen Gemeinde) geschlossen. Er gilt als Urbild einer Verfassung. Siehe etwa Khan, M. (2007). Demokratie und islamische Staatlichkeit. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, 26–27, S. 17–24. Verfügbar unter <http://bit.ly/2bkbjqp>

Deshalb ist es schwierig, Aussagen über den Bildungsgrad von „Muslimen“ zu treffen. Da aber in Statistiken zu Schulabschlüssen Kinder mit arabischem und türkischem Migrationshintergrund häufig schlechte Plätze belegen, wird Muslimen oft mangelnder Bildungswille unterstellt. Vergleicht man aber zum Beispiel Schulabschlüsse von türkeistämmigen Muslimen²⁸ der ersten und zweiten Generation, ergibt sich ein **klarer Bildungsaufstieg**: Türkeistämmige Muslime der zweiten Generation verlassen die Schule deutlich seltener (14 Prozent) ohne Schulabschluss als die vorherige Generation, die nicht in Deutschland zur Schule ging (35 Prozent).²⁹

Im Gegensatz zur ersten Generation (9 Prozent) erreichten 30 Prozent der zweiten Generation einen mittleren Abschluss wie etwa die mittlere Reife.³⁰ Der Anteil der türkeistämmigen Muslime mit Hochschulreife steigt von 20 Prozent in der ersten Generation auf 26 Prozent in der zweiten Generation. Bildungsniveaus variieren darüber hinaus nach Herkunftsländern: So sind zum Beispiel Muslime aus dem Iran oder aus Zentralasien in beiden Generationen durchschnittlich besser gebildet als Muslime aus der Türkei.³¹ Wer „Muslimen“ also pauschal einen mangelnden Bildungswillen unterstellt, täuscht über wichtige Unterschiede und Entwicklungen hinweg.

Islamische Gemeinden in Deutschland engagieren sich mit Nachdruck in der Bildungsarbeit. Trotz knapper Mittel bieten sie Nachhilfeunterricht und Mentorenmodelle für Jugendliche an und ermutigen Eltern dazu, ihren Kindern – Söhnen wie Töchtern – eine gute Schulbildung zu ermöglichen.³²

➤ DIE EHEMALIGE RÜTLI-SCHULE IN BERLIN-NEUKÖLLN:

Dieses Beispiel zeigt, dass schulische Rahmenbedingungen eine entscheidende Rolle beim Bildungserfolg spielen. 2006 sorgte ein von Lehrern verfasster Brandbrief bundesweit für Schlagzeilen. Die Schule wurde zum Symbol einer „Problem-schule“ sowie für gescheiterte Bildungs- und Integrationspolitik. Durch die gemeinsame Anstrengung von Bezirksamt, Stiftungen, Quartiersmanagement und Pädagogen avancierte sie zu einem Vorzeigeprojekt.

28 Sie bilden mit 63,2 Prozent Deutschlands größte Gruppe der Muslime in Deutschland. Vergleiche Haug, S., Müssig, S., & Stichs, A. (2009). *Muslimisches Leben in Deutschland*. Hrsg. vom BAMF im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, S. 96. Verfügbar unter <http://bit.ly/29pyTue>

29 Ebd. S. 216–217.

30 In der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ wird der mittlere Schulabschluss auf die mittlere Reife in Deutschland und den Abschluss einer weiterführenden Schule im Herkunftsland bezogen.

31 Haug et al. (2009), S. 218–220.

32 Schiffauer, W. (2015). *Schule, Moschee, Elternhaus. Eine ethnologische Intervention*. Berlin: Suhrkamp, S. 32.

Das Engagement mancher Gemeinden in der Bildungsarbeit wird oft kritisch betrachtet – häufig wird ihnen unterstellt³³, sie planten eine islamistische Unterwanderung von Bildungsinstitutionen. Aber ironischerweise fällt Demokratieablehnung, die man vor allem aus radikal islamistischen Gemeinden kennt, sehr deutlich mit dem Grad des Schulabschlusses zusammen: Während sich demokratiefeindliche Einstellungen bei 15,8 Prozent der Muslime ohne Schulabschluss zeigten, fiel die Zahl auf 10,8 Prozent bei Muslimen mit Hauptschul- oder Real- schulabschluss. Bei denjenigen mit Abitur oder Fachabitur sank sie sogar auf 5,3 Prozent.³⁴ Dieser Trend wird durch qualitative Studien bestätigt.³⁵

Autor: Prof. Dr. Werner Schiffauer

5.10. ISLAM UND HOMOPHOBIE

MUSLIME UND HOMOPHOBIE

Oft wird kritisch hinterfragt, wie sich islamische Gemeinschaften im Umgang mit sexuellen Minderheiten positionieren. Und **mehrheitlich muslimische Länder werden als Negativbeispiele genannt**, wenn es um Geschlechter- und Sexualitätsfragen geht. Wie kommt es, dass vor allem über Muslime diskutiert wird, wenn es um Homophobie geht? Viele Wissenschaftler und Menschenrechtsaktivisten sagen, die Fokussierung auf muslimisch dominierte Länder lenke von Problemen in Deutschland ab. Deutschland werde in den Debatten als besonders tolerant dargestellt. Es werde „[...] ein Selbstbild ‚unseres Landes‘ [beziehungsweise] ‚des Westens‘ in Gänze proklamiert, aus dem rechtliche und soziale Ungleichbehandlung komfortabel ausgeblendet werden“, so der Aktivist und Autor Koray Yilmaz-Günay.³⁶

Wie weit ein **Generalverdacht gegen Muslime** in Geschlechterfragen reichen kann, verdeutlichte der sogenannte Muslim-Test in Baden-Württemberg: Nach dessen Einführung im Jahr 2006 mussten sich Menschen mit Pässen „muslimischer Staaten“ bei der Einbürgerung einer Gesinnungsprüfung unterziehen und Fragen zu Terrorismus, Antisemitismus, religiösen Auffassungen und zur Akzeptanz von Homosexuellen beantworten.³⁷ 2011 wurde der Test abgeschafft.

Manchmal werden die Bedürfnisse von Homosexuellen und Muslimen als nicht miteinander vereinbar dargestellt. Das zeigt ein Beispiel aus dem Jahr 2010: Eine Kampagne zur Ergänzung des Antidiskriminierungsartikels im Grundgesetz um das Diskriminierungsmerkmal „sexuelle Identität“ wurde in einem Bundestagsausschuss von einem Gutachter, der von der Union bestellt worden war, zurückgewiesen. Unter anderem mit dem Argument, dass die Integration von gläubigen Muslimen in Deutschland erschwert würde, wenn das Grundgesetz die Diskriminierung aufgrund von sexueller Identität verbiete.³⁸ In einer gemeinsamen Pressemitteilung verurteilten der Zentralrat der Muslime in Deutschland, der Türkische Bund Berlin-Brandenburg und der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg die Instrumentalisierung von Muslimen gegen Homosexuelle.³⁹

Zugleich haben **viele islamische Organisationen in Deutschland – ähnlich wie die katholische Kirche – bis heute Vorbehalte gegenüber Homosexualität**. Manche Verbände und Vereine betonen zwar, dass sie Diskriminierung oder gar Verfolgung von Homosexuellen strikt ablehnen. Gleichzeitig verweisen sie jedoch darauf, dass gleichgeschlechtliche Beziehungen aus theologischer Sicht eine Sünde darstellen und von Gläubigen deshalb nicht gutgeheißen werden können.⁴⁰

WIE VERBREITET SIND HOMOPHOBIE EINSTELLUNGEN BEI MUSLIMEN IN DEUTSCHLAND?

Untersuchungen kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen, je nachdem, welche Gruppe befragt wurde. Einer Untersuchung der Universität Bielefeld zufolge sind christliche Jugendliche im Vergleich zu muslimischen Jugendlichen deutlich

33 Diese Unterstellung findet sich regelmäßig in den Publikationen der Verfassungsschutzämter. Bundesamt für Verfassungsschutz. (2007). *Integration als Extremismus- und Terrorismusprävention: Zur Typologie islamistischer Radikalisierung und Rekrutierung*. Verfügbar unter <http://bit.ly/2bxEvmg>

34 Brettfeld, K., & Wetzels, P. (2007). *Muslime in Deutschland: Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt*. Hrsg. vom Bundesministerium des Inneren, S. 147. Verfügbar unter <http://bit.ly/2b3F9r7>

35 Studien zeigen zum Beispiel, wie der Besuch weiterführender Schulen bei Angehörigen von Milli Görüş-Gemeinden zu einer Kritik am Islamismus der ersten Generation führte. Vergleiche Schiffauer, W. (2010). *Nach dem Islamismus. Eine Ethnographie der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş*. Berlin: Suhrkamp, S. 158–224.

36 Yilmaz-Günay, K. (2014). Der „Clash of Civilisations“ im eigenen Haus: Einleitung. In K. Yilmaz-Günay (Hrsg.), *Karriere eines konstruierten Gegensatzes: Zehn Jahre „Muslime versus Schwule“ – Sexualpolitiken seit dem 11. September 2001* (Neuaufgabe) (S. 7–13). Edition Assemblage.

37 Cetin, Z. (2015). *Der Schwulenkiez: Homonationalismus und Dominanzgesellschaft*. In I. Attia, S. Köbsell, & N. Prasad (Hrsg.), *Dominanzkultur reloaded: Neue Texte zu gesellschaftlichen Machtverhältnissen und ihren Wechselwirkungen* (S. 35–46). Bielefeld: Transcript Verlag, S. 38.

38 Kluth, W. (20.04.2010). *Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 21. April 2010*, S. 12. Verfügbar unter <http://bit.ly/2cpvNFq>

39 Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. (10.05.2010). *Zentralrat der Muslime wehrt sich gegen Instrumentalisierung von Muslimen gegen Homosexuelle*. Verfügbar unter <http://bit.ly/2cDCyDD>

40 Inssan e.V. *Stellungnahme zu Homophobie*. Verfügbar unter <http://bit.ly/2cvlq3X>

weniger homophob eingestellt: 25 Prozent der evangelischen und 34 Prozent der katholischen Jugendlichen sahen Homosexualität als etwas „Anormales“ an. Bei sunnitischen Jugendlichen waren es 66, bei schiitischen 63 und bei alevitischen 48 Prozent.⁴¹

Demgegenüber stimmten einer Studie der „Bertelsmann Stiftung“ zufolge 60 Prozent der befragten „mittelreligiösen“⁴² Sunniten der Aussage zu, homosexuelle Paare sollten die Möglichkeit haben, zu heiraten.⁴³ Unter „hochreligiösen“ Sunniten lag die Zustimmungsrate bei immerhin 40 Prozent.⁴⁴ Andere Untersuchungen zu diesem Thema stellen sich bei genauem Hinsehen als wenig belastbar heraus.⁴⁵ Ein pauschaler Vorwurf, dass Muslime homophob sind, ist damit nicht haltbar.

Autor: Mediendienst Integration

5.11. MUSLIME UND ANTISEMITISMUS

GIBT ES EINEN VERSTÄRKTEN ANTISEMITISMUS UNTER MUSLIMEN?

Die große mediale Aufmerksamkeit für das Thema verstärkt die öffentliche Wahrnehmung, Antisemitismus würde gerade unter Jugendlichen mit arabischem und türkischem beziehungsweise muslimischem Hintergrund stetig zunehmen. Bislang gibt es **jedoch keine repräsentativen Forschungsergebnisse**, die eine allgemeine Einschätzung zum Phänomen jüdenfeindlicher Einstellungen unter Menschen mit muslimischem Migrationshintergrund ermöglichen. Die Fallzahlen der Studien sind dafür zu gering.⁴⁶

41 Mansel, J., & Spaier, V. (2013). *Ausgrenzungsdynamiken: In welchen Lebenslagen Jugendliche Fremdgruppen abwehren*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 212.

42 Für die Studie der Bertelsmann-Stiftung wurden „hochreligiöse“, „mittelreligiöse“ sowie „nicht und wenig religiöse“ Muslime befragt. Diese Einstufung liegt dem sogenannten „Zentralitätsindex“ zugrunde und gibt Aufschluss darüber, welche Rolle Religion im Leben der Befragten spielt. Zu den Einstellungen gegenüber Homosexualität liegen allerdings nur Daten für die Gruppe der Sunniten vor. Siehe Bertelsmann-Stiftung. (2015). *Religionsmonitor: Verstehen was verbindet*. Sonderauswertung Islam 2015, S. 41.

43 Anders als in vielen anderen EU-Ländern ist die Eingetragene Lebenspartnerschaft in Deutschland eine Sonderinstitution, die der Frau-Mann-Ehe nicht gleichgestellt ist.

44 Halm, D., & Sauer, M. (2015). Lebenswelten deutscher Muslime. In Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.), *Religionsmonitor: Verstehen was verbindet*. Sonderauswertung Islam 2015, S. 41.

45 Ataman, F. (30.06.2015). „Zwei Drittel der Muslime Fundamentalisten“ – wirklich? Mediendienst Integration. Verfügbar unter <http://bit.ly/2cTojvo>

46 Bundesministerium des Innern. (2011). *Antisemitismus in Deutschland. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus*. Berlin: Bundesministerium des Innern, S. 78–83. Verfügbar unter <http://bit.ly/2d3GFuC>

In der bisher umfassendsten, jedoch nicht repräsentativen Untersuchung zum Thema haben die Wissenschaftler Jürgen Mansel und Viktoria Spaier Jugendliche mit Migrationshintergrund in Bezug auf ihre „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ umfangreich befragt. Mit Blick auf muslimische Jugendliche zeigte sich dabei sehr deutlich: Antisemitische **Vorurteile haben weder mit Migrationserfahrungen noch mit der familiären Erziehung zu tun**.

Zwar kommen sie zu dem Ergebnis, dass bei Jugendlichen „aus muslimisch geprägten Sozialisationskontexten“ Antisemitismus insgesamt häufiger anzutreffen ist. Ist dies der Fall, sei damit jedoch meist das **Gefühl von Benachteiligung** verbunden, bei dem die eigenen Erfahrungen von Diskriminierung und Abwertung mit dem Leid der Muslime weltweit verknüpft werden. Daraus entstehe das Gefühl einer weltweit gedemütigten Schicksalsgemeinschaft. Weitestgehend eingig sind sich die Wissenschaftler darüber, dass ethnische oder religiöse Herkunft keinen alleinigen Erklärungsansatz für Ausmaß und Ausprägung antisemitischer Denkmuster bietet.⁴⁷

Interessant sind in diesem Zusammenhang Projekte, die von Muslimen, Juden und anderen gemeinsam getragen werden und sich für ein **friedliches Zusammenleben** und gegen Rassismen jeder Art einsetzen. Beispiele hierfür sind etwa die Initiative „Salaam-Shalom“⁴⁸ in Berlin-Neukölln oder die „Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus“⁴⁹, die Konzepte für die pädagogische Auseinandersetzung mit Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und Islamismus entwickelt.

GIBT ES EINEN „IMPORTIERTEN“ ANTISEMITISMUS?

Bis vor zehn Jahren waren antisemitische Einstellungen von Migranten und ihren Nachkommen kaum ein Thema in Deutschland. In jüngster Zeit fokussiert sich die öffentliche Diskussion über antisemitische Haltungen und Übergriffe jedoch häufig auf Muslime (mit Migrationshintergrund).⁵⁰

Auslöser dafür waren unter anderem der erneut eskalierende Israel-Palästina-Konflikt mit der „Zweiten Intifada“ und die Terroranschläge vom 11. September

47 Mansel, J. & Spaier, V. (2013). *Ausgrenzungsdynamiken. In welchen Lebenslagen Jugendliche Fremdgruppen abwerten*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa. Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus. (2012). Antisemitismus und Alltagskultur. In Newsletter Perspektiven. Politische Bildung für die Migrationsgesellschaft. Verfügbar unter <http://bit.ly/2cPUqzp>

48 Salaam-Schalom Initiative. Verfügbar unter <http://bit.ly/2cFrDtv>

49 Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus. Verfügbar unter <http://bit.ly/2d2IElP>

50 Bundesministerium des Innern. (2011).

2001 – beides rückte den Nahen Osten stärker in das europäische Bewusstsein. Gleichzeitig kam es zu einem **Anstieg antijüdischer beziehungsweise antisemitischer Vorfälle und Übergriffe in Europa und Deutschland**, bei denen auch Täter mit „muslimischem Hintergrund“ in Erscheinung traten.⁵¹

Dieselben Effekte wiederholten sich infolge des Gaza-Konflikts von 2014: Auf anti-israelischen und pro-palästinensischen Demonstrationen kam es zu harschen jüdenfeindlichen Äußerungen. Wieder entbrannte eine Debatte darüber, ob es einen „neuen“ und vor allem spezifisch „muslimischen Antisemitismus“ gäbe, der durch „Migranten“ quasi nach Deutschland importiert worden sei.⁵²

In der Wissenschaft herrscht weitestgehende Einigkeit darüber, dass beides nicht zutrifft: Der Antisemitismus passe sich zwar immer wieder neuen gesellschaftlichen Zusammenhängen und Diskursen an. Die Stereotype, die dabei bedient werden, blieben jedoch zum Großteil unverändert, wie etwa das Bild von der „jüdischen Weltverschwörung“, von „Juden als Zersetzer“ oder „Kindermördern“. Dies gelte auch für den Antisemitismus unter Muslimen. So wird etwa die Reformierung des Islams dahingehend gedeutet, dass „die Juden“ hinter den Reformdiskussionen stecken würden, um Muslime zu beherrschen und „den Islam“ von seinem wahren Charakter zu entfernen; die „Ritualmordlegende“ taucht im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt wieder auf, wenn auf pro-palästinensischen Demonstrationen vom „Kindermörder Israel“ die Rede ist.⁵³

WIE VIELE STRAFTATEN WERDEN VON „MIGRATIONS Hintergründern“ VERÜBT?

Wie häufig antisemitische Straftaten von Muslimen oder „Tätern mit Migrationshintergrund“ verübt werden, ist unbekannt, denn statistisch wird das nicht erfasst. Zwar werden antisemitische Straftaten in den Daten zur Politisch motivierten Kriminalität (PMK) neben dem rechten und dem linken Milieu auch der Kategorie „Ausländer“ zugeordnet. Gemeint ist damit aber nicht etwa die Staatsangehörigkeit der Täter. Auch deutsche Staatsangehörige können unter die PMK-„Ausländer“ fallen. Vielmehr geht es um Straftaten, bei denen „der Tatbegehung eine im

Ausland begründete Ideologie zugrunde liegt“, so das Bundesinnenministerium (BMI) auf Nachfrage. Hierzu würde etwa der Bereich des islamistisch begründeten Terrorismus zählen.

Zwar sind die Zahlen kaum aussagekräftig, was antisemitische Straftaten angeht, die von „Muslimen“, „Migranten“ oder Tätern mit „Migrationshintergrund“ verübt werden. Straftaten können sowohl Sachbeschädigungen von Friedhöfen oder Gedenkstätten und Beleidigungen gegen Juden sein als auch Gewalttaten wie Körperverletzung, Brandanschläge und Tötungsdelikte. Allerdings lässt sich festhalten, dass die **überwiegende Mehrheit nach wie vor vom rechten Spektrum ausgeht**:

Von den 1.366 antisemitischen Straftaten, die 2015 registriert wurden, entfielen 91 Prozent (1.246 Straftaten) auf das rechte Spektrum und nur knapp sechs Prozent (78 Straftaten) auf die Kategorie „Ausländer“.⁵⁴

Autor: Mediendienst Integration

51 Goldbogen, A. (2013). Zwischen Diversität und Stigmatisierung – Antisemitismus und Bildungsarbeit in der Migrationsgesellschaft. In Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (Hrsg.), *Widerspruchstoleranz. Ein Theorie-Praxis-Handbuch zu Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit*, (S. 19–22). Berlin: KlG. Verfügbar unter <http://bit.ly/1oytEwe>

52 Spiegel Online (23.07.2014). Gauck zu jüdenfeindlichen Demos „Wir wollen Antisemitismus nicht hinnehmen“. Verfügbar unter <http://bit.ly/2du6oMR>

53 Siehe hierzu Zick, A. (05.08.2014) oder Dörfler, S. (31.07.2014). „Ventil der Gefühle“ Interview mit Antisemitismusforscher Detlev Claussen. *Der Freitag*. Verfügbar unter <http://bit.ly/1rV7tjR>

54 Bundesministerium des Innern. (23.05.2016). *PMK-Straftaten im Bereich Hasskriminalität 2014 und 2015. Pressemitteilung*. Verfügbar unter <http://bit.ly/2950LqI>

6. MUSLIME IN MEDIEN

6.1 DARSTELLUNG VON MUSLIMEN IN DEUTSCHEN MEDIEN

Das Bild vom Islam, das über Medien kommuniziert wird, ist in vielen Ländern problematisch. Denn es ist **geeignet, negative Einstellungen gegenüber Muslimen und dem Islam zu begünstigen**. Dies ist das Ergebnis nicht von ein oder zwei, sondern von hunderten Studien aus unterschiedlichen Ländern und Disziplinen, die sich seit mehr als 35 Jahren mit dem Islambild der Medien beschäftigen.¹ Diejenigen, die diesen eindeutigen Befund bestreiten oder der Presse gar eine übertriebene Islamfreundlichkeit unterstellen, befinden sich nicht im Einklang mit wissenschaftlich belegten Erkenntnissen.

MACHEN MEDIEN DEN ISLAM UNBELIEBT?

Ergebnisse aus Bevölkerungsumfragen in Deutschland belegen weit verbreitete Ressentiments und negative Einstellungen gegenüber dem Islam. Eine am Münsterschen Exzellenzcluster „Religion und Politik“ im Jahr 2010 entstandene Studie kommt beispielsweise zu folgenden Ergebnissen:

- 57,8 Prozent der Westdeutschen und 62,2 Prozent der Ostdeutschen vertreten eine „eher negative“ oder „sehr negative“ Haltung zum Islam.
- Über 80 Prozent der Deutschen denken bei dem Stichwort Islam an die „Benachteiligung der Frau“, über 70 Prozent an „Fanatismus“ und über 60 Prozent an „Gewaltbereitschaft“.
- Weniger als 10 Prozent denken beim Stichwort Islam an „Friedfertigkeit“, „Toleranz“ und „Achtung der Menschenrechte“.²

Interessanterweise zeigt die Studie darüber hinaus, dass diese negativen Vorstellungen selten auf direktem Kontakt mit Muslimen beruhen. Unter den Westdeutschen gaben nur 7,2 Prozent der Befragten an, „sehr viel“ Kontakt zu Muslimen zu haben – „etwas“ Kontakt zu Muslimen haben 33 Prozent. In Ostdeutschland

¹ Vergleiche etwa aus Deutschland Hafez, K. (2002). *Die politische Dimension der Auslandsberichterstattung*. Baden-Baden: Nomos; aus Großbritannien Poole, E. (2002). *Reporting Islam. Media Representations of British Muslims*. London, New York: I.B. Tauris.; aus Frankreich Deltombe, T. (2005). *L'Islam imaginaire. La construction médiatique de l'islamophobie en France: 1975–2005*. Paris: La Découverte. Zum Überblick über das Forschungsfeld vergleiche Karis, T. (2013). *Mediendiskurs Islam. Narrative in der Berichterstattung der Tagesthemen 1979–2010*. Wiesbaden: Springer VS.

² Vergleiche Yendell, A., & Friedrich, N. (2012). Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in ausgewählten europäischen Ländern. In D. Pollack, I. Tucci, & H.-G. Ziebertz (Hrsg.), *Religiöser Pluralismus im Fokus quantitativer Religionsforschung* (S. 265–298). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

liegen diese Werte noch einmal deutlich niedriger (3,9 beziehungsweise 12,2 Prozent). **Menschen mit viel Kontakt zu Muslimen haben in der Regel ein deutlich besseres Bild vom Islam** als Menschen mit wenig Kontakt. Vergleichbare Studien kommen seit vielen Jahren zu sehr ähnlichen Ergebnissen.³ Wie sind also die negativen Einstellungen gegenüber Muslimen zu erklären, wenn große Teile der deutschen Bevölkerung überhaupt keine Muslime kennen?

Medien bestimmen Meinungen nicht im Alleingang. Aber sie spielen bei der Entstehung und Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Einstellungen gegenüber sozialen Gruppen eine zentrale Rolle. Im Fall der Muslime in Deutschland ist es daher hochplausibel, dass negative Einstellungen zum Islam oft nicht auf „primäre Kontakte“ mit Muslimen, sondern auf sogenannte „sekundäre Medienkontakte“ zurückzuführen sind.⁴

IST DIE DEUTSCHE BERICHTERSTATTUNG ISLAMFEINDLICH?

Dazu ist zunächst festzuhalten, dass sich eindeutig negative Aussagen zum Islam (wie zum Beispiel: „Der Islam ist eine gefährliche Religion“) in Mainstream-Medien nur höchst selten finden lassen.⁵ Vielmehr ist es so, dass Islamfeindlichkeit, wie sie etwa in der PEGIDA-Bewegung zum Ausdruck kommt, in Medien regelmäßig scharf kritisiert wird – und dies schon seit einiger Zeit. So berichteten beispielsweise die *Tagesthemen* schon 1985 kritisch über die Weigerung einiger deutscher Sozialämter, Muslimen eine ansonsten übliche Weihnachtsbeihilfe zu zahlen – damals mit der Begründung, die Muslime entstammten schließlich nicht dem „christlich-abendländischen Kulturkreis“. 1992 wurde ein im schwäbischen Bobingen verhängtes Minarettverbot zum Thema, welches ähnlich wie das Schweizer Minarettverbot von 2009 als Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit zurückgewiesen wurde.⁶

Es geht also bei der Kritik an den Medien **nicht um den Vorwurf der Islamfeindlichkeit von Journalisten**. Es geht vielmehr darum, dass durch die Berichterstattung

3 Zu nennen wären etwa die häufig in der Islambildforschung angeführten Befunde aus den Studien Wilhelm Heitmeyers (vergleiche etwa Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2011). *Deutsche Zustände*. Folge 10. Frankfurt am Main: Suhrkamp.) sowie die Informationen zum Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, verfügbar unter <http://bit.ly/1WrXGNw>

4 Vergleiche den ausführlichen Forschungsüberblick bei Karis 2013, S. 20–25.

5 Anders verhält es sich freilich jenseits des medialen Mainstreams, etwa auf offen islamfeindlichen Internetplattformen. Vergleiche dazu Schiffer, S. (2009). Grenzenloser Hass im Internet. Wie „islamkritische“ Aktivisten in Weblogs argumentieren. In T. Schneiders (Hrsg.), *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen* (S. 341–362). Wiesbaden: Springer VS.

6 Karis 2013, S. 288–289.

und insbesondere durch die Verwendung bestimmter Klischees oder Stereotypen ein negatives Islambild erzeugt wird. Das geschieht oft unabsichtlich. Deshalb will ich einige wichtige Islamstereotype vorstellen.⁷

TERROR UND GEWALT

Ein zentrales Islam-Stereotyp ist die Gewaltbereitschaft des Islams. Eine Reihe von Studien zeigt, dass es dieses Klischee schon seit Jahrhunderten gibt.⁸ Mitunter erinnern die Medien an historische Ereignisse, beispielsweise an die Belagerungen Wiens durch das Osmanische Reich in der Frühen Neuzeit, die an die kollektive europäische Vorstellung von muslimischer Gewalt anknüpfen. Selbst die territorialen Eroberungen der ersten Muslime unter dem Propheten Mohammed werden teilweise ins Feld geführt. So hieß es in der Fernsehsendung *Bericht aus Bonn* am 10.11.1995:

„Beim Kampf um die Macht beziehen sich die militanten Fundamentalisten [gemeint sind die Anhänger Chomeinis zur Zeit der Iranischen Revolution, Anm. T.K.] auf eine Praxis aus der Frühzeit des Islam. Genauer auf Methoden, die der Prophet Mohammed selbst gebrauchte, um seine bedrohte Autorität zu stärken. Mit Terror und Racheaktionen machte er seine Gegner zum Ziel des sogenannten ‚göttlichen Zorns‘, als er erkannte, dass die Predigt von Liebe und Gewaltlosigkeit ihm in Mekka nicht zur Macht verhelfen würde.“⁹

Historische Ereignisse und religiöse Überlieferungen werden medial mit zeitgenössischen Ereignissen verknüpft. Zu denken ist neben der Iranischen Revolution etwa auch an die Anschläge des 11. Septembers oder die jüngsten Untaten des sogenannten Islamischen Staates (IS). **Dadurch entsteht schnell der Eindruck, die aktuellen Ereignisse und Entwicklungen bestätigten eine gewaltbejahende Grundeinstellung des Islams.** Anstatt nach den komplexen, modernen Entstehungsbedingungen etwa des „IS“ zu fragen, wird auf diese Weise das Bild eines homogenen, historisch stabilen und aggressiven Islams erzeugt – eine Simplifizierung, die ironischerweise dem schlichten Islambild des „IS“ ziemlich genau entspricht.¹⁰

7 Aus wissenschaftlicher Sicht ist die Verwendung der Begriffe „Stereotyp“ und „Klischee“ (zumal synonym) nicht ideal. Ich spreche daher an anderer Stelle (und anders akzentuiert) von Islam-Narrativen (vergleiche Karis 2013).

8 Vergleiche exemplarisch die Beiträge bei Benz, W. (Hrsg.) (2010). Islambilder vom Mittelalter bis zum Ersten Weltkrieg. Traditionen der Abwehr, Romantisierung, Exotisierung. *Sonderheft der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 58, 7–8.

9 Vergleiche Karis 2013, S. 202–204.

10 Vergleiche zu diesem Befund T. Bauer (Vortrag, 16. September 2010), verfügbar unter <http://bit.ly/2987kUZ>

Problematisch ist aber nicht nur wie, sondern auch wann in den Medien über den Islam gesprochen wird: Der Kommunikationswissenschaftler Kai Hafez betont, dass der Islam in den Medien meist nur dann vorkommt, wenn es um Gewalt geht. In einer 2002 erschienenen, sich auf den Zeitraum 1955 – 1994 beziehenden Studie zur Nahostberichterstattung hat Hafez 14.000 Artikel aus dem Spiegel, dem Stern, der Frankfurter Allgemeinen und der Süddeutschen Zeitung untersucht. Dabei ermittelte er, dass fast die Hälfte der Artikel den Islam im Zusammenhang mit körperlicher Gewalt thematisieren (48,3 Prozent).¹¹ Dass vor diesem Hintergrund die Gleichung Islam = Gewalt für den Leser plausibel erscheint, liegt auf der Hand. In einer 2008 gemeinsam mit Carola Richter durchgeführten Studie zur Islamberichterstattung in öffentlich-rechtlichen TV-Magazinen ermitteln die Autoren einen Anteil von 23 Prozent der Islam-Berichterstattung zu Terrorismus/Extremismus. **Weitere 58 Prozent der Beiträge waren anderen negativ besetzten Themen gewidmet** (etwa „Intoleranz“, „Internationale Konflikte“ oder „Unterdrückung der Frau“). Damit fällt auch hier die Islamberichterstattung überwiegend negativ aus (81 Prozent).¹²

DAS PROBLEM DER ISLAMISCHEN „ERFOLGSSTORY“

Es wäre nicht korrekt zu behaupten, Medien würden ausschließlich in Zusammenhang mit Gewalt und Radikalität über Muslime berichten. Vielmehr gibt es immer wieder Berichte, in denen Zuschauern und Lesern gewissermaßen muslimische „Erfolgsgeschichten“ präsentiert werden: Da gibt es den muslimischen Fußballprofi, die muslimische Feministin, den muslimischen Unternehmenschef und die muslimische Landesministerin. Die Botschaft scheint zu sein: Es geht also doch!

Aus Reihen der Forschung werden Berichte solcher Art durchaus befürwortet. Der Medienzuschauer, so wird argumentiert, müsse neben den vielen „negativen“ auch „positive“ Berichte über Muslime zu sehen bekommen, um zu verstehen, dass eben nicht alle Muslime gewalttätig, radikal oder rückständig seien. Dies erscheint auf den ersten Blick als eine vernünftige Forderung im Sinne einer besseren Balance in der Berichterstattung. Auf den zweiten Blick **sind jedoch auch solche „Erfolgsgeschichten“ problematisch**. Denn aus der Rassismusforschung wissen wir, dass auch ein „gut gemeinter antirassistischer Diskurs“ mitunter rassistische Denkmuster reproduziert und dadurch Klischees verfestigt, statt sie zu

hinterfragen.¹³ „Positiv“-Darstellungen von Muslimen laufen mithin Gefahr, das dominante Islambild gerade durch die Abweichung davon zu verfestigen: Wenn Medienberichte regelmäßig Menschen zeigen, die keine Fundamentalisten, Terroristen oder Frauenhasser sind, *obwohl sie Muslime sind*, dann wird dadurch letztlich mehr bestätigt als widerlegt.

Grundsätzlich ist unter die Lupe zu nehmen, was es eigentlich für Erfolgsgeschichten sind, die medial präsentiert werden. Die erwähnten Beispiele deuten darauf hin, dass man sich unter „positiven“ Muslimen offenbar solche vorstellt, die nicht für Gewalt und Rückständigkeit stehen, aber auch nicht für Traditionsbewusstsein und Frömmigkeit, sondern vornehmlich für Gleichberechtigung und Demokratie. Damit allerdings erscheinen **nur solche Muslime als „positiv“, die „aufgeklärte“ und „moderne“ Werte vertreten oder sich nach diesen verhalten**. Die Gleichsetzung von „positiv“ und „westlich“ ist meiner Meinung nach problematisch, weil sie einer Kategorisierung in „gute“ und „böse“ Muslime Vorschub leistet. Viele Muslime empfinden diese Aufteilung als Zumutung, zumal sie oftmals mit der Erwartung einhergeht, sich als Muslim in Deutschland zu einem der Lager zugehörig zu erklären.¹⁴

Das pauschale Medienbild des „Vorzeige-Muslims“ sollte man ebenso als Konstrukt begreifen wie das des „negativen“ Muslims. Zu kritisieren ist nicht nur, dass Medien Muslime häufig in die Negativ-Kategorie einordnen, sondern dass sie überhaupt in Bezug auf Muslime eine Kategorisierung in negativ und positiv vornehmen, statt Muslime wie andere Menschen auch in ihrer je eigenen Individualität wahrzunehmen. Schließlich begegnen einem in den Medien auch keine entweder negativen oder aber positiven Franzosen, Grundschullehrer und Katholiken.¹⁵ Folglich ist auch die verstärkte Berichterstattung über „positive“ muslimische „Erfolgsgeschichten“ kein Patentrezept zur Verbesserung des medialen Islambildes.

¹³ Vergleiche Schiffer, S., & Wagner, C. (2009). *Antisemitismus und Islamophobie. Ein Vergleich*. Wassertrüdingen: HWK, 157–166.

¹⁴ Vergleiche Spielhaus, R. (2010). Media Making Muslims: The Construction of a Muslim Community in Germany Through Media Debate. *Contemporary Islam*, 4 (1), S. 11–27.

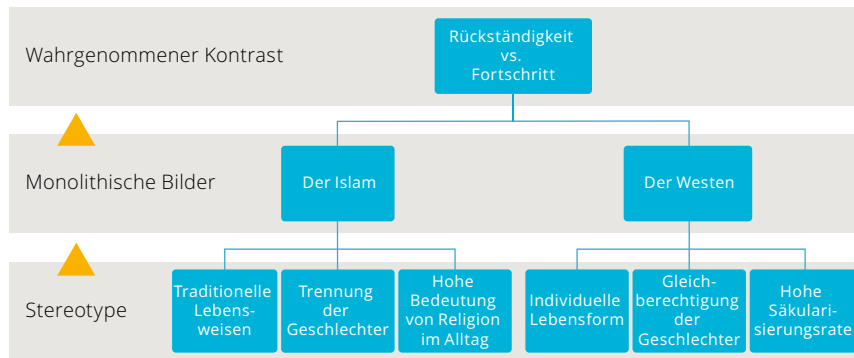
¹⁵ Vergleiche Tyrer, D. (2010). 'Flooding the Embankments': Race, Biopolitics and Sovereignty. In S. Sayyid, & A. Vakili (Hrsg.). *Thinking through Islamophobia* (S. 105f.). London: C. Hurst.

¹¹ Hafez 2002, S. 95.

¹² Hafez, K., & Richter, C. (2008). Das Islambild von ARD und ZDF. Themenstrukturen einer Negativagenda. *Der Fachjournalist*, 8 (3), S. 10–16.

„DER ISLAM“ VERSUS „DER WESTEN“

Regelmäßig stehen sich in Medien „die islamische“ und „die westliche Welt“ gegenüber. Solche Gegenüberstellungen setzen eine Vorstellung von „der islamischen Welt“ als **einheitlichem Block** voraus – selbiges gilt für die Vorstellung der „westlichen Welt“. Anhand solcher vereinfachten Blöcke lassen sich stereotype Vorstellungen, wie zum Beispiel die der Rückständigkeit „der Muslime“, wie folgt darstellen:



Eigene Darstellung

Die erheblichen, ja fundamentalen Unterschiede in Kultur, Geschichte und Lebensführung etwa zwischen einem Dorf in Anatolien, einer Stadt wie Jakarta und einem Bürokomplex in Dubai bleiben dabei außen vor. Gleiches gilt für die Unterschiede in der „westlichen“ Welt, zum Beispiel zwischen London, Lappland und Louisiana. Die Medien konstruieren also eine homogene Vorstellung von „dem Islam“ und stellen diese dem „überlegenen Westen“ gegenüber. Die Vorstellung von „rückständigen“ Muslimen, die als Einwanderer in den „modernen“ Westen kommen, prägt die Inlandsberichterstattung zum Islam.

WENN EIN TEIL FÜR DAS GANZE STEHT

Ein Effekt der Berichterstattung kann mit dem lateinischen Begriff „pars pro toto“ umschrieben werden: Ein Teil steht für das Ganze. Junge Männer, die sogenannte Ehrenmorde begehen, stehen für den muslimischen Mann und das Phänomen Ehrenmord für den Islam insgesamt. Ein gutes Beispiel ist in diesem Zusammenhang die im Spätsommer 2014 in Wuppertal aktiv gewordene „Scharia-Polizei“.

Bei dieser handelte es sich um eine Handvoll salafistischer Muslime, die selbstgemachte Polizeiwesten trugen und mit Schildern und Flugblättern aggressiv für ihr persönliches Model islamischer Lebensführung warben. Aufgrund des massiven Medienechos auf die Aktion konnte man allerdings den Eindruck gewinnen, man habe es mit einer muslimischen Massenbewegung zu tun. Dass Innenminister Thomas de Maizière und sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel sich zur „Scharia-Polizei“ in den Medien äußerten, erweckte den Eindruck, es handle sich hier um ein wichtiges Problem mit dem Islam als Ganzem – statt um ein Medienspektakel einer kleinen Salafisten-Gruppe.

WIE KANN EIN REALISTISCHERES ISLAMBILD VERMITTELT WERDEN?

Es ist nicht zielführend, die vielen Berichte über Terror, Gewalt und Integrationsprobleme durch das gelegentliche Einflechten muslimischer „Erfolgsstorys“ zu relativieren. Denn so wird lediglich das nächste Klischee geschaffen: das des „guten Muslims“.

Würde es gelingen, den Anteil der Muslime unter den Medienschaffenden in Deutschland zu erhöhen, wäre dies von Vorteil: Eine Innenperspektive auf Migrationserfahrung und die islamische Religion fehlt vielen nicht-muslimischen Journalisten. Trotzdem sollte man **nicht den Fehler machen, Muslime pauschal zu Opfern „der Medien“ zu stilisieren**, vor allem weil man dabei die Muslime übersieht, die bereits jetzt aktiv am medialen Islambild mitwirken.¹⁶

Zwar gehört zu einer nachhaltigen Verbesserung des Islambildes an erster Stelle die Erhöhung des journalistischen Wissens zum Thema Islam. Doch das allein reicht nicht aus: Oftmals sind es nicht inkorrekte Informationen, die zu einer problematischen Islamberichterstattung führen, sondern das Berichten anhand von Klischees. Diese sind auf Seite der Journalisten angesichts von **Zeitdruck, Platznot und Publikumserwartungen** kaum zu vermeiden. Und es ist logisch, dass eine alternative Berichterstattung auch dem Publikum, das es gewohnt ist, sich schnell und einfach zu informieren, einiges abverlangt.

Allerdings scheint es durchaus den Wunsch nach einer anderen Islamberichterstattung zu geben: Denn laut einer Umfrage von 2013 sind **70 Prozent der Deutschen der Meinung, das in den Medien vermittelte Islambild falle zu negativ**

¹⁶ Vergleiche Spielhaus 2010, S. 26.

aus.¹⁷ Somit ist der Wunsch nach mehr Vielfalt und Ausgewogenheit in der Islamberichterstattung nicht rein akademischer Natur. Dieser Wunsch ist unter den Zeitungslesern, Fernsehzuschauern und Internetnutzern selbst verbreitet. Dies scheint für einen Wandel in der Islamberichterstattung eine sehr gute Voraussetzung zu sein.

Autor: Dr. Tim Karis

6.2. „PEGIDA IST NICHT VOM HIMMEL GEFALLEN“

Interview mit Medienwissenschaftler Prof. Dr. Kai Hafez und Journalist Daniel Bax

PROF. DR. KAI HAFEZ

ist Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Erfurt. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Themen Auslandsberichterstattung, islamisch-westliche Beziehungen und Islamophobie. Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher Veröffentlichungen zu Islambild, politischem Islam und Medientheorie.

DANIEL BAX

ist Redakteur bei der taz und schreibt über die Themen Migration, Integration, Minderheiten und Politik. Er studierte Publizistik und Islamwissenschaften in Berlin. Bax ist Autor des Buches „Angst ums Abendland. Warum wir uns nicht vor Muslimen, sondern vor Islamfeinden fürchten sollten“, das 2015 im Westend Verlag erschienen ist.

Studien haben ergeben: Der Islam ist in Deutschland besonders dort umstritten, wo wenig Muslime leben. Welche Rolle spielen Medien in diesem Zusammenhang?

DANIEL BAX: Eine große! „Pegida“ ist nicht vom Himmel gefallen, sondern das Ergebnis dessen, wie in Massenmedien über Islam und Integration debattiert worden ist. Das ist nicht nur ein Resultat von Hetzblogs, sondern auch von Talkshows und bestimmten Publizisten. Sie haben die Stichworte geliefert für den Diskurs, der „Pegida“-Anhänger auf die Straße brachte. Es ist nahezu beispielhaft, wenn „Pegida“-Gründer Lutz Bachmann etwas sagt wie: Buschkowsky berichtet

von Zuständen in Neukölln, die wir in Dresden nicht haben wollen. Das Angstbild von sogenannten Parallelgesellschaften und einem Islam, der nicht zu Deutschland gehört, ist durch die Massenmedien geprägt worden. Insbesondere dort, wo es keine Migranten gibt, fehlt es an Gelegenheiten, die eigenen Vorurteile zu überprüfen, besagt die Kontakttheorie.

KAI HAFEZ: Die Massenmedien vermitteln das Bild, das sich unsere Gesellschaft vom Islam und den Muslimen macht. Bei der Berichterstattung über den Islam dominieren seit Jahren Negativthemen, das ist quantitativ erwiesen. Aber es ist Vorsicht geboten: Das negative Islambild haben

¹⁷ Siehe hierzu eine Untersuchung des Forschungsbereichs des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Schneider, J., Fincke, G., & Will, A.-K. (2013). *Muslimen in der Mehrheitsgesellschaft: Medienbild und Alltagserfahrungen in Deutschland*. Verfügbar unter <http://bit.ly/28VLAIM>

schließlich nicht die Medien im Alleingang erfunden. Sie aktualisieren etwas, was sich in Europa seit 1.400 Jahren eingespielt hat.

Das negative Islambild in der Gesellschaft ist wissenschaftlich belegt. Gleichzeitig warnt die Forschung davor, es nur mit der Wirkung der Berichterstattung zu erklären. Überschätzen wir die Bedeutung der Medien in der Islamdebatte?

BAX: Ich glaube nicht. Die Kontakttheorie gilt ja nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in Ungarn oder Bulgarien, wo Politiker Muslime in Medien pauschal mit Gewalt und Kriminalität in Zusammenhang bringen. Auch dort sind Ressentiments gegen Muslime auf dem Land stärker verbreitet als in den Städten, wo viele Muslime wohnen. In Teilen Deutschlands vertrauen Menschen den allgegenwärtigen Medienbildern mehr als vereinzelt Alltags Erfahrungen. Privat kennen sie vielleicht „gute“ Muslime. Die werden dann als Ausnahmen verbucht, das bedrohliche Medienbild halten sie hingegen für repräsentativ. Diese Wahrnehmung wird auch von Sendungen untermauert, in denen vermeintlich sachlich diskutiert wird – Fragestellungen wie „Wie viel Islam verträgt Deutschland?“ geben eine klare Richtung vor.

HAFEZ: Wir unterschätzen die Rolle der Medien eher. Theoretiker wie Jean Baudrillard sprechen diesbezüglich von der „Simulationsfunktion“ der Medien: Wir reproduzieren in den Medien unsere limitierten, kulturellen Sichtweisen immer wieder aufs Neue. Wir haben, um bei Baudrillard zu bleiben, keinen Zugriff auf die Realität „des Islams“ und „der Muslime“. Den meisten von uns fehlt hier jeglicher direkter Kontakt, was zu einem großen Erfahrungsvakuum führt. Deswegen kommen Fortschritte beziehungsweise alternative Lesarten in der Berichterstattung nur langsam voran. Die simulierte Realität der Medien hat „echte“ Auswirkungen im täglichen Leben, nämlich immer dann, wenn Menschen anfangen, sich gegenüber Muslimen so zu verhalten, wie es die simulierte Realität vorgibt: So entsteht Diskriminierung, die sogar mit Gewalt verbunden sein kann. Es gibt natürlich kleinere Medien, die sich schneller entwickeln, aber der Mainstream aktualisiert meist eine konstante Schleife. Aus dem Teufelskreis unserer lieb gewonnenen Stereotype sind wir bis heute nicht wirklich herausgekommen.

Wie ist der Wissensstand deutscher Journalisten zum Thema Islam? Gibt es Veränderungen in den letzten Jahren?

HAFEZ: Noch in den 1980er und 1990er Jahren war der Wissensstand sehr niedrig. Natürlich gab es einige

Spezialisten wie Peter Scholl-Latour – die wussten viel, hatten aber auch ihre eigenen Stereotype. Heute ist der deutsche Journalismus besser aufgestellt. Zumindest bei großen Medien gibt es hochgradig ausgebildete Fachjournalisten. Gleichwohl klagen diese hinter vorgehaltener Hand über eingeschränkte Themenagenden, über bestimmte Konjunkturen, an denen man nicht vorbeikommt, etwa wie Herrn Sarrazin oder die Silvesternacht von Köln.

BAX: Das Interesse für den Islam hat sich leider erst nach 9/11 entfaltet. Davor hat der Islam kaum jemanden interessiert, genau wie das Thema Integration. Bei einem Teil der Journalisten kann man sehen, wie sich eine Kampf-der-Kulturen-Ideologie in Form eines geschlossenen Weltbildes verfestigt hat: Alles ist Scharia, alles ist damit erklärbar. Das behaupten Leute wie Alice Schwarzer oder Bassam Tibi schon seit 30 Jahren. Andere sind später lediglich auf diesen Zug aufgesprungen. Aber es gibt natürlich auch Journalisten, die sich schlau gemacht haben und immer differenzierter berichten. Das Bestätigen von Ressentiments ist aber leider auch ein lukratives Geschäft für Medien. Denn manche Leute wollen sich ihre Ängste und Vorurteile bestätigen lassen.

Wird über den Islam denn sensationistischer berichtet als über andere Themen? Welche Dynamiken greifen hier?

BAX: Nehmen wir die Islamisten. Sie wissen genau, was sie tun. Sie triggern Journalisten, provozieren Ängste, generieren Unsicherheit, das ist ihr Erfolg. Die Medien reagieren auf bestimmte Reize: Wenn das Wort „Islam“ oder „Scharia“ vorkommt – wie bei der sogenannten „Scharia-Polizei“ – dann geht der Film im Kopf los. Ähnlich gehen die „Pegida“-Demonstranten vor, sie stellen sich wichtiger dar, als sie sind, weil sie es eben immer wieder schaffen, negative Aufmerksamkeit zu generieren. Der Negativismus bringt Quote, macht Auflage. Oft wollen Journalisten wahrscheinlich gar nicht unbedingt Stimmung gegen Minderheiten machen, es ist einfach ein zynisches Quotenkalkül.

HAFEZ: Da findet einfach das statt, was man in der Psychologie Stereotypisierung nennt. Die Struktur ist vor der Tatsache da, und dann filtert man die Welt nach Fakten, die in diese Struktur reinpassen. Die Muslime sind autoritär, sie kennen keinen Säkularismus, in der islamischen Welt sind Staat und Religion verschmolzen und so weiter. Diese Mechanismen wirken beim kleinsten thematischen Anlass: Wie etwa bei der „Scharia-Polizei“, einer Eintagsfliege eines Halbverrückten. Themen werden teils so

sehr aufgebauscht, dass dagegen zu argumentieren kaum noch möglich ist. Beim Thema Islam ist jedes Negativthema sofort plausibel. Positive Themen – die es durchaus gibt, etwa im Feuilleton – werden dagegen mit großer Skepsis gelesen.

Vereinfachung liegt in der Natur der Medien. Warum ist das besonders problematisch beim Thema Islam?

HAFEZ: Natürlich muss man auch Islamthemen vereinfachen. Aber die Problematik der Auslandsberichterstattung betrifft nicht nur den Islam, sondern den globalen Journalismus überhaupt. Dennoch sind islamische Länder für die meisten Deutschen eine Distanzwelt, auch für Journalisten. Um diese Welt zu verstehen, muss man sie kennen, sonst landet man wieder bei vereinfachenden Klischees. Leider ist auch das muslimische Leben in Deutschland für die meisten Nicht-Muslime eine entfernte Realität geblieben, die sie allenfalls flüchtig im Stadtbild beobachten. Die meisten Menschen haben keine intensiven Kontakte zu Muslimen. Was geografisch so nah erscheint – der Islam in Deutschland – ist soziologisch gesprochen vielfach eine entfernte Realität geblieben. Kultur- und Gruppengrenzen, obwohl unsichtbar, wirken vielfach als Barriere.

BAX: Das Problem liegt nicht in der Vereinfachung. Das machen Journalisten dauernd, das ist unser Beruf. Problematisch ist, dass bestimmte Reflexe bedient werden: Alles, was Muslime machen, muss mit dem Islam zu tun haben. Zum Beispiel: Was in der Silvesternacht in Köln passiert ist, finde ich furchtbar. Aber es erschließt sich mir überhaupt nicht, was grapschende Kleinkriminelle mit der Religion Islam zu tun haben sollen.

Was läuft in der Berichterstattung zum Thema Islam denn gut?

BAX: Wir haben ein gutes Mediensystem, differenzierte Berichterstattung – vieles ist besser geworden. Manche Leser sind der Panikmache müde und haben langsam das Gefühl, es geht nicht mit rechten Dingen zu, wenn Journalisten immer den großen Gong schlagen. Wir haben das auch bei der Silvester-Berichterstattung gesehen: Viele Redaktionen haben einen Faktencheck gemacht, bevor die Panikmacher das Ruder übernahmen. Das ist leider nur zum Teil gelungen. Doch das Bemühen um eine sachliche, angemessene Berichterstattung ist da.

HAFEZ: Ein kleinerer Teil der Berichterstattung funktioniert ganz gut. Und auch bei negativen Themen ist es natürlich so, dass nicht alles, was sich mit negativen Themen beschäftigt, auch automatisch schlechter Journalismus ist. Es gibt natürlich sehr

gute Terrorismusberichterstattung in Deutschland, zum Teil von sehr kompetenten Leuten, die sich zum Beispiel auch vor Ort erkundigen. Dennoch ist die Themenagenda insgesamt viel zu sehr von Negativthemen geprägt, die die Realität muslimischen Lebens nun wirklich nicht abdecken.

Was ist problematischer: Die Art der Berichterstattung oder die Themenauswahl?

HAFEZ: Wenn 70 Prozent der Islamberichterstattung islamisch konnotierte Gewalt thematisieren, haben wir ein Riesenproblem. Das ist struktureller Rassismus. Viele Journalisten sagen darauf: Ich bediene hier doch keine Klischees, ich berichte über einen realen Tatbestand. Aber in der Masse bildet solche Berichterstattung eben nur ein sehr enges Realitätsspektrum ab. Der strukturelle Rassismus wird nicht länger von verbalen Stereotypen getragen. „Alle Muslime sind gewalttätig“ sagt ja kein ernstzunehmender Journalist mehr. Zur strukturellen Problematik kommen visuelle Stereotype hinzu, die mehr und mehr die verbalen Stereotype der Vergangenheit ersetzen. Wir müssen nicht mehr sagen: Der Muslim ist so oder so. Es reicht, wenn wir einen Artikel über islamischen Terrorismus mit einer jungen Dame mit Kopftuch oder einem Bild der Kaaba in Mekka illustrieren – schon legen wir eine Generalisierung nahe.

BAX: Beides wiegt schwer. Wir reden über die falschen Sachen, wir bauen Bagatellen zu Staatsaffären auf. Wenn Erdogan gegen einen Satiriker klagt, dann kann das der Rechtsstaat lösen. Es muss nicht die ganze Republik Kopf stehen, und das ist auch kein Zensurimport, wie bestimmte Politiker behauptet haben.

Was kann getan werden, um die Qualität der medialen Debatte zu verbessern?

HAFEZ: Journalisten müssen Selbstreflexion und Kritikfähigkeit lernen – im Redaktionsalltag ist beides meiner Meinung nach kaum vorhanden. Die Grundbegrifflichkeiten der Medienethik sind vielen Kollegen gar nicht vertraut. Selbstkritik der Medien muss auch jenseits von Fachmagazinen möglich sein, man muss vor allem über die so wichtige Themenselektion und den strukturellen Rassismus sprechen, den wir eben beschrieben haben. Und auch über diesen unterschweligen journalistischen Kulturdruck, den viele nicht wahrhaben wollen. Journalisten sagen: „Ich kann doch schreiben, was ich will!“ Die vielen verinnerlichten Erwartungshaltungen ihrer Redaktionen und der Gesellschaft nehmen sie in der alltäglichen Arbeit oft gar nicht mehr wahr.

BAX: Es wäre gut, möglichst viele Fachredakteure in interkultureller Kompetenz zu schulen, statt die Themen

immer auf Kollegen mit Migrationshintergrund abzuschieben. Sie sind durch ihre Erfahrung ja nicht automatisch Experten. Was noch weitgehend fehlt, ist das Verständnis, dass diese antimuslimischen Ressentiments eine Gefahr nicht nur für Muslime, sondern für die gesamte Gesellschaft darstellen.

*Das Interview mit Prof. Dr. Kai Hafez und Daniel Bax
führte Dr. Timo Tonassi*

7. SICHER- HEIT

7.1. ISLAMFEINDLICHKEIT UND ISLAMKRITIK

„Islamfeindlichkeit“ (präziser „Muslimenfeindlichkeit“, veraltet „Islamophobie“) bezeichnet die Wahrnehmung und Darstellung von „Muslimen“ als eine **vermeintlich homogene Personengruppe, die ausschließlich Negativmerkmale aufweist**. In der generellen Negativstereotypisierung von Menschen und der damit beabsichtigten Ausgrenzung bestehen strukturelle Ähnlichkeiten zur Feindschaft gegen Juden (Antisemitismus). „Islamkritik“ verzichtet hingegen auf die pauschale Abwertung von Muslimen, kritisiert allerdings einige von religiösen Konservativen verteidigte Auffassungen wie etwa die Nichtgleichstellung der Frau im islamischen Recht.

Islamfeindliche Einstellungen haben seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in vielen europäischen Ländern zugenommen. Abstimmungen über Minarett- und Verhüllungsverbote oder das **Erstarken offen islamfeindlicher Rechtspopulisten** zeigen die gegenseitige Beeinflussung und Verstärkung nationaler Debatten. Umfragen in Deutschland belegen unabhängig vom sozialen Stand und Bildungsgrad in allen Bevölkerungsschichten elitenrassistisch, kulturalistisch oder rechtsextremistisch motivierte Islamfeindlichkeit.

Islamgegner beziehungsweise -feinde bezeichnen sich häufig **verharmlosend als „Islamkritiker“** und rechtfertigen selbst menschenfeindliche Thesen mit ihrem „Aufklärungswillen“ und der Meinungsfreiheit. Dies gilt gleichermaßen für Bürgerbewegungen (etwa Pax-Europa e. V. oder pro NRW), Publizisten (zum Beispiel Udo Ulfkotte) und Webseiten (wie Politically Incorrect). Zu den Vorurteilsdiskursen tragen auch Teile der Medien bei, wenn „der Islam“ und „die Muslime“ vor allem **als Bedrohung inszeniert** werden.

Das Hauptmerkmal von „Islamfeindlichkeit“ besteht in der Gleichsetzung der 1.400 Jahre alten Religion Islam mit jenen Teilen der neuzeitlichen politischen Ideologie des Islamismus (vor allem des Dschihadismus), die Demokratie ablehnen und Gewalt propagieren. Zu den am meisten verbreiteten islamfeindlichen Thesen gehören:

- Die Behauptung, der Islam sei keine Religion, sondern eine totalitäre Ideologie („Islamofaschismus“), deren Anhänger freiheitliche Gesellschaftssysteme ablehnten.
- Die Behauptung, der Islam vertrete im Vergleich zum Juden- oder Christentum einen weitaus stärkeren Absolutheitsanspruch, der sich im Streben nach Weltherrschaft manifestiere.
- Die Behauptung, Muslime seien aufgrund ihrer Bindung an religiöse Vorschriften weder zur Demokratie fähig noch gesellschaftlich integrierbar.
- Die Behauptung, Gewalt sei ein integraler Bestandteil des Islam und eine Glaubenspflicht, weshalb von allen Muslimen terroristische Anschläge drohten.
- Die Behauptung, Muslime unterwanderten westliche Gesellschaften und versuchten, diese zu beherrschen und zu islamisieren.
- Die Behauptung, Muslime besäßen eine religiöse Erlaubnis zur Lüge („taqiya“), um ihre verschwörerischen Absichten gegenüber Nichtmuslimen zu tarnen.

Eine „Islamkritik“, die auf derartige Zerrbilder „des Islam“ und „der Muslime“ verzichtet, hebt sich von „Islamfeindlichkeit“ ab. Kritik am Islam (zum Beispiel an der Nichtgleichstellung der Frau im islamischen Ehe-, Erb- und Zeugenrecht) oder an bestimmten Verhaltensweisen muslimisch geprägter Menschen ist legitim und durch die Meinungsfreiheit gedeckt. Deshalb kann **nicht jegliche Kritik am Islam oder an Muslimen pauschal als Ausdruck von „Islamfeindlichkeit“ gelten.**

Autor: Dr. Olaf Farschid

7.2. ISLAMFEINDLICHKEIT IN DEUTSCHLAND

In Deutschland **hat Islamfeindlichkeit in den letzten Jahren zugenommen.** Seit Oktober 2014 fanden in Dresden Woche für Woche „Montagsdemonstrationen“ unter dem Namen „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) statt. Teilnehmer der Kundgebungen trugen Protestschilder mit Aufschriften wie „Der ISLAM ist die Pest des 21. Jahrhunderts“. Auch die „Alternative

für Deutschland“ (AfD) lehnt den Islam ab. Für die Partei ist der Islam eine politische Ideologie, die mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Offen artikuliert Islamfeindlichkeit ist auf Internetseiten wie „Politically Incorrect“ und „Michael Mannheimer Blog“ ebenfalls zu beobachten.

Auch Studien dokumentieren einen Anstieg antiislamischer Vorurteile in der Bevölkerung. Die „Mitte“-Studie 2016 der Universität Leipzig zum Beispiel zeigt, dass immer mehr Menschen in Deutschland der Meinung sind, Muslimen müsse die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden. Stimmt diese Aussage 2011 noch 22,6 Prozent der Befragten „eher“ beziehungsweise „voll und ganz“ zu, waren es 2014 bereits 36,6 Prozent. Bei der letzten Befragung im Jahr 2016 stimmten 41,4 Prozent zu.² Laut einer Studie der „Bertelsmann Stiftung“ waren 2012 etwa 53 Prozent der Befragten der Meinung, der Islam sei bedrohlich. 2014 waren es 57 Prozent.³ Die Studien belegen: Islamfeindlichkeit ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Waren es früher vor allem „die Türken“, die von rassistischen Haltungen betroffen waren, sind es heute „die Muslime“. Da Islamfeindlichkeit in der Mitte der deutschen Gesellschaft verankert ist, erfährt sie oft nicht die gleiche Ächtung wie andere Formen des Rassismus. Dadurch scheinen sich bestimmte Gruppen oder Personen aus dem rechtsextremistischen oder rechtspopulistischen Spektrum moralisch legitimiert zu sehen, „westliche Werte“ mit Gewalt zu verteidigen.

WELCHE GRÜNDE GIBT ES FÜR DIE STARKE VERBREITUNG ISLAMFEINDLICHER EINSTELLUNGEN?

Das Gefühl von Bedrohung und politischer Machtlosigkeit begünstigt islam- und fremdenfeindliche Orientierungen. Auch autoritäre Strukturen und Denkmuster fördern die Ablehnung von „Fremden“. Zahlreiche Studien belegen zudem den Zusammenhang zwischen geringer Bildung und der Zustimmung zu islamfeindlichen Aussagen, wobei hier Vorsicht geboten ist, da die Verbreitung des islamfeindlichen Gedankengutes auch durch gut gebildete und vernetzte Akteure stattfindet.⁴

² Decker, O., Kiess, J., & Brähler, E. (Hrsg.). (2016). *Die enthemmte Mitte: Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland – Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 50.

³ Bertelsmann-Stiftung. (2015). *Religionsmonitor: Verstehen was verbindet. Sonderauswertung Islam 2015. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick*, S. 8.

⁴ Leibold, J., & Kühnel, S. (2003). *Islamphobie. Sensible Aufmerksamkeit für spannungsreiche Anzeichen*. In W. Heitmeyer (Hrsg.). *Deutsche Zustände. Folge 2*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 111; Küpper, B., Zick, A., & Hövermann, A. (2013). *Islamfeindlichkeit in Deutschland und Europa. Dokumentation Veranstaltungsreihe „Islamfeindlichkeit“*, S. 5.

¹ Mitteldeutscher Rundfunk. (15.06.2016). *Jeder Zweite fühlt sich vom Islam bedroht: Studie „Die enthemmte Mitte“*. Verfügbar unter <http://bit.ly/2aaqbCHs>

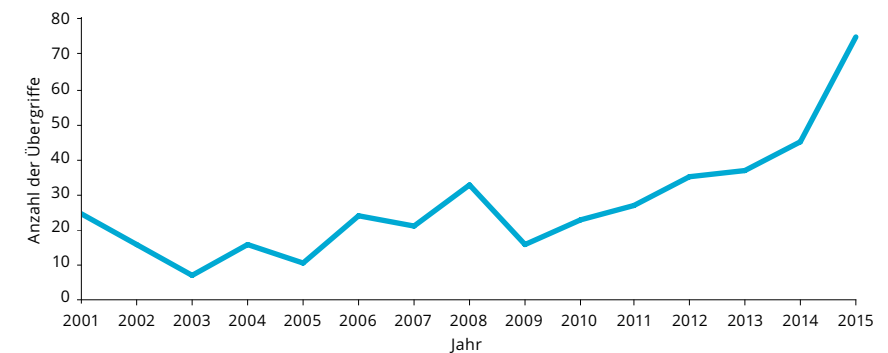
Ursachen für das Erstarken der modernen Islamfeindlichkeit können zudem in den 1990er Jahren gesucht werden. Nach dem Ende des „Kalten Krieges“ kam dem Islam anstelle des Kommunismus eine zentrale Feindbildfunktion zu, die offenbar zum Zwecke der Selbstdefinition existenziell notwendig war und es noch heute ist. Nicht zu vernachlässigen ist auch die deutsche Wiedervereinigung, die mit der Suche nach einer neuen deutschen Identität einherging. In Teilen der Bevölkerung gab es ein Erstarken nationalistischer Einstellungen.

Die moderne Form der Islamfeindlichkeit will Muslime beziehungsweise vermeintliche Muslime, die in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind, zurück an den gesellschaftlichen Rand drängen. Ehemalige Gastarbeiter haben ihren Lebensmittelpunkt auf Dauer in die Bundesrepublik verlegt – als mündige Bürger dieses Landes beanspruchen sie Rechte und Rollen, die für sie nicht vorgesehen waren. Die Nachkommen der ursprünglich zugewanderten „Gast“-Arbeiter konkurrieren nun nicht mehr nur mit Hilfsarbeitern, sondern mit Angestellten und Beamten. Der **Kampf um die Ressourcen und um die Platzierung in der Gesellschaft** findet mit der zunehmenden Integration nicht mehr nur an den Rändern, sondern auch in der Mitte statt.

ANSCHLÄGE AUF MOSCHEEN

Die erstarkende Islamfeindlichkeit in Deutschland lässt sich nicht nur anhand von Umfragewerten dokumentieren. Sie spiegelt sich auch ganz konkret in zahlreichen Angriffen auf Moscheen wider. Diese reichen von Schändungen mit Schlachtabfällen oder Fäkalien bis hin zu Brandanschlägen.⁵ Zwischen 2001 und 2011 wurden insgesamt 219 Angriffe auf Moscheen/Religionsstätten aktenkundig.⁶ Von 2012 bis 2015 sind die Übergriffe auf Moscheen/Religionsstätten kontinuierlich gestiegen: 35 Übergriffe sind für das Jahr 2012 dokumentiert, 37 Fälle für das Jahr 2013, 45 für 2014 und 75 für 2015.⁷

ÜBERGRIFFE AUF MOSCHEEN UND RELIGIONSSTÄTTEN SEIT 2001



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung auf Grundlage von Bundestagsdrucksachen (siehe Fußnote 8).

Es stellen sich zwei Fragen: Weshalb ist die Zahl der Übergriffe **innerhalb von drei Jahren um rund 100 Prozent gestiegen**? Und warum gab es besonders in den letzten Quartalen 2014 und 2015 so viele Straftaten?

Aus der Rechtsextremismusforschung⁹ ist bekannt, dass zunehmende rassistische Diskurse für die Täter eine **gewaltlegitimierende Funktion** haben können.¹⁰ Das könnte auch den Anstieg der Straftaten gegen Moscheen erklären. Denn gerade in den letzten Quartalen 2014 und 2015 gab es eine Verschärfung von Islam-Diskursen. Pegida mobilisierte seit dem ersten Protestzug vom Oktober 2014 immer mehr Teilnehmer für die Montagsdemonstrationen. Auch „Hooligans gegen Salafisten“-Demonstrationen (HoGeSa) erregten im Oktober 2014 in Köln und im November in Hannover 2014¹¹ öffentliche Aufmerksamkeit. Beide Kundgebungen hatten einen deutlich islamfeindlichen Hintergrund.¹²

Verfügbar unter <http://bit.ly/2bAcRDK>; Çakır, N. (2014). *Islamfeindlichkeit: Anatomie eines Feindbildes in Deutschland*. Bielefeld: transcript Verlag.

5 Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (04.06.2014), Drucksache 18/1627.

6 Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (07.05.2012), Drucksache 17/9523.

7 Ein Bericht der DITIB-Antirassismus- und Antidiskriminierungsstelle zu Moscheeübergriffen in den Jahren 2014 und 2015 kommt zu höheren Zahlen als die Bundesregierung. DITIB zählte 73 Übergriffe im Jahr 2014 und 99 Übergriffe im Jahr darauf.

8 Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (07.05.2012) Drucksache 17/9523; (04.06.2014) Drucksache 18/1627; (10.03.2015) Drucksache 18/4269; (30.04.2015) Drucksache 18/4776; (31.07.2015) Drucksache 18/5685; (23.11.2015) Drucksache 18/6762; (11.02.2016) Drucksache 18/7498; (29.04.2016) Drucksache 18/8290;

9 Heitmeyer, W., & Sitzer, P. (2007). *Rechtsextremistische Gewalt von Jugendlichen*. Aus Politik und Zeitgeschehen (Apuz), 37/2007, 3–10, S. 8.

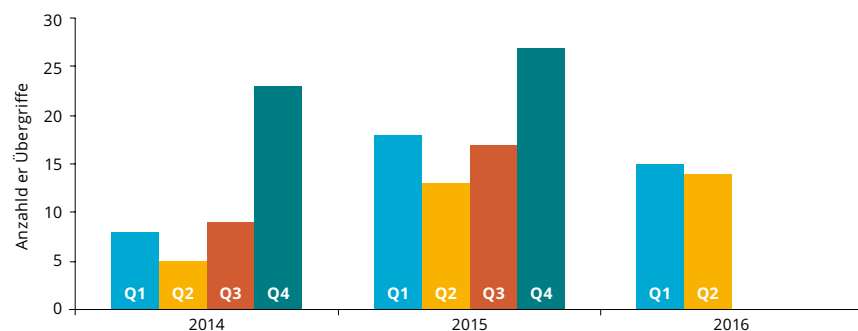
10 Im Jahre 2014 gab es nicht nur einen Anstieg der Übergriffe auf Moscheen/Religionsstätten, sondern auch auf Flüchtlingsunterkünfte. Das hängt mit den gestiegenen Flüchtlingszahlen zusammen, aber auch mit den Kundgebungen und der Mobilisierung der Pegida-Bewegung im letzten Quartal 2014. Vgl. *Spiegel Online*, (10.02.2015). Rechtsextremismus: Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsheime hat sich verdreifacht. Verfügbar unter <http://bit.ly/1E9Ljfy>

11 *Spiegel Online*, (18.11.2014). Hogesa in Hannover: Polizei ermittelt nach Prügel-Attacke wegen versuchter Tötung. Verfügbar unter <http://bit.ly/2bFXE8j>

12 Çakır 2014, S. 150.

Die Terroranschlagsserie des sogenannten Islamischen Staates (IS) im November 2015 könnte die feindseligen Haltungen gegenüber Muslimen und ihren Gebetsstätten ebenfalls begünstigt haben.

ÜBERGRIFFE AUF MOSCHEEN UND RELIGIONSSTÄTTEN IN QUARTALEN 2014 – 2016



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung auf Grundlage von Bundestagsdrucksachen (siehe Fußnote 13).

Hier bedarf es jedoch genauerer wissenschaftlicher Analysen, um belastbare Aussagen treffen zu können. Ohnehin wurden **islamfeindlich motivierte Straftaten bislang in der Kriminalstatistik nicht separat erfasst**, sodass viele Vorfälle im Dunkeln bleiben beziehungsweise unpräzise dokumentiert werden. Allerdings wurde 2016 beschlossen, ab 2017 die Kategorie „Hasskriminalität“ um den Unterpunkt „Islamfeindlichkeit“ zu erweitern. Dies ist ein überfälliger Schritt.

Zusammenfassend kann man davon ausgehen, dass es eine Kausalität zwischen Gewaltübergriffen auf Moscheen und gesellschaftlichen Ereignissen und Debatten gibt. Dies zeigt die zeitliche Nähe zwischen den Übergriffen auf Moscheen und den islamfeindlichen Agitationen der Pegida und der HoGeSa. Darüber hinaus dürften Terroranschläge in europäischen Ländern zu einem weiteren Anstieg islamfeindlicher Haltungen und Handlungen auch in Deutschland führen.

Autorin: Dr. Naime Çakır

13 Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (10.03.2015) Drucksache 18/4269; (30.04.2015) Drucksache 18/4776; (31.07.2015) Drucksache 18/5685; (23.11.2015) Drucksache 18/6762; (11.02.2016) Drucksache 18/7498; (29.04.2016) Drucksache 18/8290; (28.07.2016), Drucksache 18/9185.

7.3. ISLAM UND TERRORISMUS

Terrorakte wie die von Paris und Brüssel beweisen, dass in Europa Gefahr von militanten Islamisten ausgeht. **Aber islamistische Gewalt ist ein globales Phänomen** – dessen Opfer in der Mehrheit Muslime sind.¹⁴ Das zeigen nicht zuletzt die nahezu täglichen Attentate im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika.

ISLAMISTISCH-EXTREMISTISCHES DENKEN

Islamistische Gewalt hat historische und politische Wurzeln, die bis ins 18. Jahrhundert zurückreichen. Sie entstand in der Auseinandersetzung mit den Ideologien und Totalitarismen der europäischen Moderne, aber auch im Zuge von gewaltsamem Kolonialismus und innerislamischen Konflikten. Eine wesentliche Wurzel des heutigen islamistischen Extremismus liegt in der wahhabitischen Bewegung auf der arabischen Halbinsel.¹⁵ Diese legitimierte in ihren Ursprüngen unter anderem das Töten von Ungläubigen – also von solchen Muslimen, die von der wahhabitischen Lehre stark abwichen. Gemeinsam mit dem Stamm der Banu Saud führten die Wahhabiten in den 1740er Jahren einen „heiligen Krieg“ – Dschihad – gegen Stämme, die sie als Ungläubige ansahen.

↳ DSCHIHAD

Das Wort Dschihad bedeutet weitaus mehr als „heiliger Krieg“: Dschihad heißt ganz allgemein „sich anstrengen, so gut man kann“. Das verwandte Wort *ǧuhd* bedeutet „Eifer, Mühe“. In der arabischen Wendung „ǧihād fī sabīlī `Llāh“ – wörtlich: Anstrengung/ Kampf auf dem Wege Gottes – tritt die zweite Bedeutung hinzu: „Kampf gegen die Ungläubigen“ für die Sache Gottes.

GEWALTANWENDUNG UND TERRORISTISCHES HANDELN

Diktatorische Regierungen versuchten in den 1960er und 1970er Jahren Länder wie Ägypten, Algerien, den Irak und Syrien mit Zwang zu modernisieren. Mit nationalistischer und säkularer Politik sollten Gesellschaften und Staaten ökonomisch weiterentwickelt werden – in der Geschichtsschreibung werden diese Bestrebungen als arabischer Sozialismus bezeichnet. Die Diskriminierung mancher Religionsgruppen, das Scheitern vieler Modernisierungsversuche und insbesondere

14 Alexander, R., & Moore, H. (20.01.2015). *Are most victims of terrorism Muslim?* BBC News. Verfügbar unter <http://bbc.in/1AGm6gg>; Global Terrorism Database (GTD). Verfügbar unter: <http://bit.ly/1t42SPs>; GTD. (2016). *Codebook: Inclusion Criteria and Variables*. College Park MD: University of Maryland. Verfügbar unter <http://bit.ly/29QjaST>

15 Peskes, E. (Hrsg.). (2016). *Wahhabism: Doctrine and Development*. Berlin, London: Gerlach Press; Steinberg, G. (2004). *Saudi-Arabien: Politik, Geschichte, Religion*. München: C.H. Beck Verlag.

die Niederlage Ägyptens, Jordaniens und Syriens im Sechstagekrieg gegen Israel (1967) beförderten in der arabischen Welt eine Rückbesinnung auf den Islam.

Innerhalb dieses Kontextes entwickelten ägyptische und andere Islamisten die Idee, der Dschihad sei die verlorengegangene „Sechste Säule“ des Islams. Hierbei handelte es sich einerseits um eine Gegenreaktion auf säkulare Ideen und Politik. Andererseits richtete sich diese Auffassung aber auch gegen den Teil der Gesellschaft, der sich von religiösen Werten distanziert hatte: Nach Ansicht des „Muslimbruders“ Sayyid Qutb, der von der ägyptischen Regierung verfolgt und getötet wurde, galt jeder Mensch als ungläubig (arabisch *dschahiliyya*), der nicht alle Gebote des Islams lückenlos einhielt.¹⁶ Dazu zählte Qutb auch den Dschihad. Der Kampf gegen solche Menschen war seiner Meinung nach religiös begründbar. Auf diesen Grundannahmen entstand ein immer radikalerer Islamismus, der bald weit mehr suchte als die bewaffnete Konfrontation mit dem Staat und seinen Repräsentanten. Er äußerte sich zunehmend auch in terroristischen Akten gegen Zivilisten, Anfang des 21. Jahrhunderts dann auch weltweit.

DAS BEISPIEL „ISLAMISCHER STAAT“ (IS)

„ISLAMISCHER STAAT“

Anhänger des „IS“ verstehen sich als die einzig „wahren Muslime“, die gegen das vom Anti-Christen angeführte „Rom“ kämpfen. Die Entscheidungsschlacht soll laut einer prophetischen Überlieferung bei Dabiq in der Nähe von Aleppo stattfinden. Daher nimmt der „IS“ beim Kampf um diesen Ort hohe Verluste in Kauf. Auch das englischsprachige Magazin des „IS“ heißt Dabiq.

Zu den bekannten militant-islamistischen Gruppierungen zählen das Terrornetzwerk Al-Qaida, die Taliban und die vor allem in Nigeria aktive Boko Haram. Doch die geschichtlich und gegenwärtig **bedeutendste terroristische Organisation ist der sogenannte „IS“** (auch Daesh genannt). Der „IS“ ist ein dschihadistischer Quasi-Staat, der sich über große Gebiete Syriens und des Iraks sowie Teile Libyens erstreckt. Die sunnitische Terrormiliz ist seit 2003 aktiv. Ab 2004 nannte sie sich „Al-Qaida im Irak“. Seit 2007 trägt die Organisation verschiedene Varianten des Namens „IS“. 2013 trennte sich der „IS“ von Al-Qaida, unter anderem weil dessen Führer Aiman al-Zawahiri die extrem anti-schiitische Einstellung und die exzessive Gewalt des „IS“ ablehnte. Der „IS“ rief am 29. Juni 2014 in Mosul ein „Kalifat“ aus – mit Abu Bakr al-Baghdadi als Kalif Ibrahim. Damit beansprucht der „IS“ die globale Autorität über alle Muslime. Wer das nicht akzeptiert, wird als Ungläubiger angesehen und zum Töten freigegeben.

¹⁶ Zu den religiösen Geboten zählen neben den Fünf Säulen auch das Bekennen zu den sechs Glaubensartikeln sowie das Beachten (und Durchsetzen) bestimmter Verbote (zum Beispiel des Alkohol- oder des Glücksspielverbots).

Der „IS“ versucht außerhalb seiner Territorien durch Terrorakte und extreme Gewalt Chaos zu stiften. Im Gegensatz zu anderen Terrororganisationen ist er dabei nicht mehr ausschließlich auf das Rekrutieren und Ausbilden von potenziellen Attentätern angewiesen. **Trittbrettfahrer bekennen sich mitunter zum „IS“, ohne mit ihm in direkter Verbindung zu stehen.** Aktuelle Beispiele dafür sind das Massaker von Orlando im US-Bundesstaat Florida vom 12. Juni 2016 oder die Ermordung eines Polizistenehepaars in Paris am 13. Juni 2016. Zudem haben sich inzwischen diverse islamistische Terrorgruppen, darunter die Boko Haram in Nigeria, dem „IS“ angeschlossen. Die Terrororganisation muss somit einerseits als ein Ideennetzwerk verstanden werden, das kaum mehr an geographische Grenzen gebunden ist. Andererseits hat der „IS“ den Anspruch, einen idealen islamischen Staat zu gründen, er muss also auch Bilder eines normalen Alltags auf seinem Territorium produzieren. Dies geschieht unter anderem durch eine intensive Medienarbeit.

RADIKALISIERUNG

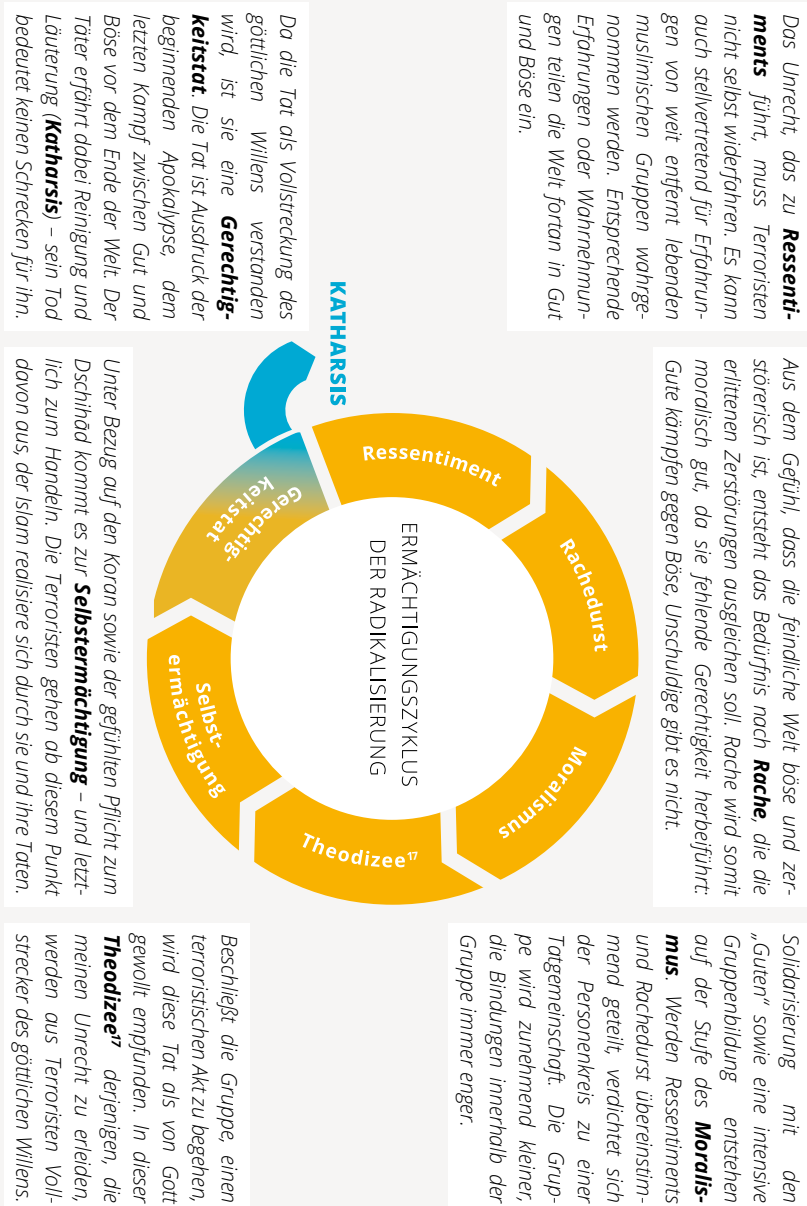
Islamistisch motivierte Terroranschläge sind die Folge von Radikalisierungsprozessen. Während nicht-religiöser Terrorismus mit Gewalt politische Veränderungen erreichen will, geht es religiös begründetem Terrorismus darum, im Krieg zwischen „Gut und Böse“ beziehungsweise „Gläubigen und Ungläubigen“ Zeichen zu setzen. Der von Reinhard Schulze vorgeschlagene „Ermächtigungszyklus“ (siehe Grafik) zeigt die Stadien der Radikalisierung eines Gläubigen bis hin zur terroristischen Tat. Am Anfang des Zyklus steht eine tiefgehende Überzeugung: Man glaubt, die eigene Religion sei die einzig wahre. So wird man zum „Rechtschaffenden“, der mit einer terroristischen Tat den „wahren“ Islam realisiert.

AUSLEGUNG ISLAMISCHER QUELLEN

Durch Internet, Smartphones und die zunehmende Alphabetisierung sind Koran, Sunna sowie verschiedene mittelalterliche islamische Traktate für nahezu alle unmittelbar zugänglich geworden. Das schwächt das Auslegungsmonopol der traditionellen religiösen Gelehrten, denn nun lesen Laien vermehrt selbst und bilden sich eigene Meinungen – oft ohne Verständnis der historischen Entstehungskontexte.

ERMÄCHTIGUNGSZYKLUS DER RADIKALISIERUNG

Quelle: Schulze, R. (2007). Islamistischer Terrorismus und die Hermeneutik der Tat. In Wohrab-Sahr, M. & Tecan, L. (Hrsg.), Konfliktfeld Islam in Europa. Baden-Baden: Nomos, S.88. Mit eigenen Bemerkungen in Kästen.



Es muss erwähnt werden, dass moderne Formen der Radikalisierung keinen direkten Kontakt zu terroristischen Gruppierungen voraussetzen. Radikalisierung kann auch – oft sogar sehr schnell – über das Internet und soziale Medien erfolgen.

ISLAMISTISCHER TERRORISMUS IN DEUTSCHLAND¹⁷

Der bislang einzige islamistische Terroranschlag mit Todesopfern in Deutschland ereignete sich am 2. März 2011, als am Frankfurter Flughafen ein Einzeltäter zwei US-amerikanische Soldaten erschoss. Nach Angaben der Bundesregierung konnten darüber hinaus neun islamistisch motivierte Anschläge durch Sicherheitsbehörden vereitelt werden – zwei weitere scheiterten. Angesichts dieses Tatbestands und immer neuen Anschlägen – etwa in Hannover, Würzburg oder Ansbach – muss man davon ausgehen, dass **Deutschland ein Ziel islamistischer Terroristen ist**. Der Verfassungsschutz ging 2015 von rund 1.100 gewaltbereiten Islamisten in Deutschland aus.¹⁸ Von dieser Gruppe werden wiederum 442 als sogenannte „Gefährder“ eingestuft, worunter laut Bundesregierung Personen fallen, die „politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung“ begehen könnten.¹⁹

DAS PHÄNOMEN DER RÜCKKEHRER

Tausende junge Europäer – Männer wie Frauen – sind in den letzten Jahren nach Syrien und in den Irak ausgewandert, um sich radikalen islamistischen Gruppen wie dem „IS“ anzuschließen. Unter ihnen sind Schätzungen zufolge **840 Personen aus Deutschland**.²⁰ Die Motive variieren: Sie reichen von der Sehnsucht nach einem Leben in einem idealisierten islamischen Gemeinwesen bis zur reinen Lust an hemmungsloser Gewalt. Etwa ein Drittel ist nach Angaben der deutschen Innenministerkonferenz nach Deutschland zurückgekehrt. Manche sind traumatisiert und desillusioniert und benötigen psychologische Hilfe.²¹ Doch den Hauptfokus

¹⁷ Theodizee heißt Rechtfertigung Gottes hinsichtlich des von ihm in der Welt zugelassenen Übels und Bösen. Hier: Rechtfertigung des eigenen Tuns als Handeln aus dem göttlichen Willen und als Vollzug des göttlichen Willens.

¹⁸ Tagesspiegel. (11.12.2015). 1100 gewaltbereite Islamisten in Deutschland. Verfügbar unter <http://bit.ly/2aixBDH>

¹⁹ Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland. (22.12.2015). Antwort auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Christine Buchholz, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. BTag-Drucksache 18/7151. Verfügbar unter <http://bit.ly/2ag9TYL>

²⁰ Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, anlässlich der Vorstellung der Verfassungsschutzinformationen für das 1. Halbjahr 2016. Verfügbar unter <http://bit.ly/2baz7pF>

²¹ Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz, Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus. (2015). Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer

legen die Sicherheitsbehörden vor allem auf polizeiliche Maßnahmen: Denn manche Rückkehrer sind radikalisiert und werden aufgrund ihrer möglichen Kampferfahrung, Waffen- und Sprengstoffkenntnisse als besonders gefährlich für die innere Sicherheit eingestuft.

Autor: Dr. Jörn Thielmann

7.4. DERADIKALISIERUNG UND PRÄVENTION

In den letzten zehn Jahren wurden **vor allem polizeiliche und geheimdienstliche Interventionsmaßnahmen** finanziell, strukturell und personell gefördert. So wurde das gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (*GTAZ*)²² in Berlin geschaffen, um die Informationen deutscher Sicherheitsbehörden zu potenziellen islamistischen Straftätern zu bündeln. Dadurch soll die Planung von Anschlägen und Gewalttaten früher erkannt und schneller verhindert werden.

Bundesweit fehlt es aber nach wie vor an einheitlichen und langfristig finanzierten Strategien zur Auseinandersetzung mit islamistischen Extremisten. Es mangelt besonders an Angeboten für bestimmte Zielgruppen, wie zum Beispiel Eingliederungs- und Deradikalisierungsmaßnahmen von Straftätern islamischen Glaubens. Allgemeine Präventionsmaßnahmen wie Vorträge oder Publikationen erreichen bestenfalls eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema. Will man aber langfristige Verhaltensänderungen von Betroffenen beeinflussen, braucht es Ansätze, die die soziale Umwelt der Radikalisierungsgefährdeten (oder der bereits Radikalisierten) berücksichtigen – und auf langfristige Arbeit eingestellt sind.

Im Rahmen des Bundesprogramms „*Demokratie leben!*“²³ dessen Etat im Jahr 2016 auf 50,5 Millionen Euro erhöht wurden ist, werden auch **präventive Maßnahmen gegen gewaltorientierten Islamismus, Salafismus und Antisemitismus**

gefördert.²⁴ Einige Bundesländer haben zusätzliche Mittel bereitgestellt: So investiert 2016 unter anderem das Land Hessen weitere 400.000 Euro in sein landesweites Präventionsnetzwerk gegen Salafismus²⁵ und Schleswig-Holstein stellt 210.000 Euro für sein Landesprogramm gegen religiös begründeten Extremismus bereit. Trotzdem bleibt die Prävention von islamistischem Extremismus in Deutschland ein junges Arbeitsfeld, denn eine staatliche Förderstruktur für entsprechende Projekte gibt es erst seit wenigen Jahren. Gerade in der so wichtigen zielgruppenspezifischen Arbeit gibt es bislang vorwiegend Modellprojekte²⁶ wie die Elternarbeit von *Heroes* oder das Projekt „Frauen stärken Demokratie – gegen Islamismus“ von der Frauenbegegnungsstätte *UTAMARA e. V.*, in denen pädagogische Konzepte erprobt und evaluiert werden.

Zu den inzwischen staatlich geförderten Projekten zählt der Verein *Ufuq*: Er engagiert sich seit 2007 im Arbeitsfeld Demokratiepädagogik und hat sich auf die Themenfelder Islam, Islamophobie und Islamismus spezialisiert. Ufuq arbeitet nach dem Ansatz der Peer-Education: Workshops, die zum Beispiel in Schulen oder Jugendeinrichtungen stattfinden, werden von Gleichaltrigen („Peers“) geleitet, die Ufuq ausbildet und mit Materialien ausstattet. Der geringe Altersunterschied zwischen Workshopleitern und Teilnehmern begünstigt dabei eine offene Gesprächskultur, die bei schwierigen Themen wie Islamfeindlichkeit oder Islamismus benötigt wird. In von Ufuq geleiteten Diskussionen erfahren Jugendliche Anerkennung und Wertschätzung für ihre Erfahrungen, werden aber gleichzeitig angeregt, sich mit verschiedenen Positionen und Meinungen auseinanderzusetzen. Demokratieverständnis, Toleranz und kritisches Denken sollen dadurch gefördert werden und junge Menschen schließlich weniger anfällig für einfache Antworten von Extremisten machen.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt das Projekt „*Dialog macht Schule*“. Seit 2011 haben Bund und Länder mit dem Aufbau von Interventionsmaßnahmen beziehungsweise *Beratungsstellen* gegen religiös begründeten Extremismus und dessen spezifische Ausprägung des Salafismus begonnen. Diese werden durch die *Beratungsstelle Radikalisierung* beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vernetzt. Schwerpunkt ist die Beratung der Angehörigen von Personen, die im

24 Die Bundesregierung. (2016). Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Verfügbar unter <http://bit.ly/2cWoz65>

25 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport. (26.01.2015). Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“. Presseerklärung. Verfügbar unter <http://bit.ly/1OQwwA2>

26 Eine Übersicht über Modellprojekte u.a. auf folgenden Seiten: Demokratie leben. Verfügbar unter <http://bit.ly/29kBAx>; bpb. Verfügbar unter <http://bit.ly/29n3xUQ>

Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind. Verfügbar unter <http://bit.ly/2bfkVgR>

22 Bundesministerium des Innern. Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden: Dem Netzwerk der Terroristen wird ein Netzwerk der Sicherheitsbehörden entgegengestellt. Verfügbar unter <http://bit.ly/2949sOQ>

23 Das Programm wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiiert.

Bereich des politischen Salafismus aktiv sind oder sich dieser Szene zugehörig fühlen. Alle Stellen verfolgen dabei einen Ansatz, der die radikalisierte Person, deren spezifische Biografie sowie das komplette soziale Umfeld mit in den Prozess der Deradikalisierung einbezieht.

In den meisten Fällen wenden sich Eltern an die Beratungsstellen. Dass Ausstiegswillige selbst entsprechende Stellen aufsuchen, ist die Ausnahme. Eine besondere Herausforderung stellen derzeit die mehr als 220 Syrienrückkehrer dar, unter denen sich Männer und Frauen befinden. Fast jeder Fünfte kooperiert nach seiner Rückkehr aus dem Kampfgebiet mit den deutschen Sicherheitsbehörden, elf Prozent geben als Grund für ihre Rückkehr Desillusion oder Frustration an.²⁷ Einige Rückkehrer sind inzwischen in Beratungsstellen untergekommen. Für ihre Wiedereingliederung in das alte soziale Umfeld müssen sie nicht nur ihre Vergangenheit und erlebten Traumata aufarbeiten, sondern sich auch ihrer moralischen und juristischen Schuld durch den Anschluss an eine terroristische Vereinigung stellen. Auch wenn einige Beratungsstellen bereits Hilfe leisten, liegen bisher kaum ausgearbeitete Konzepte zum Umgang mit Syrienrückkehrern vor. Neben dem Violence Prevention Network ([VPN](#)) arbeiten unter anderem die bestehenden Beratungsstellen im Norden Deutschlands ([Kitab](#), [Legato](#), [PROvention](#), [beRATen](#)) derzeit gemeinsam an einem entsprechenden Handlungsleitfaden.

Autor: Tobias Meilicke

²⁷ Die hier vorgelegten Angaben stützen sich auf eine gemeinsame Studie des Bundeskriminalamts, Bundesamts für Verfassungsschutz und Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE).

ANHANG

DIE AUTOREN DES „JOURNALISTEN-HANDBUCHS ZUM THEMA ISLAM“

Prof. Dr. Bekim Agai ist Professor für Kultur und Gesellschaft des Islam in Geschichte und Gegenwart und geschäftsführender Direktor des Instituts für Studien der Kultur und Religion des Islam an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Er studierte Islamwissenschaft, Geschichte und Psychologie in Kairo, Bonn und Bochum. In Bochum promovierte er 2003 mit einer Arbeit über „Das Bildungsnetzwerk um Fethullah Gülen“.

Prof. Dr. Katajun Amirpur ist Professorin für Islamische Studien und Islamische Theologie und stellvertretende Direktorin der Akademie der Weltreligionen an der Universität Hamburg. Sie studierte Islamwissenschaften und Politikwissenschaften in Bonn und Teheran, promovierte im Jahr 2000 an der Universität Erlangen/Bamberg und habilitierte sich 2010 in Bonn. Sie befasst sich vor allem mit den Themen Islam und Gender und dialogorientierten theologischen Ansätzen im Islam.

Dr. Naime Çakır ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Postdoktorandin am Institut für Studien der Kultur und Religion des Islam an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Sie

studierte Sozialpädagogik und Religionswissenschaften in Darmstadt und Frankfurt am Main. 2012 promovierte sie im Fach Soziologie. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen die Themenbereiche Religion, Migration und Gender sowie Islamophobie und Rassismus.

Dr. des. Raida Chbib ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kultur und Gesellschaft des Islam an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Sie studierte Politikwissenschaft und Islamwissenschaft und war Doktorandin am Centrum für Religionswissenschaftliche Studien an der Ruhr-Universität Bochum. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen die Institutionalisierung des Islam in Deutschland, Religion und Migration.

Dr. Olaf Farschid ist wissenschaftlicher Referent für islamistischen Extremismus und Terrorismus in der Senatsverwaltung für Inneres in Berlin in der Abteilung Verfassungsschutz. Er ist Islamwissenschaftler mit den Schwerpunkten islamistische Ideologie, islamische Ökonomik und politische Ikonografie des Nahen Ostens.

Julia Gerlach ist Journalistin und Buchautorin in Berlin. Von 2008 bis 2015 berichtete sie als Korrespondentin für deutsche Medien aus Kairo. Sie verfasste mehrere Bücher zur Arabellion und zu islamischen Jugendbewegungen in Deutschland. Sie arbeitet für *Ufuq.de*.

Prof. Dr. Dirk Halm ist stellvertretender wissenschaftlicher Leiter der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung an der Universität Duisburg-Essen. Er ist außerplanmäßiger Professor an der Universität Münster und lehrt dort Politische Soziologie. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Sozialstrukturanalyse von Einwanderungsgesellschaften, Migration und Zivilgesellschaft sowie die Integration des Islams in europäische Gesellschaften.

Dr. Hussein Hamdan ist Islamwissenschaftler und Leiter des Projekts „Muslime als Partner in Baden-Württemberg“ an der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Er promovierte in Tübingen zum Thema „Der christlich-islamische Dialog der Azhar-Universität“. Hamdan ist Autor und Sprecher der Kolumne „Islam in Deutschland“ im SWR und war Mitglied des Runden Tisches Islam der Integrationsministerin Bilkay Öney in Baden-Württemberg.

Prof. Dr. Peter Heine em. ist Islamwissenschaftler. Bis 2010 war er Lehrstuhlinhaber für Islamwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er studierte Islamwissenschaft, Philosophie und Ethnologie in Münster und Bagdad und promovierte im Jahr 1971. Heine beschäftigt sich mit islamischer Kultur und verschiedenen Strömungen des Islam, unter anderem dem Islamismus, Salafismus und Post-Islamismus.

Dr. Sarah Jahn ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für Religionswissenschaftliche Studien an der Ruhr-Universität Bochum. Sie studierte Religionswissenschaft, Soziologie und Philosophie. 2015 promovierte sie zum Thema der Rechtspraxis von Religionsfreiheit im Strafvollzug der Bundesrepublik Deutschland. Sie befasst sich darüber hinaus mit Fragen zur Verhältnisbestimmung von Recht und Religion sowie mit der Regulierung von religiöser Vielfalt in öffentlichen Einrichtungen.

Milena Jovanovic arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Jungen Islam Konferenz, einem Projekt der Humboldt-Universität zu Berlin und der forum k&b GmbH. Nach ihrem Studium der Internationalen Entwicklung und Publizistik in Wien sammelte sie Erfahrungen im Journalismus und arbeitete als freie Mitarbeiterin für den Mediendienst Integration.

Dr. Tim Karis ist wissenschaftlicher Geschäftsführer des Centrums für Religionswissenschaftliche Studien an der Ruhr-Universität Bochum. Er ist Kommunikationswissenschaftler mit den Schwerpunkten Religion in den Massenmedien, Religionssoziologie und Diskurstheorie. Karis studierte Kommunikationswissenschaft, Neuere Geschichte und Öffentliches Recht in Münster und Amsterdam. 2013 promovierte er zum Mediendiskurs über den Islam in den „Tagesthemen“.

Thomas Krüppner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Islamische Theologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Er studierte Islamwissenschaft des nichtarabischen Raums, Geschichte und Gesellschaft Südasiens und Afrikawissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Dr. Meltem Kulaçatan ist wissenschaftliche Mitarbeiterin für Pädagogik der Sekundarstufe mit Schwerpunkt Islam an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Im Wintersemester 2016/17 ist sie Gastprofessorin für Islamische Theologie und Bildung an der Universität Zürich. Sie studierte Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Moderner Vorderer Orient und Islamische Religionslehre an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen/Nürnberg, wo sie 2012 promovierte.

Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Geschlechterdiskurse in transnationalen Öffentlichkeiten, Gender und Feminismus im Islam sowie Integration und Migration in Deutschland und Europa.

Tobias Meilicke ist Leiter beim schleswig-holsteinischen Landesprogramm gegen religiös begründeten Extremismus PROvention, dessen Träger die Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein ist. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Islamwissenschaft der Universität Erfurt.

Volker Nüske war bis Juni 2016 Referent in der Geschäftsstelle der Deutschen Islam Konferenz im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Dort hat er sich unter anderem mit Fragen zu islamischer Wohlfahrtspflege befasst. Seit Juli 2016 ist er als Projektleiter bei der Robert-Bosch-Stiftung für das Thema Islam in Deutschland verantwortlich.

Dr. Mario Peucker forscht als promovierter Sozialwissenschaftler an der Victoria University in Melbourne (Australien) und ist freier wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Europäischen Forum für Migrationsstudien an der Universität Bamberg. Seine Schwerpunkte liegen in der international

vergleichenden Forschung zu Integrations- und Ausgrenzungsprozessen und zum staatsbürgerlichen Engagement von ethnisch-religiösen Minderheiten. Kürzlich erschien Mario Peuckers Buch „Muslim Citizenship in Liberal Democracies“ (2016).

Prof. Dr. Werner Schiffauer ist Professor für Vergleichende Kultur- und Sozialanthropologie an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Er studierte Diplompädagogik und Ethnologie an der Freien Universität Berlin und promovierte dort im Fach Ethnologie. Schiffauer habilitierte im Fach Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main und befasst sich unter anderem mit der Radikalisierung und Deradikalisierung von muslimischen Jugendlichen.

Prof. Dr. Riem Spielhaus ist Leiterin der Abteilung Schulbuch und Gesellschaft am Georg-Eckert-Institut - Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung. Außerdem ist sie Professorin für Islamwissenschaft an der Georg-August-Universität in Göttingen. Sie studierte Islamwissenschaften und Afrikawissenschaften und promovierte an der Humboldt-Universität zu Berlin zu Islamdebatten und Selbstpositionierungen von Muslimen in Deutschland. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören weibliche

Autoritäten im Islam, die Institutionalisierung des Islams, die politische Partizipation und die Religionspraxis von, sowie die Wissensproduktion zu Musliminnen und Muslimen in Europa.

Dr. Jörn Thielmann ist Geschäftsführer des Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa an der Friedrich-Alexander Universität Erlangen/Nürnberg. Er studierte Orientalische Philologie, Islamwissenschaften, Philosophie und Rechtswissenschaften in Würzburg und Bochum. Er promovierte 2001 im Fach Islamwissenschaften. Thielmann beschäftigt sich in seiner Forschung vor allem mit dem Islam in Deutschland und Europa, zeitgenössischem und politischem Islam sowie mit islamistischem Extremismus und Radikalisierung.

Katrin Visse studierte Katholische Theologie und Islamwissenschaft in Berlin, Tübingen und Damaskus. Sie ist Referentin für Islam und Theologie an der Katholischen Akademie in Berlin.

Monika Zbidi ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Islamisch-Religiöse Studien mit Schwerpunkt Textwissenschaft und Normenlehre an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen/Nürnberg. Nach ihrem Studium der Islamwissenschaft, Semitischen Philologie

und Politischen Wissenschaft war sie Promotionsstipendiatin der Deutschen Bundesstiftung Umwelt für ihre Promotion zum Öko-Islam und islamischen Umwelt-Aktivismus.

INDEX

A

Afghanistan 18, 20, 47, 57, 59, 86
Ägypten 18, 20, **24**, 25, 26, 27, 28, 29, 94, 145, 146
Ahmadis **24**, 47, 48, 50, **56**, 101
Ahmadiyya Muslim Jamaat **24**, 50, **56**, 101
Aktionsbündnis muslimischer Frauen 61, 105
Alawiten **23**, 87
Aleviten **23**, 47, **56**, 65, 87, 94, 107
Alevitische Gemeinde Deutschland **56**, 65
Antisemitismus 117, **118**, 119, **120**, 150
arabisch 15, 26, 27, 28, 36, 45, 47, 59, 79, 81, 115, 118, 145, 146
Arbeit 68, 79, **81**, **82**, **83**, **84**, 99, 105, 126
Armut 79, 80, 82, 83, 85
Asyl 40, 86, 87
Ausbildung 25, 34, 55, **69**, **79**, **80**, **81**, 83, 110, 111
Avicenna Studienwerk 70

B

Baden-Württemberg 45, 46, 60, 64, 66, 67, 68, 80, 117
Balkan 34, **36**, 38, 39, 40
Bayern 45, 46, 66, 67
Benachteiligung 77, 79, 80, **83**, **85**, **104**, 119, 123
Beruf **79**, **80**, **81**, **82**, 83, 134
Bestattung 33, 50, 55, 63, **96**, **97**
Bevölkerung 17, **18**, **20**, 36, 38, **41**, 46, **74**, 141
Bildung 27, **65**, **68**, **70**, **75**, 76, 77, 78, 79, 114, 115, 141
Brandenburg 46, 65, 67

Bremen 46, 50, 54, 55, 65, 67
Bund der alevitischen Jugendlichen **107**
Bund der Muslimischen Jugend **107**
Bundesebene 48, 51, 54, 61, 63, 101, 107
Bundesländer 45, 46, 50, 51, 58, 64, 65, 66, 67

C

Christen 17, 35, 36, 37, 74, 86, 110, 112, 113

D

Dachverband **43**, 51, 54, 58
Demokratie 32, 113, **114**, **116**, 139, 140, 151
Deutsche Islam Konferenz 52, **63**, 99
Dialog 44, 63, 64, 100, 110, **111**, **112**, 151
Diskriminierung 31, **83**, **84**, 105, **117**, **119**, 132, 145
DITIB 43, 49, **54**, 65, 99, 101, 107, 112
Dschihad 29, 30, 31, 32, 39, 139, **145**, **146**

E

Ehrenamt 48, 50, 51, **99**, **101**, **102**, 103, 111
Einkommen 79, **81**, 82, 83, 91
Einwanderung 11, 34, 73
Eltern 75, 78, 115, 151, 152
Erster Weltkrieg 26, 38, 39
Erwerbslosigkeit 81, 82
Essensregeln 94, 95
Euro-Islam 32, 33
Europa 24, 25, 27, 29, 33, **34**, **35**, **36**, **37**, **38**, **40**, **41**, 120, 145
Extremismus 64, 126, 143, **145**, **151**

F

Familie 40, 52, 61, 75, 78, 79, 88, 93, 97, 105, 115, 152

Fasten 27, 91, 92, 93, 94

Feiertag 63, 92, 93, 94

Feminismus 104, 105

Finanzierung 49

Flüchtlinge 40, 85, 86, 87, 88, 100, 101

Fünf Säulen 23, 48, 91, 92

G

Gastarbeiter 40, 43, 45, 77, 82, 142

Gebet 15, 27, 45, 48, 54, 63, 69, 91, 93, 96, 101, 104, 110, 111, 112

Gemeinde 39, 43, 44, 48, 49, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 93, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 109, 111, 114, 115, 116

Gemeinnützigkeit 43, 99, 102

Geschichte 15, 34, 43

Geschlecht 32, 61, 64, 104, 116, 117

Glaubensbekenntnis 27, 91

Glaubensrichtungen 11, 22, 47, 74, 86, 87

gläubig 74, 87, 88, 91, 93, 94, 112, 117, 145, 146, 147

Gleichstellung 63, 64, 139, 140

Gott 15, 16, 22, 25, 27, 32, 91, 92, 93, 95, 108, 110, 145, 148

H

Hamburg 45, 46, 50, 54, 55, 56, 59, 65, 66, 67, 68, 69, 110

Hessen 46, 50, 54, 56, 58, 64, 66, 67, 84, 97, 110, 151

Hijra 16

Homosexualität 117, 118

I

Ideologie 27, 32, 33, 35, 121, 133, 139, 140, 141, 145

IGMG 43, 49, 53, 54, 107

Imam 22, 45, 48, 69, 70, 103

Institutionalisierung 63

Integration 37, 100, 101, 112, 117, 129, 131, 133, 142

interkulturell 113, 135

Interreligiosität 44, 56, 106, 111, 112

Irak 18, 20, 23, 47, 94, 114, 145, 146, 149

Iran 18, 20, 26, 47, 57, 59, 69, 74, 76, 87, 95, 108, 115, 125

Islamfeindlichkeit 114, 124, 139, 140, 141, 142, 144, 151

Islamische Föderation in Berlin 58

Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland 57

Islamische Gemeinschaft der Schiitischen Gemeinde Deutschlands 57, 101

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs 43, 49, 54, 106

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen 58

Islamischer Kalender 92, 93, 94

Islamischer Staat 125, 146

Islamismus 16, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 39, 119, 123, 139, 145, 146, 150, 151, 152

Islamkritik 139, 140

Islampolitik 50, 63, 64, 65

Islamrat 43, 52, 53, 54, 101, 112

Israel 28, 119, 120, 146

J

Journalist 11, 51, 124, 129, 132, 133, 134, 135

Juden 15, 35, 37, 112, 113, 118, 119, 120, 121, 139, 140

Jugendliche 29, 80, 100, 102, 106, 107, 109, 110, 115, 117, 118, 119, 151

Jugoslawien 40, 45

K

Kaaba 15, 92, 135

Kalifat 32, 146

Kirchensteuer 50

Kolonialismus 24, 25, 34, 38, 145

Konvertit 36, 39, 74, 75

Kooperation 26, 35, 43, 44, 50, 54, 56, 59, 63, 64, 65, 66, 69, 88, 100, 101, 106, 110, 111, 112

Koordinationsrat der Muslime in Deutschland 48, 54

Kopftuch 80, 84, 105, 135

Koran 15, 22, 25, 26, 29, 48, 69, 93, 94, 95, 96, 100, 103, 104, 105, 106, 108, 110, 113, 147, 148

Körperschaft des öffentlichen Rechts 49, 50, 56, 58, 59, 65

L

Landesebene 51, 58, 64

Lehrer 68, 69, 84, 115

Liberal-Islamischer Bund 61, 105

Libyen 114, 146

M

Marokko 18, 45, 101

Mecklenburg-Vorpommern 46, 67

Medina 16, 26, 92, 94, 114

Mekka 15, 16, 26, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 125, 135

Migrationshintergrund 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 115, 118, 119, 120, 121, 136

Minarett 124, 139

Minderheit 23, 38, 48, 114, 116, 131, 133, 158

Missionierung 24, 30, 39

Mohammed 15, 16, 22, 23, 24, 25, 26, 28, 29, 92, 93, 94, 104, 114, 125

Muslimbruderschaft 27, 28, 146

Muslimisches Leben in Deutschland 64, 73, 75, 87, 95

N

Naher Osten 39, 40, 74, 76, 80, 82, 114, 120

Nationalsozialisten 39, 40

Niedersachsen 46, 50, 59, 64, 66, 67

Nordafrika 33, 36, 38, 40, 74, 76

Nordrhein-Westfalen 45, 46, 50, 64, 66, 67, 110

O

Opferfest 93

Osmanisches Reich 26, 36, 37, 38, 39, 125

Ostdeutschland 45, 123, 132

P

Palästina 28, 119

Parallelgesellschaft 88, 131

Pfadfinder 109, 110

Pilger 15, 26, 37, 91, 92, 93

Postislamismus 33, 34

Prävention 64, 150, 151

Predigt 39, 45, 48, 93, 101

Prophet 15, 16, 22, 23, 24, 26, 29, 91, 92, 93, 94, 104, 114, 125, 146

R

Radikalisierung 147, 148, 149, 150, 151, 152

Ramadan 27, 32, 48, 91, 92, 93

Rassismus 105, 119, 126, 135, 139, 141, 143

Rat muslimischer Studierender & Akademiker 62

Rechtspopulismus 124, 141

Rechtsstaatlichkeit 29, 32, 114, 116

Religionsunterricht 47, 49, 50, 53, 54, 55, 56, 58, 59, 60, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69

Religionsverfassungsrechtliche Verträge 50, 64, 65

Religiosität 74, 75, 87, 88, 103, 105, 106, 108, 109, 110, 111, 112, 114, 118, 119

Rheinland-Pfalz 46, 64, 66, 67, 110

Rückkehrer 149, 150

S

Saarland 46, 67
Sachsen 35, 46, 67
Sachsen-Anhalt 46, 67
säkular 39, 105, 114, 133, 145, 146
Salafismus 29, 30, 31, 32, 33, 129, 143, 150, 151, 152, 156
Saudi-Arabien 26, 27, 29, 92, 95
Schächten 95, 96
Scharia 28, 29, 32, 128, 129, 133
Schiiten 22, 23, 26, 47, 86, 87
Schleswig-Holstein 46, 60, 66, 67, 151
Schulabschluss 76, 81, 115, 116
Schura 51, 58, 59, 60, 65, 114
Seelsorge 50, 70, 100
Senioren 102, 103
Sexismus 105
Sozialabgaben 91
Spenden 43, 49, 54, 91, 103
Spitzenverband 43, 51, 52, 102
Sprache 15, 31, 45, 83, 86
Stereotyp 120, 125, 126, 128, 129, 132, 133, 134, 135, 139
Sunna 22, 26, 29, 108, 110, 147
Sunniten 22, 26, 47, 86, 87, 94, 118
Syrien 23, 28, 33, 86, 145, 146, 149, 152

T

Tataren 37
Terrorismus 31, 33, 117, 121, 125, 126, 135, 140, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150
Theologie 26, 63, 68, 69, 94, 111
Thüringen 46, 67
Tierschutz 95
Toleranz 15, 34, 35, 111, 112, 123, 151
Türkei 18, 20, 23, 33, 36, 40, 43, 45, 47, 49, 54, 55, 70, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 82, 83, 84, 86, 109, 115

U

Umweltschutz 108, 109
Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa 55
Universität 38, 40, 61, 62, 63, 68, 69, 70, 117, 141

V

Verband 43, 47, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 58, 61, 63, 68, 70, 92, 99, 100, 102, 106, 112, 113, 117, 146
Verein 29, 43, 48, 49, 51, 55, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 69, 88, 99, 102, 108, 112, 117, 151
Verfassungsschutz 29, 53, 54, 149, 150, 152, 155

W

Wahhabismus 26, 27, 29, 145
Westdeutschland 40, 112
Wirtschaft 15, 16, 25, 27, 28, 35, 36, 38, 40, 78, 83, 84, 91, 92, 94, 126
Wissenschaft 24, 30, 31, 35, 38, 68, 106, 108, 116, 119, 120, 123, 126, 131, 132, 144
Wohlfahrtspflege 50, 63, 64, 85, 99, 102, 103
Wohlfahrtsverbände 85, 102, 103

Z

Zensus 73, 75, 77, 79, 81
Zentralrat der Muslime 43, 51, 52, 53, 101, 112, 117
Zivilgesellschaft 48, 50, 88, 99, 100, 101, 102, 103
Zweiter Weltkrieg 34, 39, 40, 43
Zwischenkriegszeit 39

IMPRESSUM

Herausgeber: Mediendienst Integration,
ein Projekt des Rat für Migration e.V.
Schiffbauerdamm 40 | 10117 Berlin

E-Mail: handbuch@mediendienst-integration.de

Redaktion: Dr. Timo Tonassi
Gestaltung: Pätzold/Martini
Druck: WIRmachenDRUCK GmbH

Zweite Auflage: 2016

©Mediendienst Integration, Dezember 2016